

INHALT

Akten Papst Franziskus

- Art. 154 Papst Franziskus Botschaft zum 39. Weltjugendtag 2024 373

Verlautbarung der (Erz-)Bischöfe der (Erz-)Bistümer in Nordrhein-Westfalen

- Art. 155 Vereinbarung über die staatliche Mitwirkung bei der Bildung und Veränderung katholischer Kirchengemeinden und (Kirchen-)Gemeindeverbände sowie dem Erlass kirchlicher Vorschriften über deren gesetzliche Vertretung 377

Erlasse und Verlautbarungen des Bischofs

- Art. 156 Kirchliches Vermögensverwaltungsgesetz für den nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster (KVVG) 381
- Art. 157 Wahlordnung für die Wahl der Kirchenvorstände im nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster (KV-WO) 393
- Art. 158 Begleitgesetz zum Kirchlichen Vermögensverwaltungsgesetz für den nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster – KVVG – (BG KVVG MS) 403
- Art. 159 Statut can. 517 § 2 CIC 417
- Art. 160 Festlegung des Wahltermins für die Pfarreiräte im Bistum Münster 421
- Art. 161 Ordnung für den kirchlichen Schlichtungsausschuss beim Bischöflichen Generalvikariat Münster zur außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis im Sinne von § 47 KAVO 421
- Art. 162 Allgemeines Ausführungsdekret zum Eintrag der Taufe in das Taufbuch und zum Erstellen von Taufregisterauszügen und Taufbescheinigungen für das Bistum Münster 429
- Art. 163 Anlage zur Ordnung über die Umzugskostenvergütung für Priester des Bistums Münster vom 25. April 1994 432
- Art. 164 Anlage 1 zur Ordnung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Priester im nordrhein-westfälischen Teil des Bistums Münster vom 15. April 2019 (Kirchliches Amtsblatt Münster 2019, Nr. 8, Art. 63) 433

Verordnungen und Verlautbarungen des Bischöflichen Generalvikariats

- Art. 165 Festlegung des Wahltermins für die Kirchenvorstände im NRW-Teil des Bistums Münster 435

Art. 166	Mitarbeiterversammlung der Pastoralassistentinnen und Pastoralassistenten sowie Pastoralreferentinnen und Pastoralreferenten	435
Art. 167	Veröffentlichung freier Stellen für Priester und Pastoralreferentinnen/-referenten	435
Art. 168	Personalveränderungen	436
Art. 169	Unsere Toten	437
Verordnungen und Verlautbarungen des Bischöflichen Offizialates (Diözesangericht)		
Art. 170	Ernennungen	440
Verordnungen und Verlautbarungen des Bischöflich Münsterschen Offizialates in Vechta		
Art. 171	Anlage zur Ordnung über die Umzugskostenvergütung für Priester im Offizialatsbezirk Oldenburg	440
Art. 172	Anlage 1 zur Ordnung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Priester im Oldenburgischen Teil des Bistums Münster – Offizialatsbezirk Oldenburg vom 15.10.2019 (Kirchliches Amtsblatt Münster 2019, Art. 186)	441

Akten Papst Franziskus

Art. 154 **Papst Franziskus Botschaft zum 39. Weltjugendtag 2024 (Diözesaner Weltjugendtag um den 24. November 2024)**

„Die auf den Herrn hoffen, laufen und werden nicht müde.“ (Vgl. Jes 40,31)

Liebe Jugendliche!

Letztes Jahr haben wir begonnen, auf das Heilige Jahr hin einen Weg der Hoffnung zu beschreiten, indem wir über den paulinischen Ausdruck „Freut euch in der Hoffnung“ (Röm 12,12) nachgedacht haben. Um uns auf die Heilig-Jahr-Wallfahrt 2025 vorzubereiten, lassen wir uns in diesem Jahr vom Propheten Jesaja inspirieren, der sagt: „Die aber auf den Herrn hoffen, [...] gehen und werden nicht matt“ (Jes 40,31). Dieser Ausdruck stammt aus dem sogenannten Buch des Trostes (Jes 40–55), das das Ende des babylonischen Exils Israels und den Beginn einer neuen Phase der Hoffnung und der Neugeburt für das Gottesvolk ankündigt, das dank eines neuen „Weges“, den der Herr seinen Kindern in der Geschichte eröffnet (vgl. Jes 40,3), in seine Heimat zurückkehren kann.

Auch wir leben heute in Zeiten, die von dramatischen Zuständen geprägt sind, die Verzweiflung hervorrufen und uns daran hindern, gelassen in die Zukunft zu blicken: die Tragödie des Krieges, die soziale Ungerechtigkeit, die Ungleichheit, der Hunger, die Ausbeutung des Menschen und der Schöpfung. Den höchsten Preis zahlt oft gerade ihr jungen Menschen, die ihr die Ungewissheit der Zukunft spürt und keine gesicherten Perspektiven für eure Träume erkennt. So lauft ihr Gefahr, ohne Hoffnung zu leben und euch, gefangen in Langeweile und Schwermut, bisweilen von der Illusion der Grenzüberschreitung und destruktiver Handlungen mitreißen zu lassen (vgl. Bulle *Spez non confundit*, 12). Deshalb, liebe Freunde, würde ich mir wünschen, dass auch euch, so wie es Israel in Babylon geschah, die Botschaft der Hoffnung erreicht: Auch heute noch eröffnet euch der Herr einen Weg und lädt euch ein, ihn mit Freude und Hoffnung zu beschreiten.

1. Die Pilgerschaft des Lebens und ihre Herausforderungen

Jesaja prophezeit ein „Gehen ohne zu ermüden“. Betrachten wir also diese beiden Aspekte: das Gehen und die Müdigkeit. Unser Leben ist eine Pilgerschaft, eine Reise, die uns über uns selbst hinausführt, ein Unterwegssein auf der Suche nach dem Glück; und das christliche Leben ist insbesondere eine Pilgerschaft zu Gott, unserem Heil und der Fülle alles Guten. Die Ziele, Errungenschaften und Erfolge auf dem Weg lassen uns, wenn sie nur materiell bleiben, nach einem anfänglichen Moment der Befriedigung immer noch hungrig zurück und verlangen nach einem tieferen Sinn. Tatsächlich befriedigen sie unsere Seele nicht vollständig, denn wir wurden von demjenigen geschaffen, der unendlich ist, und deshalb wohnt in uns die Sehnsucht nach Transzendenz, die ständige Unruhe nach der Erfüllung höherer Ziele, nach einem „Mehr“. Deshalb, und das habe ich euch schon oft gesagt, kann es für euch junge Leute nicht genug sein, „das Leben vom Balkon aus zu betrachten“.

Es ist jedoch normal, dass wir, selbst wenn wir unsere Wege voller Enthusiasmus beginnen, früher oder später ein Gefühl der Müdigkeit empfinden. In manchen Fällen liegt die Ursache für Angst und innere Müdigkeit in dem gesellschaftlichen Druck, im Studium, im Beruf und im Privatleben bestimmte Erfolgsstandards erreichen zu müssen. Das erzeugt Traurigkeit, denn wir leben in der Hektik eines leeren Aktivismus, der dazu führt, dass wir unsere Tage mit Tausend Dingen füllen und trotzdem das Gefühl haben, nie genug zu tun und nie mithalten können. Diese Müdigkeit wird oft von Langeweile begleitet. Dabei handelt es sich um einen Zustand der Apathie und Unzufrie-

denheit, den all jene empfinden, die sich nicht auf den Weg machen, sich nicht entscheiden, keine Wahl treffen, keine Risiken eingehen und es vorziehen, in ihrer Komfortzone zu bleiben und in sich selbst verschlossen die Welt am Bildschirm zu betrachten und zu beurteilen, ohne sich jemals die Hände mit Problemen, mit anderen, mit dem Leben „schmutzig“ zu machen. Diese Art von Müdigkeit ist wie Zement, in dem unsere Füße stecken, der irgendwann hart und schwer wird und uns lähmt und daran hindert, voranzukommen. Mir ist die Müdigkeit derer, die unterwegs sind, lieber als die Langeweile derer, die stillstehen und keine Lust zum Gehen haben!

Der Ausweg aus der Müdigkeit besteht paradoxerweise nicht darin, stehen zu bleiben und sich auszuruhen. Vielmehr muss man sich auf den Weg machen und zu einem Pilger der Hoffnung werden. Dies ist meine Einladung an euch: Macht euch voller Hoffnung auf den Weg! Die Hoffnung überwindet alle Müdigkeit, jede Krise und jede Angst, und sie gibt uns eine starke Motivation weiterzumachen, denn sie ist ein Geschenk, das wir von Gott selbst empfangen: Er erfüllt unsere Zeit mit Sinn, er gibt uns Licht auf unserem Weg, er zeigt uns die Richtung und das Ziel des Lebens. Der Apostel Paulus verwendete das Bild von den Athleten im Stadion, die laufen, um den Siegespreis zu erhalten (vgl. 1 Kor 9,24). Diejenigen von euch, die schon einmal an einem sportlichen Wettkampf teilgenommen haben – nicht als Zuschauer, sondern als Teilnehmer – kennen die innere Stärke, die nötig ist, um die Ziellinie zu erreichen. Die Hoffnung ist wahrhaft eine neue Kraft, die Gott uns verleiht und die uns befähigt, den Wettkampf durchzuhalten. Sie gibt uns eine „Weitsicht“, die über die Schwierigkeiten der Gegenwart hinausgeht und uns auf ein bestimmtes Ziel hinführt: die Gemeinschaft mit Gott und die Fülle des ewigen Lebens. Wenn es ein schönes Ziel gibt, wenn das Leben nicht ins Leere läuft, wenn nichts von dem, was ich träume, plane und verwirkliche verloren geht, dann lohnt es sich, zu laufen und zu schwitzen, Schwierigkeiten auszuhalten und gegen die Müdigkeit anzukämpfen, denn die Belohnung am Ende ist wunderschön!

2. Pilger in der Wüste

Auf der Pilgerreise des Lebens gibt es unweigerlich Herausforderungen, denen man sich stellen muss. In früheren Zeiten musste man auf längeren Pilgerreisen mit den verschiedenen Jahreszeiten und dem wechselnden Klima zurechtkommen; man durchquerte schöne Wiesen und kühle Wälder, aber auch schneebedeckte Berge und drückend heiße Wüsten. Auch für gläubige Menschen ist die Pilgerreise ihres Lebens und die Reise zu einem weit entfernten Ziel immer noch anstrengend, so wie die Wüstenwanderung des Volkes Israel zum Gelobten Land.

So ergeht es euch allen. Auch für diejenigen, die das Geschenk des Glaubens empfangen haben, gab es glückliche Momente, in denen Gott gegenwärtig war und in denen ihr seine Nähe gespürt habt, und andere Momente, in denen ihr eine Wüstenerfahrung gemacht habt. Es kann vorkommen, dass auf den anfänglichen Enthusiasmus im Studium oder in der Arbeit oder auf den Elan in der Christuskirche – sei es in der Ehe, im Priestertum oder im gottgeweihten Leben – Momente der Krise folgen, die das Leben wie einen schwierigen Weg durch die Wüste erscheinen lassen. Diese Krisenzeiten sind jedoch keine verlorenen oder nutzlosen Zeiten, sondern sie können sich als wichtige Gelegenheiten zum Wachstum erweisen. Sie sind Zeiten der Läuterung der Hoffnung! In Krisen werden nämlich viele falsche „Hoffnungen“, die zu klein sind für unser Herz, zerschlagen; sie werden entlarvt und so bleiben wir ohne „Drumherum“ bei uns selbst und bei den grundlegenden Fragen des Lebens, jenseits aller Illusionen. Und in diesem Moment kann sich jeder von uns fragen: Auf welche Hoffnungen gründe ich mein Leben? Sind sie wahr oder sind es Illusionen?

In diesen Momenten lässt uns der Herr nicht im Stich. Er steht uns väterlich zur Seite und gibt uns immer das Brot, das uns wieder neue Kraft verleiht und uns wieder weitergehen lässt. Erinnern wir uns daran, dass er dem Volk in der Wüste Manna gab (vgl. Ex 16) und dem Propheten Elia, der müde und entmutigt war, zweimal einen Laib Brot und Wasser, sodass er „vierzig Tage und vierzig Nächte bis zum Gottesberg Horeb“ gehen konnte (1 Kön 19,8). In diesen biblischen Geschichten hat der Glaube der Kirche Vorbilder für das kostbare Geschenk der Eucharistie gesehen, jenes ech-

te Manna und jenes wahre Viatikum, das Gott uns gibt, um uns auf unserem Weg zu stärken. Wie der selige Carlo Acutis sagte, ist die Eucharistie die Autobahn zum Himmel. Dieser junge Mann machte die Eucharistie zu seiner wichtigsten täglichen Verabredung! Auf diese Weise eng mit dem Herrn verbunden, gehen wir und werden nicht müde, denn er geht mit uns (vgl. *Mt 28,20*). Ich lade euch ein, das große Geschenk der Eucharistie wiederzuentdecken!

In den unvermeidlichen Momenten der Müdigkeit auf unserer Pilgerreise in dieser Welt sollten wir also lernen, wie Jesus und in Jesus zu ruhen. Er, der den Jüngern rät, sich nach der Rückkehr von ihrer Mission auszuruhen (vgl. *Mk 6,31*), weiß um euer Bedürfnis nach Ruhe für den Körper, nach Zeit für Ablenkungen, für das Beisammensein mit Freunden, für Sport und auch für den Schlaf. Aber es gibt eine tiefere Ruhe, die Ruhe der Seele, die viele suchen und nur wenige finden, und die nur in Christus zu finden ist. Macht euch bewusst, dass alle innere Müdigkeit im Herrn Linderung finden kann, der zu euch sagt: „Kommt alle zu mir, die ihr mühselig und beladen seid! Ich will euch erquicken.“ (*Mt 11,28*) Wenn euch auf eurem Weg Müdigkeit befällt, kehrt zu Jesus zurück, lernt, in ihm zu ruhen und in ihm zu bleiben, denn die „auf den Herrn hoffen, [...] gehen und werden nicht matt“ (*Jes 40,31*).

3. Vom Touristen zum Pilger

Liebe Jugendliche, ich lade euch ein, euch aufzumachen, um das Leben zu entdecken – auf den Spuren der Liebe, auf der Suche nach dem Antlitz Gottes. Aber ich empfehle euch Folgendes: Macht euch nicht als bloße Touristen auf den Weg, sondern als Pilger. Ihr solltet nicht einfach nur oberflächlich durch die Orte des Lebens ziehen – ohne die Schönheit dessen zu erfassen, was euch begegnet, ohne die Bedeutung der gegangenen Wege zu entdecken –, bloß darauf aus, kurze Momente, flüchtige Erfahrungen zu erhaschen, die sich in einem Selfie festhalten lassen. Der Tourist tut dies. Der Pilger hingegen taucht ganz in die Orte ein, denen er begegnet, er bringt sie zum Sprechen und macht sie zum Teil seiner Suche nach dem Glück. Die Heilig-Jahr-Wallfahrt will also zum Zeichen für die innere Reise werden, zu der wir alle aufgerufen sind, um das endgültige Ziel zu erreichen.

Mit dieser Haltung bereiten wir uns alle auf das Heilige Jahr vor. Ich hoffe, dass es vielen von euch möglich sein wird, nach Rom zu pilgern, um die Heiligen Pforten zu durchschreiten. Jedenfalls werden alle auch in den Teilkirchen diese Wallfahrt machen können und dabei die vielen lokalen Gnadenorte wiederentdecken können, wo das heilige und gläubige Volk Gottes seinen Glauben und seine Frömmigkeit pflegt. Und ich hoffe, dass diese Pilgerreise anlässlich des Heiligen Jahres für uns alle zu einem „Moment der lebendigen und persönlichen Begegnung mit unserem Herrn Jesus Christus [wird, der die] ‚Tür‘ zum Heil“ ist (Bulle *Spes non confundit*, 1). Ich ermutige euch, dabei drei Grundhaltungen einzunehmen: Dankbarkeit, damit euer Herz sich öffnet zum Lobpreis für die empfangenen Gaben, allen voran die Gabe des Lebens; Suche, damit die Reise den beständigen Wunsch zum Ausdruck bringt, den Herrn zu suchen und den Durst des Herzens nicht auszulöschen; und schließlich Reue, die uns hilft, in uns zu gehen, die falschen Wege und Entscheidungen zu erkennen, die wir manchmal treffen, und uns so zum Herrn und zum Licht seines Evangeliums bekehren zu können.

4. Ausgesandt als Pilger der Hoffnung

Ich gebe euch noch ein weiteres beherzigenswertes Bild mit auf euren Weg. Wenn man zum Petersdom in Rom kommt, überquert man den Platz, der von den Kolonnaden des großen Architekten und Bildhauers Gian Lorenzo Bernini umgeben ist. Die Säulengänge sehen insgesamt wie eine große Umarmung aus: Sie stellen die beiden offenen Arme der Kirche dar, unserer Mutter, die alle ihre Kinder willkommen heißt! In diesem kommenden Heiligen Jahr der Hoffnung lade ich euch alle ein, die Umarmung des barmherzigen Gottes zu erleben, seine Vergebung zu erfahren, den Nachlass all' unserer „inneren Schulden“, wie es anlässlich der biblischen Heiligen Jahre üblich war. Und solchermaßen von Gott angenommen und in ihm neu geboren, werdet auch ihr zu of-

fenen Armen für viele eurer Freunde und Gleichaltrigen, die es nötig haben, durch eure herzliche Offenheit für sie die Liebe Gottes des Vaters zu spüren. Jeder von euch schenke „auch nur ein Lächeln, eine Geste der Freundschaft, einen geschwisterlichen Blick, ein aufrichtiges Zuhören, einen kostenlosen Dienst [...], in dem Wissen, dass dies im Geist Jesu für diejenigen, die es empfangen, zu einem fruchtbaren Samen der Hoffnung werden kann“ (*ebd.*, 18). So möget ihr zu unermüdlischen Missionaren der Freude werden.

Lasst uns auf unserem Weg mit den Augen des Glaubens aufblicken zu den Heiligen, die uns auf diesem Weg vorausgegangen sind, die das Ziel erreicht haben und uns ihr ermutigendes Zeugnis geben: „Ich habe den guten Kampf gekämpft, den Lauf vollendet, die Treue bewahrt. Schon jetzt liegt für mich der Kranz der Gerechtigkeit bereit, den mir der Herr, der gerechte Richter, an jenem Tag geben wird, aber nicht nur mir, sondern allen, die sein Erscheinen ersehnen“ (2 *Tim* 4,7-8). Das Beispiel der heiligen Männer und Frauen spornt uns an und trägt uns.

Habt Mut! Ich trage euch alle in meinem Herzen und vertraue den Weg eines jeden von euch der Jungfrau Maria an, damit ihr es – ihrem Beispiel folgend – versteht, geduldig und voller Zuversicht auf das zu warten, was ihr erhofft und weiter unterwegs zu bleiben als Pilger der Hoffnung und Liebe.

Rom, St. Johannes im Lateran, 29. August 2024, Gedenktag der Enthauptung Johannes des Täufers

Franciscus

Verlautbarung der (Erz-)Bischöfe der (Erz-)Bistümer in Nordrhein-Westfalen

Art. 155 **Vereinbarung über die staatliche Mitwirkung bei der Bildung und Veränderung katholischer Kirchengemeinden und (Kirchen-)Gemeindeverbände sowie dem Erlass kirchlicher Vorschriften über deren gesetzliche Vertretung**

Zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen,

vertreten durch Ministerpräsidenten Hendrik Wüst MdL

einerseits,

und den (Erz-)Diözesen im Land Nordrhein-Westfalen, nämlich

der Erzdiözese Köln, vertreten durch Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki,

der Erzdiözese Paderborn, vertreten durch Erzbischof Dr. Udo Markus Bentz,

der Diözese Aachen, vertreten durch Bischof Dr. Helmut Dieser,

der Diözese Essen, vertreten durch Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck, und

der Diözese Münster, vertreten durch Bischof Dr. Felix Genn,

andererseits,

wird nach Art. 3 Satz 2 des Vertrages des Freistaates Preußen mit dem Heiligen Stuhl vom 14. Juni 1929 (GS S. 152), nach Art. 12 Satz 2 des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich vom 20. Juli 1933 (RGBl. II S. 679) sowie unter Berücksichtigung des Vertrages des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Heiligen Stuhl vom 19. Dezember 1956 (GV. NW. 1957 S. 19)

mit Zustimmung des Heiligen Stuhls

folgende Vereinbarung getroffen:

§ 1

- (1) Die Bildung und die Veränderung von Kirchengemeinden bedürfen, um für den staatlichen Bereich rechtlich wirksam zu werden, der staatlichen Anerkennung.
- (2) Als Bildung und Veränderung von Kirchengemeinden im Sinne des Absatzes 1 sind die Errichtung, Auflösung, Zusammenlegung und Trennung von Kirchengemeinden oder die Änderung der Grenzen von Kirchengemeinden anzusehen.
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für die Bildung und Veränderung von (Kirchen-)Gemeindeverbänden.

§ 2

Die staatliche Anerkennung wird beantragt, nachdem der Diözesanbischof die Urkunde über die Bildung oder Veränderung von Kirchengemeinden oder (Kirchen-)Gemeindeverbänden nach den geltenden kirchenrechtlichen Vorschriften ausgefertigt hat.

§ 3

- (1) Die staatliche Anerkennung wird von dem nach dem Kirchenrecht zuständigen Diözesanbischof beantragt.
- (2) Dem Antrag sind beizufügen:
 1. die den Vorschriften des Kirchenrechts entsprechende kirchliche Urkunde über die Bildung oder Veränderung der Kirchengemeinde (§ 1 Abs. 2) oder des (Kirchen-)Gemeindeverbandes (§ 1 Abs. 3);
 2. bei Kirchengemeinden die Grenzbeschreibung mit einer maßstabgerechten übersichtlichen Skizze, ggf. auch in geeigneter digitaler Form, die die Grenzen der Kirchengemeinde enthält und in der ggf. abgetrennte Teile beteiligter Kirchengemeinden kenntlich gemacht sind; im letzteren Falle sind der Zahl der beteiligten Kirchengemeinden entsprechend weitere Ausfertigungen dieser Skizze beizufügen;
 3. Angaben über den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Neuregelung;
 4. eine Erklärung, dass die kirchenrechtlichen Voraussetzungen in formeller und materieller Hinsicht für die Errichtung der Kirchengemeinde oder des (Kirchen-)Gemeindeverbandes erfüllt sind;
 5. eine Erklärung, dass die finanziellen Lasten und notwendigen finanziellen Aufwendungen der beteiligten Kirchengemeinden oder (Kirchen-)Gemeindeverbände durch Leistungen dieser Kirchengemeinden oder dieser (Kirchen-)Gemeindeverbände durch Leistungen Dritter gedeckt sind;
 6. eine Erklärung, dass unbeschadet des § 10 zusätzliche staatliche Mittel nicht beansprucht werden oder der Nachweis, dass die erforderlichen zusätzlichen staatlichen Mittel bewilligt sind.
- (3) Soweit die kirchliche Urkunde bereits Angaben enthält, die unter Abs. 2 Nr. 2 bis 4 fallen, bedarf es keiner besonderen Mitteilung.

§ 4

- (1) Über den Antrag entscheidet die Bezirksregierung, in deren Bezirk die Maßnahme nach § 1 getroffen werden soll.
- (2) Sind mehrere Regierungsbezirke im Sinne des Abs. 1 beteiligt, so stimmen sich die beteiligten Bezirksregierungen untereinander über die Zuständigkeit ab.

§ 5

- (1) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn die nach § 3 erforderlichen Unterlagen unvollständig sind.
- (2) Vor Versagung der Anerkennung soll dem Antragsteller Gelegenheit zur Beseitigung etwa bestehender Mängel gegeben werden.

§ 6

Wird die Anerkennung erteilt, so hat die neu errichtete Kirchengemeinde oder der neu errichtete (Kirchen-)Gemeindeverband die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Wirkung von dem Tag der Anerkennung an.

§ 7

Die Anerkennung wird durch eine besondere Urkunde erteilt. Die kirchliche Errichtungsurkunde und die Urkunde über die staatliche Anerkennung sind im Amtsblatt der Bezirksregierung und der Diözese zu veröffentlichen.

§ 8

- (1) Bei geringfügigen Grenzveränderungen, die die finanzielle Leistungsfähigkeit der beteiligten Kirchengemeinden nicht beeinträchtigen, teilt der nach Kirchenrecht zuständige Diözesanbischof nach Abschluss des kirchlichen Verfahrens der zuständigen Bezirksregierung unter Vorlage einer beglaubigten Abschrift der kirchlichen Urkunde die Grenzänderung mit.
- (2) Auch in diesen Fällen erfolgt die Anerkennung durch eine besondere Urkunde nach § 7 Satz 1.
- (3) Widerspricht die Bezirksregierung, so findet das Verfahren nach §§ 3 bis 7 statt.

§ 9

Änderungen des Sitzes und des Namens bestehender Kirchengemeinden und (Kirchen-)Gemeindeverbände werden der Bezirksregierung, in deren Bezirk der Sitz der betreffenden Kirchengemeinde oder des (Kirchen-)Gemeindeverbandes gelegen ist, von dem Diözesanbischof angezeigt.

§ 10

Durch die Anerkennung wird die bestehende Rechtslage hinsichtlich etwaiger finanzieller Ansprüche gegen den Staat nicht berührt.

§ 11

- (1) Bestimmungen der Diözesen, die die gesetzliche Vertretung der in § 1 genannten Kirchengemeinden und (Kirchen-)Gemeindeverbände betreffen, und deren Änderungen werden der für Kirchen, Jüdische Kultusgemeinden, sonstige Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie Religionsverfassungsrecht zuständigen obersten Landesbehörde vor ihrem Erlass vorgelegt.
- (2) Die Bestimmungen werden eine geordnete Vertretung der Körperschaften gewährleisten. In Kirchengemeinden wirken in den Vertretungsorganen in überwiegender Zahl Mitglieder mit, die periodisch durch unmittelbare und geheime Wahl der Kirchenmitglieder berufen werden. Alternativ können die Vertretungsorgane auch aus Gremien heraus gebildet werden, deren Mitglieder in überwiegender Zahl nach Satz 2 berufen wurden. Für (Kirchen-)Gemeindeverbände besteht das Vertretungsorgan in überwiegender Zahl aus Mitgliedern, die von den Vertretungsorganen der beteiligten Kirchengemeinden aus ihren Reihen gewählt werden.
- (3) Wenn eine geordnete Vertretung im Sinne des Absatzes 2 in den diözesanen Bestimmungen nicht gewährleistet erscheint, kann die nach Absatz 1 zuständige Landesbehörde Einspruch

erheben. Der Einspruch ist bis zum Ablauf eines Monats seit der Vorlage nach Absatz 1 zulässig. Im Fall eines Einspruchs sind die Diözesen gehalten, die betreffende Bestimmung zu überprüfen.

- (4) Die diözesanen Bestimmungen über die gesetzliche Vertretung der Kirchengemeinden und (Kirchen-)Gemeindeverbände sowie die Fälle, in welchen ein Beschluss, ein Rechtsgeschäft oder ein Rechtsakt erst durch die Genehmigung des jeweiligen (Erz-)Bischöflichen Generalvikariates im staatlichen Rechtskreis Wirksamkeit entfaltet, werden im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen und in den Amtsblättern der Diözesen veröffentlicht. Das Gleiche gilt für andere Bestimmungen, deren Veröffentlichung der Sicherheit im Rechtsverkehr dient.

§ 12

- (1) Diese Vereinbarung tritt am 1. November 2024 in Kraft.
- (2) Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Vereinbarung über die staatliche Mitwirkung bei der Bildung und Veränderung katholischer Kirchengemeinden vom 8. Oktober 1960 (GV. NW. S. 426) außer Kraft.
- (3) Eine in Zukunft zwischen den Vertragschließenden etwa entstehende Meinungsverschiedenheit über die Auslegung einer Bestimmung dieser Vereinbarung soll auf freundschaftliche Weise beseitigt werden.

Düsseldorf, den 9. Oktober 2024

(gez.) Hendrik Wüst
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Köln, den 20. September 2024

L.S. (gez.) † Rainer Maria Card. Woelki
Erzbischof von Köln

Paderborn, den 22. September 2024

L.S. (gez.) † Udo Markus Bentz
Erzbischof von Paderborn

Aachen, den 23. September 2024

L.S. (gez.) † Helmut Dieser
Bischof von Aachen

Essen, den 24. September 2024

L.S. (gez.) † Franz-Josef Overbeck
Bischof von Essen

Münster, den 25. September 2024

L.S. (gez.) † Felix Genn
Bischof von Münster

Erlasse und Verlautbarungen des Bischofs

Art. 156

Kirchliches Vermögensverwaltungsgesetz für den nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster (KVVG)

1. Abschnitt - Grundsätze / allgemeine Bestimmungen

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Rechtliche Stellung
- § 3 Örtliches Kirchenvermögen

2. Abschnitt - Kirchengemeinden

- § 4 Rechtsstellung und Aufgaben des Kirchenvorstandes
- § 5 Zusammensetzung des Kirchenvorstandes
- § 6 Vorsitz
- § 7 Ausschüsse
- § 8 Amtszeit der Mitglieder
- § 9 Ersatzmitglieder
- § 10 Aktives Wahlrecht
- § 11 Passives Wahlrecht
- § 12 Amtsausübung und Amtspflichten
- § 13 Beendigung des Amtes
- § 14 Amtsenthebung
- § 15 Einberufung und Sitzungen des Kirchenvorstandes
- § 16 Öffentlichkeit
- § 17 Beschlussfähigkeit; Beschlussfassung
- § 18 Besondere Sitzungs- und Beschlussformate
- § 19 Befangenheit
- § 20 Protokoll
- § 21 Vertretung der Kirchengemeinde
- § 22 Genehmigungsvorbehalte
- § 23 Schlichtungsverfahren
- § 24 Aufsichtsrechte des Bischöflichen Generalvikariates
- § 25 Auflösung; Vermögensverwaltung

3. Abschnitt - (Kirchen-)Gemeindeverbände

- § 26 Errichtung von (Kirchen-)Gemeindeverbänden auf Initiative der Kirchengemeinden
- § 27 Errichtung von (Kirchen-)Gemeindeverbänden auf diözesane Initiative
- § 28 Ausscheiden; Auflösung
- § 29 Aufgaben
- § 30 Verbandsvertretung
- § 31 Satzung

4. Abschnitt - Übergangs- und Schlussbestimmungen

- § 32 Übergangsregelung
- § 33 Inkrafttreten

1. Abschnitt - Grundsätze / allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich

Dieses Gesetz regelt die Verwaltung und Vertretung der Kirchengemeinden und (Kirchen-) Gemeindeverbände sowie die Verwaltung und Vertretung des Kirchenvermögens (can. 1257 § 1 CIC) in den Kirchengemeinden und (Kirchen-)Gemeindeverbänden im nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster (örtliches Kirchenvermögen).

§ 2 Rechtliche Stellung

- (1) ¹Kirchengemeinden und (Kirchen-)Gemeindeverbände sind sowohl verfassungsrechtlich (Artikel 140 Grundgesetz i. V. m. Artikel 137 Absatz 5 Satz 1 Weimarer Reichsverfassung) als auch konkordatär (Artikel 13 Reichskonkordat) Körperschaften des öffentlichen Rechts. ²Bei künftigen Gebietsveränderungen erlangen sie diesen Status gemäß den jeweils gültigen Vereinbarungen zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und den Diözesen im Land Nordrhein-Westfalen.
- (2) ¹Vorbehaltlich anders lautender partikularrechtlicher Bestimmungen entspricht das Gebiet einer Kirchengemeinde als Körperschaft des öffentlichen Rechts dem Gebiet der universalkirchenrechtlich verfassten Territorialpfarrei gemäß can. 515, 518 CIC. ²Für die Vertretung des Vermögens der Pfarrei ist gemäß des Indults des Hl. Stuhls vom 13. Januar 1984 can. 532 CIC nicht anzuwenden. ³Dem Kirchenvermögen der Pfarrei entspricht das Vermögen der ihr entsprechenden Kirchengemeinde sowie das Vermögen in der ihr entsprechenden Kirchengemeinde. ⁴Sofern gemäß partikularrechtlicher Bestimmungen das Gebiet einer Kirchengemeinde nicht dem Gebiet der Pfarrei entspricht, regelt der Diözesanbischof unter Wahrung des Willens eventueller Stifter und Spender sowie wohlerworbener Rechte Dritter die Zuweisung und Vertretung des Kirchenvermögens.

§ 3 Örtliches Kirchenvermögen

- (1) Das örtliche Kirchenvermögen im Sinne dieses Gesetzes umfasst
 - a) das Vermögen der Kirchengemeinde,
 - b) das unter die Verwaltung des Kirchenvorstandes gestellte Vermögen in der Kirchengemeinde, insbesondere das Vermögen der rechtlich selbstständigen Gotteshausvermögen (sog. Fabrik- und Kirchenfonds), Stellenvermögen (sog. Benefizien) und Stiftungsfonds,
 - c) das Vermögen der (Kirchen-)Gemeindeverbände.
- (2) Nicht zum örtlichen Kirchenvermögen gehören insbesondere Einnahmen aus Sammlungen und Kollekten, die aufgrund einer Anordnung des Ortsordinarius aufgebracht wurden und weiterzuleiten sind.
- (3) Das örtliche Kirchenvermögen dient der Verwirklichung der der Kirche eigenen Zwecke, insbesondere der Durchführung der Gottesdienste, der Ausübung der Verkündigung und der Werke der Nächstenliebe (can. 1254 CIC).

2. Abschnitt - Kirchengemeinden

§ 4 Rechtsstellung und Aufgaben des Kirchenvorstandes

- (1) Organ der Kirchengemeinde ist der Kirchenvorstand; er vertritt und verwaltet nach Maßgabe der §§ 21 und 22
 - a) die Kirchengemeinde und ihr Vermögen (§ 3 Absatz 1 lit. a) sowie
 - b) das Vermögen in der Kirchengemeinde (§ 3 Absatz 1 lit. b).
- (2) ¹Der Kirchenvorstand hat insbesondere einen Haushaltsplan zu erstellen sowie einen Jahresabschluss aufzustellen und zu veröffentlichen. ²Das Nähere ergibt sich aus der Haushalts- und Kassenordnung für die kirchlichen Körperschaften und Einrichtungen auf der unteren pastoralen Ebene im NRW-Teil des Bistums Münster sowie den zu ihrer Ausführung ergangenen Bestimmungen in ihren jeweils gültigen Fassungen.

§ 5 Zusammensetzung des Kirchenvorstandes

- (1) Der Kirchenvorstand besteht
 - a) aus dem Pfarrer oder dem vom Diözesanbischof mit der Leitung der Kirchengemeinde betrauten Geistlichen;
 - b) aus mindestens fünf gewählten Mitgliedern;
 - c) aus einer vom Pfarreirat aus seinen Reihen für die jeweilige Wahlperiode des Kirchenvorstandes zu entsendenden Person, die zum Kirchenvorstand wählbar ist; der Pfarreirat kann auf die Entsendung verzichten.
- (2) Ist eine Person oder eine Gemeinschaft von Personen nach can. 517 § 2 CIC an der Wahrnehmung der Hirtensorge beteiligt, ist bzw. sind abweichend von Absatz 1 lit. a) der mit den pfarrlichen Vollmachten und Befugnissen ausgestattete Geistliche sowie eine nach can. 517 § 2 CIC beteiligte weitere Person Mitglieder des Kirchenvorstandes; das Nähere regelt eine Ausführungsbestimmung.
- (3) ¹Die nach Absatz 1 lit. b) zu wählenden Mitglieder werden alle vier Jahre von den gemäß § 10 Wahlberechtigten in einer geheimen und unmittelbaren Wahl gewählt. ²Das Nähere, insbesondere die Anzahl der zu wählenden Mitglieder, regelt die Wahlordnung für die Wahl der Kirchenvorstände im nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster (KV-WO) in ihrer jeweils gültigen Fassung.
- (4) Sofern für die Kirchengemeinde eine Verwaltungsleitung bestellt ist, nimmt diese oder dieser beratend an den Sitzungen des Kirchenvorstandes teil, soweit der Kirchenvorstand im Einzelfall nicht etwas anderes beschließt.

§ 6 Vorsitz

- (1) ¹Der Pfarrer bzw. der vom Diözesanbischof mit der Leitung der Kirchengemeinde betraute Geistliche hat den Vorsitz im Kirchenvorstand inne. ²Ist eine Person oder eine Gemeinschaft von Personen nach can. 517 § 2 CIC an der Wahrnehmung der Hirtensorge der Kirchengemeinde beteiligt, hat der mit den pfarrlichen Vollmachten und Befugnissen ausgestattete Geistliche den Vorsitz im Kirchenvorstand inne.

- (2) ¹Der Kirchenvorstand wählt aus den Mitgliedern nach § 5 Absatz 1 lit. b) mindestens eine Person für den stellvertretenden Vorsitz. ²Die oder der stellvertretende Vorsitzende vertritt den Vorsitzenden in den Fällen der Verhinderung, die nur im Innenverhältnis nachzuweisen ist. ³Sofern weitere stellvertretende Vorsitzende gewählt wurden, treten diese bei gleichzeitiger Verhinderung des Vorsitzenden und der jeweils vorrangigen stellvertretenden Vorsitzenden in die Rechte und Pflichten des Vorsitzenden ein. ⁴Der Vorsitzende hat die Namen und Kontaktdaten der oder des ersten und, sofern solche gewählt wurden, der weiteren stellvertretenden Vorsitzenden unverzüglich nach der Wahl dem Bischöflichen Generalvikariat anzuzeigen.
- (3) ¹Auf Antrag des Vorsitzenden hat der Kirchenvorstand für die Dauer seiner Wahlperiode und der Amtszeit des Vorsitzenden die erste stellvertretende Vorsitzende oder den ersten stellvertretenden Vorsitzenden mit dem geschäftsführenden Vorsitz zu betrauen. ²Der Beschluss ist dem Bischöflichen Generalvikariat anzuzeigen.
- (4) ¹Mit dem geschäftsführenden Vorsitz übernimmt die erste stellvertretende Vorsitzende oder der erste stellvertretende Vorsitzende den Vorsitz im Kirchenvorstand mit allen Rechten und Pflichten. ²Sie oder er ist verpflichtet, den Pfarrer bzw. den vom Diözesanbischof mit der Leitung der Kirchengemeinde betrauten Geistlichen, der Vorsitzender des Kirchenvorstandes bleibt, sowie etwaige Mitglieder gemäß § 5 Absatz 2 über alle Angelegenheiten des Kirchenvorstandes zu unterrichten, die Tagesordnung und die Sitzungstermine mit ihm abzustimmen und ihn über die Beratungsergebnisse auf Grund des Protokolls zu informieren. ³Sofern der Pfarrer bzw. der vom Diözesanbischof mit der Leitung der Kirchengemeinde betraute Geistliche an den Sitzungen des Kirchenvorstandes teilnimmt, hat er den Vorsitz inne, sofern er nicht zu Beginn der Sitzung den Vorsitz auf die stellvertretende Vorsitzende oder den stellvertretenden Vorsitzenden überträgt.
- (5) ¹Auf begründeten Antrag des Vorsitzenden oder einer nach can. 517 § 2 CIC beteiligten Person gemäß § 5 Absatz 2 hat der Kirchenvorstand die erste stellvertretende Vorsitzende oder den ersten stellvertretenden Vorsitzenden vom geschäftsführenden Vorsitz abuberufen. ²Diese Abberufung ist dem Bischöflichen Generalvikariat anzuzeigen.
- (6) Hat ein mit den pfarrlichen Vollmachten und Befugnissen ausgestatteter Geistlicher (can. 517 § 2 CIC) den Vorsitz im Kirchenvorstand inne, gelten Absätze 3 bis 5 für diesen entsprechend.

§ 7 Ausschüsse

- (1) ¹Der Kirchenvorstand kann Ausschüsse bilden, um seine Beschlüsse vorzubereiten und auszuführen. ²Den Ausschüssen soll jeweils mindestens ein Mitglied des Kirchenvorstandes angehören.
- (2) ¹Den Ausschüssen kann auf der Grundlage von Beschlüssen des Kirchenvorstandes auch die Vertretung der Kirchengemeinde für bestimmte Sach- oder Geschäftsbereiche übertragen werden. ²Werden einem Ausschuss Befugnisse gemäß Satz 1 übertragen, muss ihm mindestens ein Mitglied des Kirchenvorstandes angehören.
- (3) Das Nähere regelt eine Ausführungsbestimmung.

§ 8 Amtszeit der Mitglieder

- (1) Die Amtszeit der gewählten Mitglieder beträgt vier Jahre.
- (2) Die Amtszeit des Kirchenvorstandes beginnt mit der konstituierenden Sitzung, die unverzüglich, spätestens jedoch zwei Monate nach Rechtskraft der Wahl, stattzufinden hat.
- (3) Die Mitglieder führen ihr Amt bis zur konstituierenden Sitzung nach der nächsten Wahl fort.

- (4) Der Ortsordinarius kann in begründeten Ausnahmefällen, insbesondere im Zusammenhang mit Veränderungen der pastoralen Strukturen der kirchlichen Gliederung, die Amtszeit des Kirchenvorstandes nach dessen vorheriger Anhörung angemessen verkürzen oder verlängern; in der Regel soll die Verkürzung oder Verlängerung die Hälfte der Amtszeit nicht unter- bzw. überschreiten.

§ 9 Ersatzmitglieder

- (1) Wird die Wahl nicht angenommen oder endet die Mitgliedschaft vorzeitig, treten die Ersatzmitglieder für die Dauer der restlichen Amtszeit nach den Vorschriften der Wahlordnung für die Wahl der Kirchenvorstände im nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster (KV-WO) in den Kirchenvorstand ein.
- (2) ¹Ist kein Ersatzmitglied mehr vorhanden oder lehnen die vorhandenen Ersatzmitglieder die Übernahme des Amtes ab, wählt der Kirchenvorstand für die Dauer seiner restlichen Amtszeit unverzüglich, spätestens in der übernächsten Sitzung, die Mitglieder aus den nach § 11 wählbaren Personen hinzu. ²Kommt der Kirchenvorstand dieser Verpflichtung nicht nach, kann das Bischöfliche Generalvikariat den Kirchenvorstand gemäß § 25 auflösen und eine Vermögensverwaltung anordnen.
- (3) ¹Die Zuwahl ist nur statthaft, solange der Kirchenvorstand noch mindestens zur Hälfte aus gewählten Mitgliedern nach § 5 Absatz 1 lit. b) besteht. ²Ist die Zuwahl nicht statthaft, ist gemäß § 25 Absatz 3 zu verfahren.

§ 10 Aktives Wahlrecht

- (1) Wahlberechtigt ist jedes Mitglied der Kirchengemeinde, das am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet hat, spätestens sechs Monate vor dem Wahltag seinen Erstwohnsitz in der Kirchengemeinde begründet hat und nicht nach den Vorschriften des staatlichen Rechts seinen Austritt aus der Kirche erklärt hat.
- (2) Das Wahlrecht ruht für Personen, die infolge einer gerichtlichen Entscheidung nicht die Fähigkeit besitzen, zu wählen.
- (3) ¹Abweichend von Absatz 1 kann auch zur Wahl zugelassen werden, wer seinen Erstwohnsitz nicht in der Kirchengemeinde hat und spätestens sechs Monate vor dem Wahltag seinen Erstwohnsitz im nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster oder in einer der an den nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster unmittelbar angrenzenden (Erz-) Diözesen begründet hat. ²Das aktive Wahlrecht kann nur in einer Kirchengemeinde ausgeübt werden. ³Das Nähere regelt die Wahlordnung für die Wahl der Kirchenvorstände im nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster (KV-WO) in ihrer jeweils gültigen Fassung.

§ 11 Passives Wahlrecht

- (1) Wählbar ist jede gemäß § 10 wahlberechtigte Person, die am Wahltag
- a) das 18. Lebensjahr vollendet hat und
 - b) das 75. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.
- (2) Das passive Wahlrecht kann nur in einer Kirchengemeinde ausgeübt werden.
- (3) Bei der Aufstellung der Vorschlagsliste ist auf eine ausgewogene Berücksichtigung der Geschlechter zu achten.

(4) ¹Nicht wählbar sind

- a) Personen, die in einem Beschäftigungsverhältnis zur Kirchengemeinde, zum Pfarrer oder dem vom Diözesanbischof mit der Leitung der Kirchengemeinde betrauten Geistlichen oder einer nach can. 517 § 2 CIC beteiligten Person gemäß § 5 Absatz 2 stehen oder die zu einem haupt- oder nebenamtlichen Dienst in dieser Kirchengemeinde bestellt sind,
- b) im kirchlichen Dienst beschäftigte Personen, die mit der kirchlichen Aufsicht über die Kirchengemeinden betraut sind,
- c) Geistliche, einschließlich Ruhestands- sowie Ordensgeistliche und,
- d) Personen, die durch Dekret oder Urteil der zuständigen kirchlichen Autorität von der Wählbarkeit ausgeschlossen sind.

²Im Zweifel entscheidet das Bischöfliche Generalvikariat.

§ 12 Amtsausübung und Amtspflichten

- (1) Das Amt der Mitglieder des Kirchenvorstandes nach § 5 Absatz 1 lit. b) und c) ist ein Ehrenamt.
- (2) Die Mitglieder des Kirchenvorstandes haben die ihnen obliegenden Pflichten sorgfältig zu erfüllen und darüber zu wachen, dass die Kirchengemeinde und das örtliche Kirchenvermögen keinen Schaden erleiden.
- (3) ¹Die Mitglieder des Kirchenvorstandes sind zur Verschwiegenheit über alle nicht öffentlichen Umstände verpflichtet, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit bekannt geworden sind. ²§ 16 gilt entsprechend. ³Die Verschwiegenheitsverpflichtung gilt auch nach dem Ausscheiden aus dem Amt. ⁴Bei Amtsantritt sind die Mitglieder durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorsitzenden auf die Einhaltung der Verschwiegenheitspflicht nach Satz 1 sowie das Datengeheimnis und die Einhaltung der einschlägigen Datenschutzregelungen zu verpflichten.
- (4) ¹Die Mitglieder des Kirchenvorstandes sind zur gewissenhaften Beachtung der staatlichen und kirchlichen Rechtsvorschriften verpflichtet. ²Dies betrifft insbesondere die kirchlichen Bestimmungen zum Umgang mit Fällen sexuellen Missbrauchs und zur Prävention gegen sexualisierte Gewalt in ihren jeweils gültigen Fassungen.
- (5) Der Kirchenvorstand hat ein Verzeichnis über seine Mitglieder zu führen.

§ 13 Beendigung des Amtes

- (1) Das Amt eines Kirchenvorstandsmitglieds endet unmittelbar
 - a) wenn das Wahlergebnis zu berichtigen war,
 - b) wenn die Wahl für ungültig erklärt wird,
 - c) wenn einer der Tatbestände des § 11 Absatz 4 vorliegt,
 - d) durch Amtsenthebung,
 - e) mit dem Zugang der schriftlichen Erklärung über die Niederlegung des Amtes beim Vorsitzenden.
- (2) Die Beendigung des Amtes ist unter Angabe des Datums im Protokoll der nächsten Kirchenvorstandssitzung zu dokumentieren.

§ 14 Amtsenthebung

- (1) ¹Der Kirchenvorstand kann durch einen Mehrheitsbeschluss der Mitglieder nach § 5 Absatz 1 und 2 einen begründeten Antrag auf Amtsenthebung eines Kirchenvorstandsmitgliedes im Sinne des § 5 Absatz 1 lit. b) und c) aus wichtigem Grund, insbesondere wegen grober Pflichtwidrigkeit, an das Bischöfliche Generalvikariat richten. ²Das betroffene Kirchenvorstandsmitglied soll zuvor vom Kirchenvorstand angehört werden. ³Das Bischöfliche Generalvikariat hat über den Antrag unverzüglich begründet zu entscheiden.
- (2) Das Bischöfliche Generalvikariat kann auch ohne Antrag nach Absatz 1 ein Kirchenvorstandsmitglied im Sinne des § 5 Absatz 1 lit. b) und c) unter den Voraussetzungen des Absatz 1 durch einen begründeten schriftlichen Bescheid seines Amtes entheben und ihm zugleich die Wählbarkeit entziehen.
- (3) Vor Entscheidung des Bischöflichen Generalvikariates soll das Kirchenvorstandsmitglied, im Falle des Absatzes 1 auch der Kirchenvorstand, im Falle des § 5 Absatz 1 lit. c) auch der Pfarreirat angehört werden.

§ 15 Einberufung und Sitzungen des Kirchenvorstandes

- (1) Der Vorsitzende beruft den Kirchenvorstand stets ein, wenn es zur ordnungsgemäßen Erledigung der Geschäfte erforderlich ist, mindestens jedoch zweimal jährlich zu einer Präsenzsitzung.
- (2) ¹Der Vorsitzende hat den Kirchenvorstand einzuberufen, sofern ein Drittel der Mitglieder nach § 5 Absatz 1 und 2 oder das Bischöfliche Generalvikariat es verlangen. ²Wenn der Vorsitzende dem Verlangen nicht binnen zwei Wochen entspricht, kann das Bischöfliche Generalvikariat auf Antrag eines Drittels der Mitglieder des Kirchenvorstandes die Einberufung vornehmen und die Sitzung durch eine beauftragte Person leiten lassen. ³Eines Antrages nach Satz 2 bedarf es nicht, wenn der Kirchenvorstand auf Verlangen des Bischöflichen Generalvikariates einberufen werden soll.
- (3) ¹Die Mitglieder sind durch den Vorsitzenden unter Angabe der Tagesordnung und Beifügung der Beratungsunterlagen spätestens eine Woche vor der Sitzung einzuladen. ²Die Einladung kann in Schrift- oder Textform erfolgen. ³Sie soll nebst Tagesordnung, unter Beachtung des Datenschutzes, auf ortsübliche Weise öffentlich bekannt gemacht werden.
- (4) ¹Bei Eilbedürftigkeit kann die in Absatz 3 genannte Frist auf 48 Stunden verkürzt werden. ²Über die Eilbedürftigkeit befindet der Vorsitzende. ³Einen entsprechenden Antrag von einem Drittel der Mitglieder des Kirchenvorstandes nach § 5 Absatz 1 und 2 kann der Vorsitzende nur aus wichtigem Grund zurückweisen.
- (5) Ist nicht vorschriftsmäßig eingeladen worden oder soll die Tagesordnung in der Sitzung ergänzt werden, kann ein Beschluss nur gefasst werden, wenn alle Mitglieder anwesend sind und niemand widerspricht.
- (6) Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes sorgt für die gründliche Vorbereitung der Beratungsgegenstände, leitet in den Sitzungen die Verhandlungen, bestimmt die Reihenfolge der Beratungsgegenstände und Abstimmungen und sorgt für die Eintragung der Beschlüsse in das Protokoll.
- (7) ¹Der Vorsitzende kann jederzeit weitere Personen, die auch in einem kirchlichen Beschäftigungsverhältnis stehen können, sowie sonstige Sachverständige zu einzelnen Tagesordnungspunkten beratend hinzuziehen. ²Entsprechende Anträge von mindestens einem Drittel der Mitglieder des Kirchenvorstandes nach § 5 Absatz 1 und 2 kann der Vorsitzende nur aus wich-

tigem Grund zurückweisen.

- (8) ¹Beabsichtigen mehrere Kirchenvorstände, in bestimmten Angelegenheiten der Vermögensverwaltung zusammenzuarbeiten, können die Kirchenvorstände diese Angelegenheiten in gemeinsamen Sitzungen beraten. ²Die Beschlüsse sind getrennt zu fassen.

§ 16 Öffentlichkeit

- (1) Die Sitzungen sind nichtöffentlich, soweit der Kirchenvorstand nicht im Einzelfall unter Beachtung von Absatz 2 etwas anderes beschließt.
- (2) In jedem Fall nichtöffentlich zu behandeln sind:
1. Personalangelegenheiten;
 2. Vergabeangelegenheiten;
 3. Beratungen und Entscheidungen über die Zulassung der Öffentlichkeit;
 4. Beratungen über Anträge nach § 14 Absatz 1;
 5. Beratungen und Entscheidungen über die Befangenheit von Kirchenvorstandsmitgliedern (§ 19);
 6. sonstige Angelegenheiten, die der Natur der Sache nach vertraulich zu behandeln sind.

§ 17 Beschlussfähigkeit; Beschlussfassung

- (1) ¹Der Kirchenvorstand ist beschlussfähig, wenn
- a) mindestens die Hälfte der Positionen der Mitglieder nach § 5 Absatz 1 lit. b) in Verbindung mit den Bestimmungen der jeweils gültigen Wahlordnung für die Wahl der Kirchenvorstände im nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster (KV-WO) besetzt ist und
 - b) die Mehrheit der Mitglieder nach § 5 Absatz 1 lit. b) und c) anwesend ist.
- ²Abweichend von lit b) ist er stets beschlussfähig, wenn zu einer neuen Sitzung mit der gleichen Tagesordnung in Schrift- oder Textform eingeladen wird und ausdrücklich darauf hingewiesen worden ist, dass die Beschlussfassung nicht vom Erscheinen der Mehrheit der Mitglieder nach § 5 Absatz 1 und 2 abhängt. ³Die Einladung zu einer neuen Sitzung kann frühestens am Tag nach der Sitzung, zu welcher zuerst geladen wurde, ausgesprochen werden.
- (2) ¹Sofern dieses Gesetz nicht etwas anderes vorsieht, werden Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. ²Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. ³Stimmenenthalten gelten als nicht abgegebene Stimme.
- (3) ¹Bei Wahlen ist auf Antrag geheim abzustimmen. ²Bei Stimmengleichheit erfolgt in jedem Fall eine Stichwahl; führt auch diese zur Stimmengleichheit, entscheidet das Los.

§ 18 Besondere Sitzungs- und Beschlussformate

- (1) ¹Abweichend von § 15 können, unbeschadet der durchzuführenden Präsenzsitzungen (§ 15 Absatz 1), folgende besonderen Sitzungs- oder Beschlussformate durchgeführt werden:
- a) virtuelle (Hybrid-)Sitzungen, insbesondere Telefon-, Web- oder Videokonferenzen,
 - b) Stern- oder Umlaufverfahren.
- ²Über die Durchführung besonderer Sitzungs- oder Beschlussformate befindet der Kirchen-

vorstand, im Eilfall der Vorsitzende.

- (2) ¹Bei der Durchführung besonderer Sitzungs- oder Beschlussformate ist den Mitgliedern des Kirchenvorstandes rechtzeitig eine Beschlussvorlage zu übermitteln. ²Bei Wahlen ist ein Stern- oder Umlaufverfahren nicht zulässig.
- (3) ¹Stern- oder Umlaufverfahren gemäß Absatz 1 lit. b) unterliegen der Schrift- oder Textform. ²Bei einer Beschlussfassung im Stern- oder Umlaufverfahren ist den Mitgliedern eine Frist zur Rückäußerung einzuräumen; eine nicht fristgemäße Rückäußerung gilt als Ablehnung. ³Widerspricht im Einzelfall ein Drittel der Mitglieder des Kirchenvorstandes der Durchführung eines Stern- oder Umlaufverfahrens, ist eine Präsenzsitzung (§ 15 Absatz 1) oder ein Format nach § 18 Absatz 1 lit. a) durchzuführen.
- (4) Alle in besonderen Sitzungs- oder Beschlussformaten gefassten Beschlüsse sind mit dem Abstimmungsergebnis zu protokollieren und in der nächsten ordentlichen Sitzung des Kirchenvorstandes bekannt zu geben.

§ 19 Befangenheit

- (1) ¹Ein Mitglied darf an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilnehmen, wenn die Besorgnis der Befangenheit besteht. ²Für die Bestimmung der Befangenheitsgründe finden die Vorschriften der Abgabenordnung über die Ausschließung und Ablehnung gemäß §§ 82 – 84 AO in ihrer jeweils geltenden Fassung sinngemäß Anwendung. ³Ob die Besorgnis der Befangenheit vorliegt oder vorgelegen hat, entscheidet der Kirchenvorstand unter Ausschluss der oder des Betroffenen in nichtöffentlicher Sitzung; diese oder dieser ist vorher zu hören.
- (2) ¹Das Bischöfliche Generalvikariat kann Beschlüsse, die unter Verletzung des Absatzes 1 gefasst worden sind, innerhalb von vier Wochen nach Beschlussfassung beanstanden, wenn die Mitwirkung des betroffenen Mitgliedes für die Beschlussfassung entscheidend war. ²§ 24 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 gelten entsprechend.

§ 20 Protokoll

- (1) Die Beschlüsse des Kirchenvorstandes sind unter Angabe des Tages und des Ortes, der Anwesenden und des Abstimmungsergebnisses zu protokollieren.
- (2) Führt der Kirchenvorstand das Protokoll in nicht elektronischer Form, werden die Beschlüsse vom Vorsitzenden und einem weiteren Mitglied unter Beidrückung des Amtssiegels unterschrieben.
- (3) ¹Wird das Protokoll elektronisch geführt, ist ein Ausdruck zu fertigen, der vom Vorsitzenden und einem weiteren Mitglied unter Beidrückung des Amtssiegels zu unterzeichnen und in einem fortlaufend nummerierten Sitzungsordner abzulegen ist. ²Dies gilt nicht, wenn eine revisionssichere Ablage des Protokolls in elektronischer Form sichergestellt ist.
- (4) Bekundet werden die Beschlüsse durch Auszüge aus dem Protokoll, die der Vorsitzende oder die Verwaltungsleitung unter Beidrückung des Amtssiegels beglaubigt.
- (5) ¹Nähere Bestimmungen zum Amtssiegel ergeben sich aus der Ordnung über das Führen von Dienstsiegeln im nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster in ihrer jeweils gültigen Fassung. ²Sofern diese es zulässt, kann das Amtssiegel auch in elektronischer Form geführt werden.

§ 21 Vertretung der Kirchengemeinde

- (1) ¹Willenserklärungen des Kirchenvorstandes sind nur rechtsverbindlich, wenn sie vom Vorsitzenden oder einer Person, die mit dem stellvertretenden Vorsitz betraut ist und einem weiteren Mitglied schriftlich unter Beidrückung des Amtssiegels abgegeben werden. ²Hierdurch wird nach außen das Vorliegen eines ordnungsgemäß zustande gekommenen Beschlusses des Kirchenvorstandes festgestellt.
- (2) ¹Bei Gefahr im Verzuge ordnet der Vorsitzende im Einvernehmen mit der oder dem stellvertretenden Vorsitzenden, bei deren oder dessen Verhinderung mit einem anderen Kirchenvorstandsmitglied, die notwendigen Maßnahmen an. ²Der Vorsitzende hat in der nächsten Sitzung dem Kirchenvorstand zu berichten.
- (3) ¹Geschäfte der laufenden Verwaltung führt der Vorsitzende des Kirchenvorstandes unter Beachtung des Vier-Augen-Prinzips unter Befreiung von der Vorschrift des Absatzes 1. ²Im Einzelfall kann er die Entscheidung des Kirchenvorstandes herbeiführen; der Kirchenvorstand kann sich die Entscheidung vorbehalten. ³Das Nähere regelt eine Ausführungsbestimmung.
- (4) ¹Der Kirchenvorstand kann abweichend von Absatz 3 beschließen, ein Kirchenvorstandsmitglied, die Verwaltungsleitung, einen Ausschuss gemäß § 7 Absatz 2 oder einen Dritten unter Beachtung des Vier-Augen-Prinzips mit der Wahrnehmung von Geschäften der laufenden Verwaltung zu beauftragen. ²Der Beschluss hat den Umfang der Aufgaben festzulegen.
- (5) ¹Unbeschadet der Regelung des Absatzes 4 kann der Kirchenvorstand Kirchenvorstandsmitglieder, einen Ausschuss gemäß § 7 Absatz 2, die Verwaltungsleitung oder Dritte im Wege der Gattungs- oder Spezialvollmacht unter Beachtung des Vier-Augen-Prinzips mit der Vertretung der Kirchengemeinde beauftragen. ²Der Beschluss hat den Umfang der Bevollmächtigung festzulegen.

§ 22 Genehmigungsvorbehalte

In welchen Fällen ein Beschluss, ein Rechtsgeschäft oder ein Rechtsakt erst durch die Genehmigung des Bischöflichen Generalvikariates rechtswirksam wird, wird durch gesondertes Diözesan-gesetz bestimmt.

§ 23 Schlichtungsverfahren

¹Bei fortdauernden Unstimmigkeiten im Kirchenvorstand kann auf Antrag einzelner Kirchenvorstandsmitglieder ein Mediations- oder Schlichtungsverfahren durchgeführt werden. ²Einzelheiten werden in einer Schlichtungsordnung geregelt.

§ 24 Aufsichtsrechte des Bischöflichen Generalvikariates

- (1) ¹Das Bischöfliche Generalvikariat kann in die Vermögensverwaltung Einsicht nehmen und rechtswidrige Beschlüsse beanstanden. ²Beanstandete Beschlüsse dürfen nicht vollzogen werden, bereits getroffene Maßnahmen müssen auf Verlangen des Bischöflichen Generalvikariates rückgängig gemacht werden.
- (2) ¹Behebt der Kirchenvorstand eine beanstandete Maßnahme nicht oder erfüllt er ihm rechtlich obliegende Pflichten und Aufgaben nicht, so kann das Bischöfliche Generalvikariat anordnen, dass der Kirchenvorstand innerhalb einer bestimmten, angemessenen Frist das Erforderliche veranlasst. ²Nach fruchtlosem Ablauf der Frist kann das Bischöfliche Generalvikariat durch einen zu begründenden schriftlichen Bescheid die beanstandeten Maßnahmen des Kirchen-

vorstandes aufheben. ³Bei dringend erforderlichen, unaufschiebbaren Maßnahmen kann das Bischöfliche Generalvikariat unmittelbar anstelle des Kirchenvorstandes handeln.

§ 25 Auflösung; Vermögensverwaltung

- (1) Unbeschadet der Befugnisse aus § 8 Absatz 4 kann der Ortsordinarius bei Gebietsveränderungen der Kirchengemeinde innerhalb der Wahlperiode den Kirchenvorstand auflösen und Neuwahlen anordnen.
- (2) ¹Hat der Kirchenvorstand seine Pflichten wiederholt oder in grober Weise verletzt, kann ihn der Ortsordinarius auflösen; der Kirchenvorstand ist zuvor anzuhören. ²Mit der Auflösung ist die Neuwahl des Kirchenvorstandes anzuordnen. ³§ 14 Absatz 2 bleibt unberührt.
- (3) ¹Ist ein Kirchenvorstand nicht vorhanden, insbesondere weil er aufgelöst, in seiner Gesamtheit zurückgetreten, eine Wahl der Mitglieder nicht zustande gekommen oder er aus einem sonstigen Grund nicht mehr oder noch nicht existent ist, bestellt der Ortsordinarius übergangsweise eine Vermögensverwaltung. ²Diese kann er einer oder mehreren Personen übertragen. ³Diese hat die Rechte und Pflichten des Kirchenvorstandes. ⁴Die Bestellung ist im kirchlichen Amtsblatt zu veröffentlichen. ⁵Mit Bestellung der Vermögensverwaltung soll die Neuwahl des Kirchenvorstandes angeordnet werden.
- (4) Für die Fälle des § 9 Absatz 3 gilt Absatz 3 entsprechend.

3. Abschnitt - (Kirchen-)Gemeindeverbände

§ 26 Errichtung von (Kirchen-)Gemeindeverbänden auf Initiative der Kirchengemeinden

- (1) Kirchengemeinden können auf ihren Antrag hin zu einem Verband zusammengeschlossen werden.
- (2) ¹Die Errichtung wird nach Zustimmung der Kirchenvorstände der beteiligten Kirchengemeinden vom Diözesanbischof angeordnet. ²Mit dem Beitritt der Hälfte der vom Zweck des Verbandes betroffenen Kirchengemeinden kann der Diözesanbischof auch den Beitritt der übrigen Kirchengemeinden anordnen.

§ 27 Errichtung von (Kirchen-)Gemeindeverbänden auf diözesane Initiative

- (1) Ist für die sachgemäße Erfüllung wichtiger kirchlicher Aufgaben die Bildung eines (Kirchen-) Gemeindeverbands erforderlich, so kann der Diözesanbischof den beteiligten Kirchengemeinden eine angemessene Frist zur Bildung des (Kirchen-)Gemeindeverbands setzen.
- (2) Kommt der (Kirchen-)Gemeindeverband innerhalb der Frist durch Vereinbarung der betroffenen Kirchengemeinden nicht zustande, so kann der Diözesanbischof den (Kirchen-) Gemeindeverband bilden und gleichzeitig eine Satzung erlassen. Die betroffenen Kirchengemeinden sind vorher zu hören.
- (3) Unter den vorgenannten Voraussetzungen kann der Diözesanbischof Kirchengemeinden einem bereits bestehenden (Kirchen-)Gemeindeverband zuordnen und die Satzung entsprechend ändern.

§ 28 Ausscheiden; Auflösung

- (1) Für das Ausscheiden einer Kirchengemeinde aus einem bestehenden (Kirchen-)Gemeindeverband sind neben der Anordnung des Diözesanbischofs ein hierauf gerichteter Kirchenvorstandsbeschluss der betroffenen Kirchengemeinde und die Zustimmung der Mehrheit der Verbandsvertretung erforderlich.
- (2) Für die Auflösung des (Kirchen-)Gemeindeverbands gilt Absatz 1 mit der Maßgabe, dass hierfür eine Zustimmung von zwei Dritteln der Verbandsvertretung notwendig ist.
- (3) Aus wichtigem Grund kann der Diözesanbischof das Ausscheiden einer Kirchengemeinde aus einem Verband oder die Auflösung eines (Kirchen-)Gemeindeverbands anordnen.

§ 29 Aufgaben

Der Verband kann ganz oder teilweise die Erfüllung gemeinsamer Aufgaben der Kirchengemeinden übernehmen.

§ 30 Verbandsvertretung

- (1) ¹Die Angelegenheiten des Verbandes werden von der Verbandsvertretung wahrgenommen. ²Diese besteht aus jeweils zwei Mitgliedern der einzelnen Kirchenvorstände, die von diesen aus ihren Reihen für die Dauer ihres Amts gewählt werden.
- (2) Die Verbandsvertretung wählt aus ihren Reihen eine Person für den Vorsitz und mindestens eine Person für den stellvertretenden Vorsitz.

§ 31 Satzung

- (1) Die Rechtsverhältnisse des Verbandes, einschließlich dessen rechtlicher Vertretung, sind durch die Satzung näher zu regeln, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt.
- (2) ¹Die Satzung erlässt der Diözesanbischof; soweit bereits ein (Kirchen-)Gemeindeverband besteht, ist dieser zuvor anzuhören. ²Diese muss mindestens Regelungen enthalten über
 - a) den Namen und den Sitz des (Kirchen-)Gemeindeverbandes,
 - b) Mitgliedschaft, Aufnahme und Ausschluss,
 - c) Vermögensausgleich und -auseinandersetzung bei Eintritt, Austritt und Auflösung,
 - d) Organe.
- (3) Absatz 2 Satz 1 gilt für Satzungsänderungen entsprechend.

4. Abschnitt - Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 32 Übergangsregelung

- (1) ¹Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden Organe der Kirchengemeinden (Kirchenvorstände) und (Kirchen-)Gemeindeverbände (Verbandsvertretungen, Verbandsausschüsse) bleiben bis zur ersten Konstituierung der nach diesem Gesetz zu bildenden Organe bestehen. ²§ 5 Absatz 1 dieses Gesetzes findet insoweit keine Anwendung.
- (2) ¹§§ 25 und 26 des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24. Juli 1924 gelten, unbeschadet ihrer Aufhebung als staatliches Recht, bis zu einer Neufassung

der diözesanen Vorschriften über die Gemeindeverbände als kirchliches Recht fort. ²§ 30 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 dieses Gesetzes findet insoweit keine Anwendung. Die Geschäftsanweisungen der (Kirchen-)Gemeindeverbände sowie die zu ihrer Ausführung ergangenen Bestimmungen gelten fort, soweit sie nicht diesem Gesetz widersprechen.

§ 33 Inkrafttreten

¹Dieses Gesetz tritt zum 1. November 2024 in Kraft. ²Unbeschadet § 32 Absatz 2 endet zugleich die Anwendung des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24. Juli 1924 als kirchliches Recht im nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster.

Münster, 27. September 2024

L.S.

† Dr. Felix Genn
Bischof von Münster

AZ: R 710

Art. 157

Wahlordnung für die Wahl der Kirchenvorstände im nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster (KV-WO)

- § 1 Anwendungsbereich und Wahlgrundsätze
- § 2 Wahlberechtigung
- § 3 Wählbarkeit
- § 4 Wahltermin, Anordnung der Wahl
- § 5 Anzahl der zu wählenden Mitglieder
- § 6 Wahlvorstand und Wahlhelfende
- § 7 Liste der Wahlberechtigten
- § 8 Vorschlagsliste
- § 9 Ergänzung der Vorschlagsliste
- § 10 Prüfung der Wahlvorschläge; Veröffentlichung der Kandidierendenliste
- § 11 Einladung zur Wahl
- § 12 Wahlverfahren
- § 13 Stimmzettel
- § 14 Wahlstandorte und Wahlzeiten
- § 15 Wahlraum
- § 16 Wahlhandlung
- § 17 Stimmabgabe
- § 18 Briefwahl
- § 19 Auszählung
- § 20 Wahlniederschrift
- § 21 Bekanntgabe des Wahlergebnisses
- § 22 Einspruch
- § 23 Beschwerde
- § 24 Wahlannahme; Amtszeit
- § 25 Mitteilung des Wahlergebnisses an das Bischöfliche Generalvikariat
- § 26 Wahlunterlagen
- § 27 Schlussbestimmungen, Inkrafttreten

Gemäß § 5 Absatz 3 des Kirchlichen Vermögensverwaltungsgesetz für den nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster (KVVG) vom 27. September 2024 (Kirchliches Amtsblatt Münster 2024, Nr. 11, Art. 156), wird die nachfolgende Wahlordnung erlassen:

§ 1 Anwendungsbereich und Wahlgrundsätze

- (1) Dieses Gesetz regelt die Wahl der Mitglieder des Kirchenvorstandes nach § 5 Absatz 1 lit. b) KVVG. Es gilt für die Wahl der Kirchenvorstände im nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster.
- (2) Die Wahl der Mitglieder des Kirchenvorstandes ist geheim und unmittelbar. Zur Ausübung des Wahlrechts ist, soweit diese Ordnung nicht etwas anderes bestimmt, die Eintragung in die Liste der Wahlberechtigten erforderlich.
- (3) Bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl sind die datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere das Gesetz über den kirchlichen Datenschutz im Bistum Münster (KDG) und die KDG-DVO in ihren jeweils gültigen Fassungen, zu beachten.

§ 2 Wahlberechtigung

- (1) Die Wahlberechtigung richtet sich nach § 10 KVVG. Wahlberechtigt ist demnach jedes Mitglied der Kirchengemeinde, das am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet hat, spätestens sechs Monate vor dem Wahltag seinen Erstwohnsitz in der Kirchengemeinde begründet hat und nicht nach den Vorschriften des staatlichen Rechts seinen Austritt aus der Kirche erklärt hat.
- (2) Abweichend von Absatz 1 kann gemäß § 10 Absatz 3 KVVG auch zur Wahl zugelassen werden, wer seinen Erstwohnsitz nicht in der Kirchengemeinde hat und spätestens sechs Monate vor dem Wahltag seinen Erstwohnsitz im nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster oder in einer der an den nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster unmittelbar angrenzenden (Erz-)Diözesen begründet hat. Das aktive Wahlrecht kann nur in einer Kirchengemeinde ausgeübt werden.
- (3) Das Wahlrecht ruht gemäß § 10 Absatz 2 KVVG für Personen, die infolge einer gerichtlichen Entscheidung nicht die Fähigkeit besitzen, zu wählen.

§ 3 Wählbarkeit

- (1) Wählbar ist gemäß § 11 KVVG jede wahlberechtigte Person, die am Wahltag
 - a) das 18. Lebensjahr vollendet hat und
 - b) das 75. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.
- (2) Das passive Wahlrecht kann nach § 11 Absatz 2 KVVG nur in einer Kirchengemeinde ausgeübt werden. Eine gleichzeitige Ausübung in mehreren Kirchengemeinden ist unzulässig.
- (3) Nicht wählbar sind gemäß § 11 Absatz 4 KVVG
 - a) Personen, die in einem Beschäftigungsverhältnis zur Kirchengemeinde, zum Pfarrer oder dem vom Diözesanbischof mit der Leitung der Kirchengemeinde betrauten Geistlichen oder einer nach can. 517 § 2 CIC beteiligten Person gemäß § 5 Absatz 2 KVVG stehen oder die zu einem haupt- oder nebenamtlichen Dienst in dieser Kirchengemeinde bestellt sind,
 - b) im kirchlichen Dienst beschäftigte Personen, die mit der kirchlichen Aufsicht über die Kirchengemeinden betraut sind,

- c) Geistliche, einschließlich Ruhestands- sowie Ordensgeistliche und
- d) Personen, die durch Dekret oder Urteil der zuständigen kirchlichen Autorität von der Wählbarkeit ausgeschlossen sind.

§ 4 Wahltermin, Anordnung der Wahl

- (1) Die Wahlen sollen in allen Kirchengemeinden möglichst gleichzeitig stattfinden. Das Bischöfliche Generalvikariat bestimmt den Wahltermin. In Kirchengemeinden mit mehreren Kirchstandorten kann auch ein Wahlzeitraum festgelegt werden; dieser soll einen Zeitraum von zwei Wochen möglichst nicht überschreiten.
- (2) In begründeten Einzelfällen, insbesondere im Zusammenhang mit der Neubildung von Kirchengemeinden, kann mit Zustimmung des Bischöflichen Generalvikariates vom einheitlichen Wahltermin abgewichen werden.
- (3) Der Kirchenvorstand ordnet die Wahl spätestens acht Wochen vor dem vom Bischöflichen Generalvikariat bestimmten Wahltermin oder Wahlzeitraum durch Beschluss an. Ist der Kirchenvorstand nicht beschlussfähig oder ein Kirchenvorstand nicht vorhanden, kann das Bischöfliche Generalvikariat die Wahl anordnen.

§ 5 Anzahl der zu wählenden Mitglieder

- (1) Die Anzahl der zu wählenden Mitglieder beträgt nach § 5 Absatz 1 lit. b) KVVG mindestens fünf.
- (2) Gemäß § 5 Absatz 3 Satz 2 KVVG wird festgelegt, dass die Zahl der gewählten Mitglieder in Kirchengemeinden bis 5.000 Mitglieder 6, bis 10.000 Mitglieder 8, bis 15.000 Mitglieder 10, bis 20.000 Mitglieder 12, in größeren Kirchengemeinden 14 beträgt. Stichtag für die Festlegung der Zahl der zu wählenden Mitglieder ist der 31.12. des der Wahl vorausgehenden Kalenderjahres.
- (3) Auf Antrag des Kirchenvorstandes kann die Anzahl der gewählten Mitglieder für jeweils eine Wahlperiode erhöht oder verringert werden. Der Antrag ist spätestens 6 Monate vor dem jeweiligen Wahltermin beim Bischöflichen Generalvikariat schriftlich einzureichen und zu begründen. Im Zusammenhang mit der Neu- oder Umbildung von Kirchengemeinden kann der Ortsordinarius die Anzahl der gewählten Mitglieder auch ohne Antrag des Kirchenvorstandes erhöhen oder verringern.

§ 6 Wahlvorstand und Wahlhelfende

- (1) Spätestens acht Wochen vor dem Wahltermin wird durch Beschluss des Kirchenvorstandes ein aus mindestens drei Personen bestehender Wahlvorstand gebildet. Die Mitglieder des Wahlvorstandes müssen in der Kirchengemeinde wahlberechtigt sein und dürfen selbst nicht zur Wahl stehen. Dem Wahlvorstand obliegt die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Wahl. Er nimmt seine Aufgaben nach Maßgabe der Wahlordnung wahr.
- (2) Ist der Kirchenvorstand nicht beschlussfähig oder ein Kirchenvorstand nicht vorhanden, kann das Bischöfliche Generalvikariat den Wahlvorstand berufen. Absatz 1 gilt entsprechend.
- (3) Der Wahlvorstand wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine stellvertretende Vorsitzende oder einen stellvertretenden Vorsitzenden.
- (4) Der Wahlvorstand beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit seiner anwesenden Mitglieder. Er ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist, darunter die oder der Vorsitzende oder die oder der stellvertretende Vorsitzende.

- (5) Zur Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl kann der Wahlvorstand Wahlhelferinnen oder Wahlhelfer bestellen (Wahlhelfende). Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 7 Liste der Wahlberechtigten

- (1) Der Kirchenvorstand stellt spätestens acht Wochen vor dem Wahltermin für den Wahlvorstand eine Liste der Wahlberechtigten auf oder erkennt die von anderer Seite erstellte Liste als richtig an. Die Liste enthält die Vor- und Nachnamen aller Wahlberechtigten in alphabetischer Reihenfolge der Nachnamen unter Angabe des Erstwohnsitzes. Sind Wahlberechtigte gleichen Vor- und Nachnamens mit derselben Anschrift vorhanden, müssen sie durch einen unterscheidenden Zusatz gekennzeichnet sein. Beim Vorliegen melderechtlicher Auskunftssperren (§ 51 Bundesmeldegesetz) ist von einer Aufnahme in die Liste abzusehen, sofern die oder der Betroffene nicht schriftlich eingewilligt hat.
- (2) Personen, die in einer Kirchengemeinde nach § 2 Absatz 2 Satz 1 zur Wahl zugelassen werden wollen, können nur dann in die Liste der Wahlberechtigten aufgenommen werden, wenn sie in der Kirchengemeinde, in der sie ihren Erstwohnsitz haben, aus der Liste der Wahlberechtigten gestrichen sind. Der Nachweis ist gegenüber dem Wahlvorstand zu erbringen.
- (3) Die Wahlberechtigten haben das Recht, die Richtigkeit und Vollständigkeit ausschließlich ihrer in der Liste der Wahlberechtigten eingetragenen personenbezogenen Daten zu prüfen. Zu diesem Zweck können sie persönlich Auskunft aus der Liste der Wahlberechtigten, beschränkt auf ihre personenbezogenen Daten, verlangen.
- (4) Der Wahlvorstand teilt nach ortsüblicher Bekanntmachung, insbesondere durch Aushang, Pfarrbrief, Internetveröffentlichung und Bekanntgabe in den Gottesdiensten, rechtzeitig mit, dass aus der Liste der Wahlberechtigten spätestens sechs Wochen vor dem Wahltag für die Dauer einer Woche von den Wahlberechtigten im Rahmen des Absatz 3 Auskunft begehrt werden kann. Die Bekanntmachung erfolgt mit dem Hinweis, dass Einsprüche gegen die Liste der Wahlberechtigten nach Ablauf dieser Frist unzulässig sind.
- (5) Einsprüche gegen die Liste der Wahlberechtigten können von den Wahlberechtigten bis zum Ende der Auskunftsfrist in Textform oder zur Niederschrift an den Wahlvorstand gerichtet werden; sie sind zu begründen. Wird einem Einspruch nicht binnen drei Tagen stattgegeben, können die Beteiligten binnen einer Frist von einer Woche Beschwerde beim Bischöflichen Generalvikariat einlegen. Einspruch und Beschwerde haben keine aufschiebende Wirkung.
- (6) Ist eine Person nicht in der Liste der Wahlberechtigten verzeichnet, ist sie gleichwohl zur Stimmabgabe berechtigt, wenn sie ihre Wahlberechtigung am Wahltag in geeigneter Weise nachweist.

§ 8 Vorschlagsliste

- (1) Der Wahlvorstand stellt eine Liste von Kandidatinnen und Kandidaten auf (Vorschlagsliste). Dabei ist gemäß § 11 Absatz 3 KVVG auf eine ausgewogene Berücksichtigung der Geschlechter zu achten.
- (2) Von jeder Kandidatin und jedem Kandidaten müssen vor Aufnahme in die Vorschlagsliste folgende schriftliche Erklärungen vorliegen:
 - a) die Bereitschaftserklärung zur Kandidatur;
 - b) die Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten;
 - c) eine Erklärung zum Vorliegen der Wählbarkeitsvoraussetzungen gemäß § 11 KVVG.

- (3) Die Vorschlagsliste soll mindestens eine Person mehr enthalten als Mitglieder zu wählen sind; sie muss mindestens so viele Personen enthalten, wie Mitglieder zu wählen sind. In begründeten Einzelfällen kann das Bischöfliche Generalvikariat auf Ersuchen des Wahlvorstandes eine Ausnahmeregelung treffen.
- (4) Die Vorschlagsliste enthält ausschließlich die Vor- und Nachnamen der Kandidatinnen und Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge der Nachnamen mit Angabe von Beruf und Erstwohnsitz; mit Einwilligung der Betroffenen kann auch eine Altersangabe erfolgen. Bei berechtigtem Interesse, insbesondere beim Vorliegen melderechtlicher Auskunftssperren oder bedingter Sperrvermerke, kann auf Ersuchen der oder des Betroffenen trotz vorliegender Einwilligung (Absatz 2 lit. b)) von einer Angabe von Beruf und Erstwohnsitz abgesehen werden.
- (5) Spätestens sechs Wochen vor dem Wahltermin veröffentlicht der Wahlvorstand die Vorschlagsliste in ortsüblicher Art und Weise, insbesondere durch Aushang, Pfarrbrief, Internetveröffentlichung und Bekanntgabe in den Gottesdiensten, für die Dauer von zwei Wochen. Die Veröffentlichung enthält einen ausdrücklichen Hinweis, dass die Wahlberechtigten das Recht haben, die Vorschlagsliste innerhalb dieser Frist zu ergänzen. Am ersten Wochenende nach Veröffentlichung der Vorschlagsliste ist zudem in allen Gottesdiensten auf die Veröffentlichung und das Recht zur Ergänzung der Liste hinzuweisen.

§ 9 Ergänzung der Vorschlagsliste

- (1) Die Wahlberechtigten haben das Recht, die Vorschlagsliste zu ergänzen.
- (2) Der Ergänzungsvorschlag ist gültig, wenn er
 - a) von mindestens 10 wahlberechtigten Personen mit Vor- und Nachnamen sowie unter Angabe des Erstwohnsitzes unterzeichnet ist,
 - b) die schriftliche Erklärung der oder des Vorgesprochenen enthält, dass sie oder er zur Kandidatur bereit ist und
 - c) innerhalb von zwei Wochen nach Beginn der Veröffentlichung (§ 8 Absatz 5) beim Wahlvorstand eingereicht ist.
- (3) Unabhängig von Absatz 1 und Absatz 2 kann der Wahlvorstand die Vorschlagsliste ergänzen, wenn nicht genug Kandidatinnen oder Kandidaten vorhanden sind oder Kandidatinnen oder Kandidaten ihre Kandidatur zurückziehen.

§ 10 Prüfung der Wahlvorschläge; Veröffentlichung der Kandidierendenliste

- (1) Der Wahlvorstand stellt nach Ablauf der Frist nach § 8 Absatz 5 die Zulässigkeit der Ergänzungsvorschläge und gleichzeitig die Kandidierendenliste insgesamt fest. Ist der Wahlvorstand der Auffassung, dass eine Kandidatin oder ein Kandidat die Wählbarkeitsvoraussetzungen nicht erfüllt, weist er die Kandidatur zurück. Die Streichung aus der Vorschlagsliste bzw. die Zurückweisung des Ergänzungsvorschlages wird der oder dem Betroffenen schriftlich bekannt gegeben. Diese oder dieser kann gegen die Entscheidung innerhalb einer Woche nach Bekanntgabe beim Wahlvorstand schriftlich Einspruch erheben, der hierüber innerhalb von zwei Wochen zu entscheiden hat; der Einspruch ist zu begründen.
- (2) Gegen den Beschluss des Wahlvorstandes nach Absatz 1 Satz 4 steht den Betroffenen innerhalb einer Woche nach Zugang des Einspruchsbescheides die Beschwerde an das Bischöfliche Generalvikariat zu. Die Beschwerde ist schriftlich zu erheben und zu begründen. Das Bischöfliche Generalvikariat entscheidet innerhalb von zwei Wochen endgültig und teilt seine Entscheidung den davon Betroffenen mit. Die Beschwerde ist auch zulässig, wenn der Wahlvorstand

nicht innerhalb von zwei Wochen nach Einlegung des Einspruchs entschieden hat.

- (3) Der Wahlvorstand veröffentlicht die endgültige Kandidierendenliste ortsüblich, insbesondere durch Aushang, Pfarrbrief, Internetveröffentlichung und Bekanntgabe in den Gottesdiensten, spätestens vier Wochen vor dem Wahltag. Sofern gültige Ergänzungsvorschläge vorliegen, sind diese mit der Vorschlagsliste zusammenzufassen. § 8 Absatz 3 und 4 gelten entsprechend.

§ 11 Einladung zur Wahl

Die Einladung zur Wahl erfolgt spätestens drei Wochen vor dem Wahltag oder Beginn des Wahlzeitraums ortsüblich, insbesondere durch Aushang, Pfarrbrief, Internetveröffentlichung und Bekanntgabe in den Gottesdiensten. Sie muss insbesondere Hinweise auf den oder die Wahlstandorte, die Wahlräume, die Wahlzeiten und das Wahlverfahren enthalten.

§ 12 Wahlverfahren

- (1) Zulässige Wahlverfahren sind die Stimmabgabe
 - a) im Wahlraum mittels Stimmzettel,
 - b) im Wege der Briefwahl.
- (2) Der Ortsordinarius kann
 - a) eine Online-Wahl diözesanweit oder auf deren Antrag hin für einzelne Kirchengemeinden als zusätzliches Wahlverfahren zulassen,
 - b) eines der in Absatz 1 genannten Verfahren oder die Online-Wahl insgesamt oder für einzelne Kirchengemeinden als leitendes oder alleiniges Wahlverfahren festlegen oder zulassen und die dazu erforderlichen Regelungen treffen. Für Online-Wahlen sind insbesondere die Modalitäten der Stimmabgabe sowie der Stimmauszählung zu regeln.

§ 13 Stimmzettel

Der Wahlvorstand bereitet die Stimmzettel vor. Dabei werden die Kandidatinnen und Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge der Nachnamen mit Erstwohnsitz und Berufsangabe aufgeführt. § 8 Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 14 Wahlstandorte und Wahlzeiten

- (1) Die Wahlstandorte, Wahlräume und Wahlzeiten sind vom Wahlvorstand so festzusetzen, dass zumindest an jedem Kirchstandort (einschließlich Filialkirchen) vor oder nach dort stattfindenden Gottesdiensten ausreichend Gelegenheit zur Stimmabgabe besteht. In begründeten Einzelfällen kann der Wahlvorstand eine abweichende Regelung treffen.
- (2) Sind mehrere Wahlstandorte oder an einem Wahlstandort mehrere Wahlräume eingerichtet, ist die Wahlhandlung einschließlich der Stimmabgabe so zu organisieren, dass eine Doppelwahl ausgeschlossen ist.

§ 15 Wahlraum

- (1) Der Wahlvorstand sorgt am jeweiligen Wahlstandort für die Herrichtung des Wahlraumes. In jedem Wahlraum sind mindestens eine Wahlkabine und eine Wahlurne aufzustellen. Durch

geeignete Vorkehrungen ist dafür zu sorgen, dass geheim abgestimmt werden kann.

- (2) Der Wahlraum soll nach den örtlichen Verhältnissen möglichst so ausgewählt und eingerichtet werden, dass allen Wählerinnen und Wählern, insbesondere Menschen mit Behinderung und anderen Menschen mit Mobilitätsbeschränkungen, die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird.

§ 16 Wahlhandlung

- (1) Die Wahlhandlung ist öffentlich. Sie wird durch ein Mitglied des Wahlvorstandes eröffnet und geleitet; sofern die oder der Vorsitzende oder die oder der stellvertretende Vorsitzende anwesend ist, durch diese. Während der Wahlhandlung müssen stets mindestens drei Mitglieder des Wahlvorstandes oder Wahlhelfende im Wahlraum anwesend sein.
- (2) Die Wahlleitung übt an den Wahlstandorten das Hausrecht aus. Insbesondere kann sie Personen, die den Wahlablauf behindern oder stören, der Räumlichkeiten verweisen. Es ist darauf zu achten, dass in und an dem Gebäude, in dem sich die Wahlräume befinden, sowie unmittelbar vor dem Zugang zu dem Gebäude keine Beeinflussung der wählenden Personen stattfindet.
- (3) Die Wahlberechtigung ist auf Verlangen des Wahlvorstandes nachzuweisen.
- (4) Vor Abgabe des ersten Stimmzettels überzeugt sich der Wahlvorstand davon, dass die Wahlurne leer ist. Die Wahlurne ist sodann bis zur Stimmauszählung verschlossen zu halten.
- (5) Über die Wahlhandlung wird eine Niederschrift gefertigt, die auch das Ergebnis der Wahl bekundet.

§ 17 Stimmabgabe

- (1) Vor Aushändigung des Stimmzettels prüft der Wahlvorstand die Eintragung der Wählerin oder des Wählers in der Liste der Wahlberechtigten oder den Nachweis der Wahlberechtigung (§ 7 Absatz 7). Anschließend wird die Stimmabgabe vermerkt.
- (2) Die Wählerin oder der Wähler kennzeichnet auf dem Stimmzettel die Namen der Personen, die sie oder er wählen will. Es dürfen höchstens so viele Namen angekreuzt werden, wie Kirchenvorstandsmitglieder zu wählen sind. Der Stimmzettel muss einen Hinweis enthalten, wie viele Personen höchstens gewählt werden.
- (3) Der Stimmzettel ist in der Wahlkabine auszufüllen und anschließend in die Wahlurne zu werfen.
- (4) Eine Vertretung bei der Stimmabgabe ist unzulässig. Wer wegen körperlicher Gebrechen den Stimmzettel nicht eigenhändig kenntlich machen oder in die Wahlurne werfen kann, darf sich der Hilfe einer anderen Person bedienen.
- (5) Nach Ablauf der Wahlzeit dürfen nur noch die Wählerinnen und Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden, die schon vorher im Wahlraum anwesend waren. Sodann erklärt die Wahlleitung die Wahlhandlung für geschlossen.

§ 18 Briefwahl

- (1) Den Wahlberechtigten ist durch Briefwahl eine vorzeitige Stimmabgabe zu ermöglichen.
- (2) Der Wahlvorstand erteilt auf Antrag den Briefwahlschein zusammen mit dem Wahlumschlag und dem Stimmzettel. Der Antrag ist schriftlich an das zuständige Pfarrbüro zu richten oder

dort zur Niederschrift zu erklären. Das Bischöfliche Generalvikariat kann eine digitale Antragstellung zulassen und die diesbezüglichen Rahmenbedingungen festlegen.

- (3) Bei der Abgabe der Briefwahlunterlagen hat die Wählerin oder der Wähler dafür zu sorgen, dass der Briefwahlschein und der verschlossene Wahlumschlag mit ihrem oder seinem Stimmzettel in einem weiteren verschlossenen Umschlag dem Wahlvorstand zugeleitet werden. Der Briefwahlumschlag muss spätestens zum Ende des Wahlzeitraums beim Wahlvorstand eingegangen sein. Ab Beginn der Wahlhandlung können Briefwahlumschläge nur noch an den Wahlstandorten den Wahlvorständen übergeben werden. Am Ende der Wahlhandlung öffnet der Wahlvorstand die Briefwahlumschläge und entnimmt ihnen die Briefwahlscheine und die Wahlumschläge. Anhand des Briefwahlscheins wird die Wahlberechtigung überprüft und die Stimmabgabe in der gemäß § 17 Absatz 1 geführten Liste vermerkt. Anschließend wird der Wahlumschlag verschlossen in die Urne geworfen.

§ 19 Auszählung

- (1) Unverzüglich nach Beendigung der Wahlhandlungen erfolgt die öffentliche Auszählung der Stimmen. Wurde an mehreren Wahlstandorten oder an einem Wahlstandort in mehreren Wahlräumen gewählt, werden die verschlossenen Wahlurnen und die Wahlunterlagen zunächst in einen gemeinsamen Auszählungsraum verbracht. Danach öffnet der Wahlvorstand die Wahlurnen, zählt die Stimmzettel und vergleicht ihre Anzahl mit der Anzahl der vermerkten Stimmabgaben. Abweichungen sind in der Niederschrift festzuhalten.
- (2) Zunächst werden die ungültigen Stimmzettel separiert. Ein Stimmzettel ist ungültig, wenn er einen eindeutigen Wählerwillen nicht erkennen lässt oder mit einem sonstigen wesentlichen Mangel behaftet ist. Bei der Briefwahl ist er außerdem ungültig, wenn wesentliche Verfahrensvorschriften für die Briefwahl nicht eingehalten worden sind. Über die Ungültigkeit von Stimmzetteln beschließt der Wahlvorstand. Die ungültigen Stimmzettel sind mit fortlaufender Nummerierung der Wahlniederschrift beizufügen. In der Niederschrift werden die Gründe für die Ungültigkeit der Stimmzettel angegeben.
- (3) Die gültigen Stimmen werden laut vorgelesen und die Namen der gewählten Personen von einem Mitglied des Wahlvorstandes in einer Liste vermerkt. Danach wird festgestellt, wie viele gültige Stimmen jede Kandidatin oder jeder Kandidat erhalten hat.
- (4) Zu Mitgliedern des Kirchenvorstandes sind diejenigen Personen gewählt, die unter Berücksichtigung der Anzahl der zu wählenden Mitglieder die meisten Stimmen erhalten haben. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los. Nicht gewählte Kandidatinnen und Kandidaten sind in der Reihenfolge der auf sie entfallenen Stimmen Ersatzmitglieder; Satz 2 gilt entsprechend.
- (5) Der Wahlvorstand stellt fest, wer gewählt ist. Das Wahlergebnis ist im Auszählungsraum öffentlich bekannt zu geben.
- (6) Wurde die Online-Wahl gemäß § 12 Absatz 2 als Wahlverfahren zugelassen, sind die online abgegebenen Stimmen entsprechend den dazu erlassenen Regelungen auszuzählen.

§ 20 Wahlniederschrift

- (1) Die Wahlniederschrift ist von der Wahlleitung und zwei weiteren Mitgliedern des Wahlvorstandes zu unterzeichnen. Mit der Unterzeichnung schließt die Wahlhandlung ab.
- (2) Die Wahlunterlagen sind vom Kirchenvorstand in Verwahrung zu nehmen, Wahlniederschriften bzw. -protokolle sind zu archivieren, weitere Wahlunterlagen (Stimmzettel, Liste der Wahlberechtigten, Wahlbenachrichtigung, Erklärungen der Kandidatinnen und Kandidaten, Brief-

wahlunterlagen) bis zum Ablauf der jeweiligen Wahlperiode aufzubewahren.

§ 21 Bekanntgabe des Wahlergebnisses

- (1) Die Bekanntgabe des Wahlergebnisses erfolgt unverzüglich für die Dauer mindestens einer Woche durch ortsübliche Veröffentlichung, insbesondere durch Aushang, Pfarrbrief und Internetveröffentlichung; auf die Möglichkeit des Einspruches nach § 22 ist dabei ausdrücklich hinzuweisen. Der Zeitpunkt der Bekanntgabe ist in den Wahlunterlagen zu vermerken.
- (2) Neben der Bekanntgabe nach Absatz 1 ist das Wahlergebnis am Sonntag nach der Wahl in allen Gottesdiensten (einschließlich Vorabend) zu verlesen.

§ 22 Einspruch

- (1) Jede und jeder Wahlberechtigte kann Einspruch gegen die Wahl erheben. Dieser ist innerhalb einer Woche nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses (§ 21 Absatz 1) schriftlich beim bisherigen Kirchenvorstand zu erheben und zu begründen. Wird ein Einspruch innerhalb dieser Frist nicht erhoben, ist die Wahl rechtskräftig.
- (2) Der bisherige Kirchenvorstand beschließt innerhalb von zwei weiteren Wochen über den Einspruch. Ergibt die Prüfung, dass infolge der Verletzung von Wahlvorschriften das Wahlergebnis ganz oder zum Teil beeinflusst sein kann, hat er die Wahl für ungültig zu erklären. Eine unrichtige Auszählung der Stimmen hat er zu berichtigen.
- (3) Der Beschluss ist zu begründen. Er ist der Einspruchsführerin bzw. dem Einspruchsführer sowie denjenigen, die von dem Beschluss betroffen sind, bekannt zu geben. Auf die Möglichkeit zur Beschwerde nach § 23 ist hinzuweisen. Unterbleibt dieser Hinweis, verlängert sich die Beschwerdefrist nach § 23 Absatz 1 Satz 1 um zwei Wochen.

§ 23 Beschwerde

Gegen den Beschluss des Kirchenvorstandes steht den in § 22 Absatz 3 Genannten innerhalb einer Woche nach Zugang des Einspruchsbescheides die Beschwerde an das Bischöfliche Generalvikariat zu. Dieses entscheidet innerhalb von zwei Wochen endgültig und teilt seine Entscheidung den davon Betroffenen mit. Die Beschwerde ist auch zulässig, wenn der Kirchenvorstand nicht innerhalb von zwei Wochen nach Einlegung des Einspruchs entschieden hat.

Das Bischöfliche Generalvikariat kann von Amts wegen über die Gültigkeit der Wahl entscheiden, eine unrichtige Feststellung des Wahlergebnisses richtig stellen und in Fällen der Nichtdurchführung der Wahl oder der wiederholten Ungültigkeit oder Teilungültigkeit einer Wahl die ihm erforderlich erscheinenden Maßnahmen treffen.

Steht die Ungültigkeit einer Wahl endgültig fest, ist sie zu wiederholen. § 4 Absatz 1 und Absatz 3 gelten entsprechend.

§ 24 Wahlannahme; Amtszeit

- (1) Die Wahl bedarf der Annahme gegenüber dem Wahlvorstand. Die Erklärung bedarf mindestens der Textform.
- (2) Wird die Wahl nicht angenommen oder endet die Mitgliedschaft vorzeitig, rücken gemäß § 9 Absatz 1 KVVG die Ersatzmitglieder in der Reihenfolge ihrer Stimmzahl für die Dauer der restlichen Amtszeit des Kirchenvorstandes nach.

- (3) Ist kein Ersatzmitglied mehr vorhanden oder lehnen die vorhandenen Ersatzmitglieder die Übernahme des Amtes ab, wählt der Kirchenvorstand die Mitglieder aus den wählbaren Personen gemäß den näheren Vorgaben des KVVG unverzüglich, spätestens jedoch in der übernächsten Sitzung, hinzu (§ 9 Absatz 2 KVVG). § 9 Absatz 3 KVVG gilt entsprechend.

§ 25 Mitteilung des Wahlergebnisses an das Bischöfliche Generalvikariat

- (1) Nach der konstituierenden Sitzung, einschließlich Wahl der oder des geschäftsführenden bzw. stellvertretenden Vorsitzenden sowie der Wahl der Kirchenvorstandsmitglieder durch das pastorale Gremium gemäß § 5 Absatz 1 lit. c) KVVG, sind die Angaben zu den Mitgliedern und Ersatzmitgliedern unverzüglich dem Bischöflichen Generalvikariat und dem zuständigen (Kirchen-)Gemeindeverband mitzuteilen. Mitzuteilen sind Name, Vorname, Anschrift, Telefonnummer, E-Mailadresse, Beruf und Geburtsdatum; die Betroffenen sind hierüber gemäß den jeweils gültigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu informieren.
- (2) Treten während der Amtszeit Veränderungen in der Zusammensetzung des Kirchenvorstandes oder in der Besetzung der Ämter des geschäftsführenden Vorsitzes bzw. des stellvertretenden Vorsitzes ein, sind diese Änderungen ebenfalls unverzüglich dem Bischöflichen Generalvikariat mitzuteilen.
- (3) Das Bischöfliche Generalvikariat und der zuständige (Kirchen-)Gemeindeverband sind berechtigt, die in Absatz 1 genannten personenbezogenen Daten neben der Prüfung von Wahlergebnissen auch zu statistischen Zwecken sowie für Zwecke der Information und Fort-/Weiterbildung von Kirchenvorstandsmitgliedern zu verarbeiten.

§ 26 Wahlunterlagen

Nach Ablauf der Amtszeit des gewählten Kirchenvorstandes sind die Wahlunterlagen datenschutzkonform zu vernichten. Davon ausgenommen sind Wahlniederschriften, die nach den bestehenden Regelungen in das Pfarrarchiv zu übernehmen sind.

§ 27 Schlussbestimmungen, Inkrafttreten

- (1) Die zur Durchführung dieser Wahlordnung erforderlichen Regelungen erlässt der Ortsordinarius. Er kann insbesondere Regelungen treffen
- a) zur Online-Wahl als zusätzlichem Wahlverfahren (§ 12 Absatz 2 lit. a);
 - b) zur Festlegung eines weiteren, eines leitenden oder eines alleinigen Wahlverfahrens (§ 12 Absatz 2 lit. b).
- (2) Diese Wahlordnung tritt zum 1. November 2024 in Kraft.
- (3) Gleichzeitig tritt die Wahlordnung für die Wahl der Kirchenvorstände im nordrhein-westfälischen Teil des Bistums Münster vom 13. Februar 2012 i.d.F. vom 22. März 2018 (Kirchliches Amtsblatt Münster 2012, Nr. 5, Art. 47 / 2018, Nr. 8, Art. 100) und die Wahlordnung für die Allgemeine Briefwahl der Kirchenvorstände im nordrhein-westfälischen Teil des Bistums Münster vom 22. März 2018 (Kirchliches Amtsblatt Münster 2018, Nr. 8, Art. 101) außer Kraft.

Münster, 27. September 2024

L.S.

† Dr. Felix Genn
Bischof von Münster

AZ: R 710

Art. 158 **Begleitgesetz zum Kirchlichen Vermögensverwaltungsgesetz für den nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster – KVVG – (BG KVVG MS)**

Artikel 1

Allgemeine Genehmigungsvorbehalte für die Verwaltung des Vermögens in den Kirchengemeinden und (Kirchen-) Gemeindeverbänden des nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster

Gemäß § 22 KVVG wird durch gesondertes Diözesangesetz bestimmt, in welchen Fällen ein Beschluss, ein Rechtsgeschäft oder Rechtsakt erst durch Genehmigung des Bischöflichen Generalvikariates rechtswirksam wird. Hiermit wird für die Kirchengemeinden und (Kirchen-) Gemeindeverbände im nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster folgende Regelung getroffen:

§ 1 Allgemeine kirchenaufsichtliche Genehmigungsvorbehalte

(1) Beschlüsse und Willenserklärungen der beschlussfassenden Organe der Kirchengemeinden (Kirchenvorstand und Ausschüsse) sowie der (Kirchen-) Gemeindeverbände (Verbandsvertretungen und Verbandsausschüsse) bedürfen in folgenden Fällen zu ihrer Rechtswirksamkeit der schriftlichen Genehmigung des Bischöflichen Generalvikariates.

a) Bei Rechtsgeschäften und Rechtsakten ohne Rücksicht auf einen Gegenstandswert:

1. Erwerb, Belastung, Veräußerung von Grundstücken und Aufgabe des Eigentums an Grundstücken sowie Erwerb, Änderung, Veräußerung und Aufgabe von Rechten an Grundstücken;
2. Zustimmung zur Veräußerung, Änderung und Belastung von Rechten Dritter an kirchlichen Grundstücken, insbesondere Erbbaurechten;
3. Begründung bauordnungsrechtlicher Baulasten und Zustimmung zu behördlicher Widmung kirchlicher Grundstücksflächen;
4. Annahme von Schenkungen und Zuwendungen, die mit einer Verpflichtung belastet sind, sowie Annahme und Ausschlagung von Erbschaften und Vermächtnissen;
5. Aufnahme von Darlehen, Abgabe von Bürgschafts- und Garantieerklärungen, Übernahme von Fremdverpflichtungen;
6. Rechtsgeschäfte über Gegenstände, die einen wissenschaftlichen, geschichtlichen und künstlerischen Wert haben, sowie die Aufgabe des Eigentums an diesen Gegenständen;
7. Begründung und Änderung von kirchlichen Beamtenverhältnissen;
8. Abschluss und vertragliche Änderung von Dienst- und Arbeitsverträgen¹;
9. gerichtliche und außergerichtliche Vergleiche;
10. Versicherungsverträge, ausgenommen Pflichtversicherungsverträge;
11. Gestellungsverträge, Beauftragung von Rechtsanwälten, Dienst- und Werkverträge über Architekten- und Ingenieurleistungen sowie Verträge mit bildenden Künstlern
12. Abschluss von Reiseverträgen;

¹ Diözesanrechtlicher Regelung bleibt es vorbehalten, bestimmte Dienst- und Arbeitsverträge von der Genehmigungspflicht freizustellen.

13. Gesellschaftsverträge, Erwerb und Veräußerung von Geschäftsanteilen, Begründung von Vereinsmitgliedschaften und Beteiligungsverträgen jeder Art;
 14. Erteilung von Gattungsvollmachten;
 15. Errichtung, Erweiterung, Übernahme, Übertragung und Schließung von Einrichtungen, einschließlich Friedhöfen, sowie die vertragliche oder satzungsrechtliche Regelung ihrer Nutzung;
 16. Verträge über Bau- und Kultuslasten sowie entsprechende Geld- und Naturalleistungsansprüchen;
 17. Begründung öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen, unbeschadet der unter lit. a) Ziff. 3 und 7 genannten Verpflichtungstatbestände, insbesondere Erschließungsverträge, Kraftfahrzeug-Stellplatzablösungsvereinbarungen;
 18. Rechtsgeschäfte mit Mitgliedern des Kirchenvorstandes und des Pfarreirates, es sei denn, dass das Rechtsgeschäft ausschließlich in der Erfüllung einer Verbindlichkeit besteht;
 19. Einleitung von Rechtsstreitigkeiten vor staatlichen Gerichten und deren Fortführung in einem weiteren Rechtszug, soweit es sich nicht um ein Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes handelt; im letzteren Fall ist das Bischöfliche Generalvikariat unverzüglich zu benachrichtigen.
- b) Bei Rechtsgeschäften und Rechtsakten mit einem Gegenstandswert von mehr als 15.000,00 EUR:
1. Schenkungen;
 2. Gewährung von Darlehen, mit Ausnahme von Einlagen bei Kreditinstituten;
 3. Kauf- und Tauschverträge;
 4. Erwerb, Belastung und Veräußerung von Wertpapieren und Anteilscheinen;
 5. Werkverträge mit Ausnahme der unter lit. a) Ziff. 11 genannten Verträge;
 6. Geschäftsbesorgungsverträge mit Ausnahme der unter lit. a) Ziff. 11 genannten Verträge und Treuhandverträge;
 7. Abtretung von Forderungen, Schuldverlass, Schuldversprechen, Schuldanerkenntnisse gemäß §§ 780, 781 BGB, Begründung sonstiger abstrakter Schuldverpflichtungen einschließlich wertpapierrechtlicher Verpflichtungen.
- c) Bei Miet-, Pacht-, Leasing- und Leihverträgen: Miet-, Pacht-, Leasing- und Leihverträge, die unbefristet sind oder deren befristete Laufzeit länger als ein Jahr beträgt oder deren Nutzungsentgelt auf das Jahr umgerechnet 15.000,00 EUR übersteigt.
- d) Im Bereich der kirchlichen Krankenhäuser und Heime:
1. Ohne Rücksicht auf den Gegenstandswert
 - 1.1 alle unter lit. a) Ziff. 1 bis 7, 9 bis 13, 18 und 19 genannten Rechtsgeschäfte bzw. Rechtsakte;
 - 1.2 Abschluss und vertragliche Änderung von Dienst- und Arbeitsverträgen mit Mitarbeitenden in leitender Stellung, insbesondere mit Chefärztinnen und Chefarzten sowie leitenden Oberärztinnen oder Oberärzten, Verwaltungs-, Heim- und Pflegedienstleitungen sowie Oberärztinnen oder Oberärzten;
 - 1.3 Belegarztverträge.

2. Mit einem Gegenstandswert von mehr als 150.000,00 EUR alle unter lit. b) aufgeführten Rechtsgeschäfte und Rechtsakte.
3. Miet-, Pacht-, Leasing- und Leihverträge, wenn sie unbefristet geschlossen werden, ihre befristete Laufzeit länger als ein Jahr beträgt oder ihr Nutzungsentgelt auf das Jahr berechnet 150.000,00 EUR übersteigt.

(2) Für die Bestimmung des Gegenstandswertes gelten in Zweifelsfällen die Vorschriften der Zivilprozessordnung.

§ 2 Verfahren

Bei Eingaben zur kirchenaufsichtlichen Genehmigung ist in allen genehmigungspflichtigen Fällen der betreffende Beschluss in Form eines beglaubigten Auszuges aus dem Protokoll mit etwaigen zur Prüfung erforderlichen Unterlagen beizufügen. Durch gesonderte Regelung kann die Vorlage in elektronischer Form zugelassen werden.

§ 3 Vorausgenehmigungen

Der Generalvikar kann anordnen, unter welchen Voraussetzungen die Genehmigung des Bischöflichen Generalvikariates zu einem der in § 1 aufgeführten Beschlüsse, Rechtsgeschäfte oder Rechtsakte vorab erteilt wird (Vorausgenehmigung). Die Regelung ist im Kirchlichen Amtsblatt für das Bistum Münster zu veröffentlichen.

Artikel 2

Beschlüsse der Kirchengemeinden und (Kirchen-)Gemeindeverbände des nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster über Baumaßnahmen

§ 1 Allgemeines

Die Kirchenvorstände und Verbandsvertretungen haben bei der Planung und Durchführung von Baumaßnahmen die von ihnen vertretenen Vermögen der Kirchengemeinden und (Kirchen-) Gemeindeverbände sparsam und wirtschaftlich zu verwalten, so dass diese nicht geschmälert werden und die Erfüllung der Aufgaben der Kirchengemeinden und (Kirchen-)Gemeindeverbände nicht beeinträchtigt wird.

§ 2 Baumaßnahmen

Baumaßnahmen i. S. dieser Ordnung sind

1. das Errichten und Herstellen,
2. das Umbauen, Wiederherstellen und Erweitern,
3. das Modernisieren, Instandhalten und Instandsetzen,
4. das Abbrechen,

von Gebäuden, sonstigen Bauwerken, nicht dauerhaft ortsfesten Installationen, Innenräumen sowie Freianlagen.

§ 3 Genehmigungspflichtige Beschlüsse zu Baumaßnahmen

Beschlüsse der Kirchenvorstände und Verbandsvertretungen über

1. Verträge, die Baumaßnahmen betreffen, deren Gegenstandswert im Einzelfall 15.000,00 EUR übersteigt,
2. Verträge mit Architekten, Ingenieuren und Planern, die Baumaßnahmen vorbereiten oder beaufsichtigen, unabhängig von der Höhe des Honorars,
3. Verträge, die Baumaßnahmen an denkmalgeschützten Bauwerken und Bauwerksteilen betreffen, unabhängig von der Höhe der Gegenleistung

bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der schriftlichen Genehmigung des Bischöflichen Generalvikariates.

§ 4 Erwerb von Ausstattung und Einrichtung

Beschlüsse der Kirchenvorstände und Verbandsvertretungen über Verträge für Ausstattung und Einrichtungsgegenstände bei der Durchführung von Baumaßnahmen bedürfen, wenn ihr Gegenstandswert im Einzelfall 15.000,00 EUR übersteigt, zu ihrer Rechtswirksamkeit der schriftlichen Genehmigung des Bischöflichen Generalvikariates.

§ 5 Glocken, Orgeln und Kunstwerke

Beschlüsse der Kirchenvorstände und Verbandsvertretungen über Verträge zum Erwerb oder zur Herstellung von Glocken, Orgeln und Kunstwerken bedürfen, unabhängig von der Höhe der Gegenleistung, zu ihrer Rechtswirksamkeit der schriftlichen Genehmigung des Bischöflichen Generalvikariates. Dies gilt auch für Verträge über Wiederherstellung, Veränderung und Instandhalten beweglicher Kunstwerke.

§ 6 Anzeigepflicht

Die Kirchenvorstände und Verbandsvertretungen sind verpflichtet, vor Abschluss von Verträgen i. S. der §§ 3, 4 und 5 das Vorhaben dem Bischöflichen Generalvikariat anzuzeigen, damit rechtzeitige Beratung erfolgen kann.

§ 7 Erlass von Anordnungen

Das Bischöfliche Generalvikariat kann zur Regelung von Einzelheiten Anordnungen erlassen. Durch gesonderte Regelung kann die Vorlage in elektronischer Form zugelassen werden.

§ 8 Gefahr in Verzug

Unter Berücksichtigung des § 21 Abs. 4 KVVG sind bei Gefahr in Verzug die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Die Maßnahmen sind dem Bischöflichen Generalvikariat unverzüglich anzuzeigen. Die notwendigen Beschlüsse sind unverzüglich nachzuholen und in allen genehmigungspflichtigen Fällen dem Bischöflichen Generalvikariat in Form des § 2 dieser Ordnung vorzulegen.

Artikel 3

Baumaßnahmenordnung

§ 1 Geltungsbereich

Diese Ordnung regelt das Verfahren zur Erteilung der kirchenaufsichtlichen Genehmigung nach Artikel 1 und 2 für Baumaßnahmen der Kirchengemeinden und (Kirchen-)Gemeindeverbände einschließlich deren Stellenfonds, unselbständigen Stiftungen und Sondervermögen im nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster.

§ 2 Entscheidungsbereiche

Vor und während der Planung und Durchführung einer Maßnahme sind die erforderlichen Entscheidungen und Beschlüsse über folgende Bereiche herbeizuführen:

1. Programm, Bauabschnitte,
2. Beteiligte,
3. Planungsstufen,
4. Zeitplan,
5. Kosten,
6. Finanzierung.

§ 3 Verfahren

(1) Planungsfreigabe

1. Zur Vorbereitung einer Maßnahme fasst der Kirchenvorstand einen Grundsatzbeschluss über das Planungs- und Durchführungsziel und legt diesen dem Bischöflichen Generalvikariat schriftlich vor.
2. Das Bischöfliche Generalvikariat erteilt das Einverständnis mit dem Planungs- und Durchführungsziel durch die schriftliche Genehmigung des Kirchenvorstandsbeschlusses. Die Genehmigung kann mit Auflagen erteilt werden.

(2) Planungsablauf

1. Auf der Basis des Grundsatzbeschlusses erarbeitet der Planer in Zusammenarbeit mit dem Kirchenvorstand und in Abstimmung mit dem Bischöflichen Generalvikariat das Planungskonzept.
2. Wird die Planung einer Maßnahme entsprechend den Leistungsphasen der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) stufenweise in Auftrag gegeben, so fasst der Kirchenvorstand zum Ergebnis und nach förmlicher Abnahme der jeweils beauftragten Stufe einen Beschluss und legt diesen mit den begründenden Unterlagen dem Bischöflichen Generalvikariat vor.
3. Das Bischöfliche Generalvikariat erteilt das Einverständnis durch die schriftliche Genehmigung des Kirchenvorstandsbeschlusses. Die Genehmigung kann mit Auflagen erteilt werden.

(3) Gesetzliche Bauanträge

Bei Baumaßnahmen und Nutzungsänderungen, für die bauordnungsrechtliche Antragsverfahren

erforderlich sind, ist die schriftliche Genehmigung des Bischöflichen Generalvikariats einzuholen.

§ 4 Verträge mit Planern – Architekten, Ingenieuren und Künstlern –

- (1) Der Kirchenvorstand ist grundsätzlich verpflichtet, mit der fachlichen Planung und Überwachung einer Maßnahme einen Planer zu beauftragen.
- (2) Mit dem Planer ist ein Vertrag abzuschließen. Hierbei sind die vom Bischöflichen Generalvikariat vorgeschriebenen Vertragsvordrucke zu verwenden.
- (3) Verträge sind vor Beschlussfassung des Kirchenvorstandes mit dem Bischöflichen Generalvikariat abzustimmen.
- (4) Falls eine Änderung von Grundlagen der genehmigten Honorarvereinbarung erforderlich wird, dürfen aus Anlass der Änderung Zahlungen erst geleistet werden, wenn zuvor der Beschluss zur Vertragsänderung durch das Bischöfliche Generalvikariat schriftlich genehmigt worden ist.

§ 5 Ausschreibung und Vergabe

- (1) Bauleistungen/Leistungen für eine Maßnahme sind von der Kirchengemeinde nach den Grundsätzen der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB)/Leistungen (VOL) auszuschreiben und zu vergeben.
- (2) Der Kirchenvorstand bestimmt im Benehmen mit dem Planer eine ausreichende Anzahl von Firmen, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden.

Bei einer erwarteten Angebotssumme bis zu einem Betrag von 5.000,00 EUR und unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit kann auf die Durchführung eines Vergabeverfahrens verzichtet werden (Direktauftrag). Es wird eine Preisprüfung mit mindestens zwei Vergleichsangeboten empfohlen.

Bei einer erwarteten Angebotssumme von über 5.000 bis zu 15.000 EUR ist eine Verhandlungsvergabe durchzuführen. Es sind mindestens zwei Bieter zur Angebotsabgabe aufzufordern, oder, es ist eine Preisprüfung auf Basis aktueller Vergleichspreise aus durchgeführten Vergabeverfahren oder die Einordnung gemäß statistischer Baupreisdurchschnittswerte durch den Planer vorzunehmen und zu dokumentieren.

Bei einer erwarteten Angebotssumme von über 15.000 bis zu 50.000 EUR ist eine Verhandlungsvergabe durchzuführen. Es sind mindestens drei Bieter zur Angebotsabgabe aufzufordern. Die Verhandlungsvergabe ist zu dokumentieren.

Bei einer erwarteten Angebotssumme von über 50.000 EUR ist eine beschränkte Ausschreibung nach VOB/VOL Teil A durchzuführen. Es sind mindestens sechs Bieter zur Angebotsabgabe aufzufordern.

Alle vorgenannten Regelungen gelten nur, sofern nicht durch öffentliche Förderbestimmungen eine andere Ausschreibungsart gefordert wird.

- (3) Die Leistungsverzeichnisse sind nach Leistungsbereichen entsprechend der DIN 276 – Kosten im Bauwesen – zu gliedern. Der Ausschreibung sind die vom Bischöflichen Generalvikariat vorgeschriebenen Vertragsbedingungen zugrunde zu legen. Andere Vertragsbedingungen dürfen nur zugrunde gelegt werden, wenn öffentliche Förderbestimmungen diese fordern.
- (4) Die fristgerecht eingegangenen Angebote sind in Anwesenheit von mindestens einem Beauftragten des Kirchenvorstandes und dem Planer zu öffnen. Das Ergebnis der Angebotsöffnung

ist in einer Niederschrift von den anwesenden Beteiligten durch Unterschrift zu bestätigen.

- (5) Der Planer prüft und wertet die eingegangenen Angebote nach den Grundsätzen der VOB/VOL Teil A und unterbreitet dem Kirchenvorstand einen Vergabevorschlag. Eine Vergabe an einen Bieter, der nicht das günstigste Angebot abgegeben hat oder durch einen späteren Preisnachlass das günstigste Angebot unterschreitet, darf nicht erfolgen.
- (6) Kann durch die Ausschreibungsergebnisse der genehmigte Kostenrahmen nicht eingehalten werden, so muss in Abstimmung zwischen dem Kirchenvorstand, dem Planer und dem Bischöflichen Generalvikariat eine Überarbeitung der qualitativen und quantitativen Leistungsgrundlagen erfolgen, die der schriftlichen Genehmigung des Bischöflichen Generalvikariats bedarf.
- (7) Wird der genehmigte Kostenrahmen eingehalten, so fasst der Kirchenvorstand einen Beschluss über die Vergabe und legt den Sitzungsbuchauszug dem Bischöflichen Generalvikariat zur schriftlichen Genehmigung vor.

Dem Sitzungsbuchauszug sind beizufügen:

1. Niederschrift über die Angebotsöffnung,
 2. Preisspiegel des Ausschreibungsergebnisses,
 3. Angebot des günstigsten Bieters des Leistungsbereichs,
 4. Verzeichnis aller Auftragsvergaben.
- (8) Der Kirchenvorstandsbeschluss bedarf der schriftlichen Genehmigung durch das Bischöfliche Generalvikariat. Die Genehmigung kann mit Auflagen erteilt werden. Nach der Genehmigung des Kirchenvorstandsbeschlusses erfolgt die schriftliche Auftragserteilung durch den Kirchenvorstand.

§ 6 Durchführungskontrolle

- (1) Während der Durchführung einer Maßnahme hat der Planer im Rahmen seines Verantwortungsbereiches die Leistungen auf Übereinstimmung mit der Leistungsart und dem Leistungsumfang, die den erteilten Aufträgen zugrunde liegen, zu überwachen.
- (2) Wird bei der Durchführung der Maßnahme eine Überschreitung des genehmigten Kostenrahmens erkennbar, so haben der Kirchenvorstand und der Planer das Bischöfliche Generalvikariat unverzüglich schriftlich zu unterrichten, die Überschreitung zu begründen, Vorschläge über Einsparungen zu machen und die schriftliche Genehmigung für die weitere Durchführung der Maßnahme einzuholen.
- (3) Die Änderung eines kirchenaufsichtlich genehmigten Vertrages bedarf wiederum der schriftlichen Genehmigung durch das Bischöfliche Generalvikariat.

§ 7 Abrechnung

- (1) Die Fertigstellung einer Maßnahme ist vor der Inbetriebnahme/Nutzung des Objektes von der Kirchengemeinde dem Bischöflichen Generalvikariat schriftlich mitzuteilen.
- (2) Nach Fertigstellung einer Maßnahme hat der Planer unverzüglich die Beträge aller Schlussrechnungen, nach Auftragnehmern geordnet, aufzulisten und hierzu die Differenzbeträge zu den Vergabesummen auszuweisen. Zur Kostenfeststellung nach DIN 276 sind die Rechnungsbeträge entsprechend zu gliedern. Änderung der Vergabesummen und etwaige zusätzliche Leistungen sind schriftlich zu begründen.
- (3) Der Planer hat für die durchgeführten Leistungen eine Übersicht der Gewährleistungsfristen

zu erstellen.

- (4) Unbeschadet der Bestimmungen über die Festsetzung der Haushaltsrechnung und Prüfung der Jahresrechnung prüft der Kirchenvorstand innerhalb von drei Monaten die vom Planer aufgestellte Schlussabrechnung der Maßnahme daraufhin, ob
1. der genehmigte Kostenrahmen eingehalten worden ist,
 2. die einzelnen Rechnungsbeträge vorschriftsmäßig begründet und belegt sind,
 3. die Maßnahme ordnungsgemäß durchgeführt ist und
 4. die vom Planer vorzulegenden Unterlagen vollständig sind.

Der Kirchenvorstand fasst hierzu einen Schlussbericht und legt diesen dem Bischöflichen Generalvikariat vor.

§ 8 Bauunterhaltung

Der Kirchenvorstand hat zur Abwendung von Schäden und Gefahren dafür Sorge zu tragen, dass die in seiner Unterhaltungspflicht stehenden Objekte jährlich durch einen Fachkundigen auf ihre Sicherheit und Instandsetzungsbedürftigkeit hin überprüft werden. Hierüber ist ein Protokoll zu führen. Notwendige Maßnahmen sind unter Beachtung dieser Ordnung rechtzeitig einzuleiten. Die DGUV Vorschrift 1 der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft in ihrer jeweils aktuell gültigen Fassung ist hierbei besonders zu beachten.

§ 9 Sonderregelungen

- (1) In sich abgegrenzte Modernisierungs-, Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen, der Erwerb und die Herstellung von Ausstattungen und Einrichtungsgegenständen bei profanen Gebäuden mit einem Gesamtkostenrahmen bis zu 50.000,00 EUR unterliegen nicht der Genehmigungspflicht nach den Bestimmungen dieser Ordnung.
- (2) Soweit Auftragsvergaben innerhalb dieses Kostenrahmens im Einzelfall den Gegenstandswert von 15.000,00 EUR überschreiten, gelten die Vergabebeschlüsse des Kirchenvorstandes als genehmigt, sofern der Maßnahme haushaltsrechtliche Bedenken nicht entgegenstehen.
- (3) Die unter Absatz 1 genannten Sonderregelungen gelten nicht für Maßnahmen an sakralen Gebäuden, Denkmälern und Kunstwerken.
- (4) Befreiung von Einzelvorschriften dieser Ordnung kann das Bischöfliche Generalvikariat schriftlich erteilen. Durch gesonderte Regelung kann die Vorlage in elektronischer Form zugelassen werden.

Artikel 4

Ergänzende Regelungen zur Verwaltung des Vermögens, Organisation und Arbeitsweise der Kirchenvorstände

§ 1 Vermögen in den Kirchengemeinden

- (1) Die Kirchenvorstände verwalten und vertreten gem. § 4 Abs. 1 KVVG die Kirchengemeinde und ihr Vermögen sowie das Vermögen in der Kirchengemeinde.
- (2) Zum Vermögen in der Kirchengemeinde gehört das Vermögen der Kirchengemeinde als Körperschaft des öffentlichen Rechts sowie das Vermögen des oder der Kirchenfonds, der Stel-

lenfonds, der Armenfonds sowie der unselbstständigen, treuhänderisch von der Kirchengemeinde, dem Kirchenfonds oder einem Stellenfonds zu verwaltenden Stiftungen oder zweckbestimmte Sondervermögen.

- (3) Das Recht der Stelleninhaber an der Verwaltung und Vertretung der Stellenfonds wird hierdurch nicht berührt.
- (4) Mit der Verwaltung des Vermögens kann der Kirchenvorstand einen von der Kirchengemeinde angeschlossenen (Kirchen-)Gemeindeverband beauftragen, der diese Aufgabe im Wege der Amtshilfe durch seine unselbstständige Einrichtung (Zentralrendantur) erfüllt.
- (5) Der Kirchenvorstand kann die Verwaltung von Vermögen von unselbstständigen, treuhänderisch zu verwaltenden Stiftungen oder zweckbestimmten Sondervermögen auf kirchliche Rechtsträger übertragen, wenn diese Vermögen zu einer wirtschaftlich selbständigen Einrichtung der Kirchengemeinde gehören oder eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung besteht, mit der eine wirtschaftlich selbständige Einrichtung betrieben wird. Die Übertragung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der schriftlichen Genehmigung des Bischöflichen Generalvikariates.
- (6) Die Kosten der Zentralrendantur können durch eine Verwaltungsumlage unter den dem (Kirchen-)Gemeindeverband angeschlossenen Kirchengemeinden finanziert werden.
- (7) Das Nähere ergibt sich aus der Haushalts- und Kassenordnung für die kirchlichen Körperschaften und Einrichtungen auf der unteren pastoralen Ebene im NRW-Teil des Bistums Münster sowie den zu ihrer Ausführung ergangenen Bestimmungen in ihren jeweils gültigen Fassungen.

§ 2 Sitzungsvorsitz

Sind der oder die Vorsitzende des Kirchenvorstands, der oder die geschäftsführende Vorsitzende des Kirchenvorstands sowie alle weiteren stellvertretenden Vorsitzenden verhindert und ist der Kirchenvorstand im übrigen beschlussfähig, wählen die anwesenden Kirchenvorstandsmitglieder in der Sitzung für diese einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende. Er oder sie übernimmt den Vorsitz des Kirchenvorstands für diese Sitzung mit allen Rechten und Pflichten.

§ 3 Sitzungsplan

Der Kirchenvorstand soll zu Beginn eines Kalenderjahres einen Sitzungsplan für das laufende Kalenderjahr aufstellen. § 15 KVVG bleibt unberührt.

§ 4 Verwaltungsleitung

Verwaltungsleitung i.S.d. KVVG ist der Verwaltungsleiter oder der Verwaltungsreferent. Hierüber beschließt der Kirchenvorstand.

Artikel 5

Bildung von Ausschüssen

Gemäß § 7 Abs. 3 KVVG wird folgende Regelung getroffen:

§ 1 Bildung von Ausschüssen

- (1) Für die Dauer seiner Amtsperiode kann der Kirchenvorstand im Rahmen von § 7 KVVG Aus-

schüsse bilden.

(2) Im Beschluss des Kirchenvorstandes ist für jeden Ausschuss insbesondere festzulegen:

- a) die Anzahl der Ausschussmitglieder,
- b) der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz im Ausschuss,
- c) der Zuständigkeitsbereich des Ausschusses.

Soll einem Ausschuss gemäß § 7 Abs. 2 KVVG die Vertretung der Kirchengemeinde für bestimmte Sach- oder Geschäftsbereiche übertragen werden, sind Art und Umfang dieser Ermächtigung im Beschluss des Kirchenvorstandes hinreichend bestimmt festzulegen.

(3) Der Kirchenvorstand kann Beschlüsse zur Bildung von Ausschüssen jederzeit rückgängig machen und erteilte Vollmachten widerrufen.

§ 2 Besetzung, sachkundige Mitglieder

- (1) Die Anzahl der Ausschussmitglieder ist so zu bemessen, dass eine geordnete und zeitnahe Erledigung der übertragenen Aufgaben gewährleistet ist.
- (2) Die Berufung der Ausschussmitglieder erfolgt für die Dauer der Amtsperiode des Ausschusses. Mit dem Ausscheiden aus dem Kirchenvorstand endet zugleich die Mitgliedschaft im Ausschuss.
- (3) Der oder die Vorsitzende des Kirchenvorstandes oder der oder die geschäftsführende Vorsitzende oder einer oder eine der beiden stellvertretenden Vorsitzenden sollen dem Ausschuss nach Möglichkeit angehören. Werden einem Ausschuss Befugnisse nach § 7 Abs. 2 S. 1 KVVG übertragen, muss diesem Ausschuss mindestens ein Mitglied des Kirchenvorstandes angehören.
- (4) Personen, die dem Kirchenvorstand nicht angehören, können als sachkundige Mitglieder in Ausschüsse berufen werden, sofern sie in Bezug auf die dort zu behandelnden Aufgabenstellungen eine besondere fachliche oder persönliche Eignung aufweisen. Zum sachkundigen Mitglied kann grundsätzlich nur bestellt werden, wer in einer Kirchengemeinde im nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster aktiv wahlberechtigt zum Kirchenvorstand ist und dessen Wahlrecht nicht nach § 10 Abs. 2 KVVG ruht oder der oder die nach § 11 Abs. 4 lit. a) bis d) KVVG nicht wählbar ist.
- (5) Die Anzahl der sachkundigen Mitglieder soll die der Kirchenvorstandsmitglieder im Ausschuss nicht übersteigen.

§ 3 Ermächtigungsbeschlüsse

- (1) Soweit der Kirchenvorstand von der Möglichkeit zur Ermächtigung von Ausschüssen nach § 7 Abs. 2 KVVG Gebrauch macht, ist in dem Ermächtigungsbeschluss insbesondere der Gegenstand und Umfang der Ermächtigung (einschließlich etwaiger Beschränkungen) zu regeln.
- (2) Ermächtigungsbeschlüsse in Form von Gattungsvollmachten (Berechtigung zur Vornahme sämtlicher Geschäfte einer bestimmten Art oder Gattung) sollen grundsätzlich nur für Geschäfte der laufenden Verwaltung oder für Rechtsakte erteilt werden, die nicht zum Kernbereich der Kirchenvorstandstätigkeit gehören. Die Erteilung von Gattungsvollmachten bedarf zu ihrer Wirksamkeit der schriftlichen Genehmigung des Bischöflichen Generalvikariates.
- (3) Die Erteilung von Generalvollmachten (Berechtigung zur Vornahme aller Rechtsgeschäfte, soweit Vertretung zulässig ist) ist unzulässig.

- (4) Die Ermächtigung bzw. Bevollmächtigung ist gemäß § 20 Abs. 4 KVVG durch einen beglaubigten Auszug aus dem Sitzungsbuch des Kirchenvorstandes nachzuweisen.
- (5) Die Ermächtigung bzw. Bevollmächtigung muss enthalten
- a. Name und Anschrift aller Bevollmächtigten,
 - b. eine Kennzeichnung, ob der oder die jeweilige Bevollmächtigte Mitglied des Kirchenvorstandes ist oder nicht,
 - c. eine Kennzeichnung, wer Vorsitzender und wer stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses ist,
 - d. den Zeitraum, in dem die Bevollmächtigung gelten soll,
 - e. die nach der Art oder Gattung bestimmten übertragenen Rechtsgeschäfte unter der Angabe von Wertgrenzen,
 - f. die in § 4 Abs. 1-3 genannten Vorgaben sowie
 - g. eine Unterschriftsprobe der bevollmächtigten Ausschussmitglieder.
- Das Bischöfliche Generalvikariat kann Muster zur Verfügung stellen.
- (6) Ist jemand hinsichtlich einer Angelegenheit befangen, so kann ihm keine Vollmacht erteilt werden.

§ 4 Sitzung und Beschlussfassung

- (1) Für die Sitzung und Beschlussfassung in Ausschüssen sind die §§ 15 bis 19 sowie § 20 Abs. 1 bis 3 KVVG entsprechend anzuwenden.
- (2) Willenserklärungen des Ausschusses, welche die Kirchengemeinde oder die vom Kirchenvorstand vertretenen Vermögensmassen berechtigen oder verpflichten sollen, sind stets von mindestens zwei Ausschussmitgliedern, von denen eines zugleich dem Kirchenvorstand angehören muss, schriftlich und unter Bezugnahme auf den entsprechenden Ermächtigungsbeschluss des Kirchenvorstandes abzugeben. Dies gilt nicht für Geschäfte der laufenden Verwaltung i.S.v. § 21 Abs. 3 KVVG.
- (3) Ausschüsse sind dem Kirchenvorstand gegenüber rechenschaftspflichtig. Sie haben den Kirchenvorstand spätestens in dessen nächster Sitzung von allen wesentlichen Vorgängen, insbesondere der Abgabe von Willenserklärungen, welche die Kirchengemeinde oder die vertretenen Vermögensmassen berechtigen oder verpflichten sollen, in Kenntnis zu setzen.

Artikel 6

Bestimmung von Geschäften der laufenden Verwaltung

Gemäß § 21 Abs. 3 S. 3 KVVG wird folgende Regelung getroffen:

§ 1 Geschäfte der laufenden Verwaltung

Geschäfte der laufenden Verwaltung im Sinne des § 21 Abs. 3 S. 1 KVVG sind solche Geschäfte bis zu einer Höhe von 5.000,00 EUR im Einzelfall, die in mehr oder weniger regelmäßigen Wiederkehr vorkommen und nach Größe, Umfang der Verwaltungstätigkeit und Finanzkraft der Kirchengemeinde von sachlich weniger erheblicher Bedeutung sind.

§ 2 Heraufsetzung der Wertgrenze

Der Kirchenvorstand kann für einzelne oder sämtliche Geschäfte der laufenden Verwaltung durch vorherigen Beschluss die Wertgrenze nach § 1 bis zur Höhe des doppelten Betrages einheitlich heraufsetzen. Eine darüberhinausgehende Erhöhung bedarf der schriftlichen Genehmigung durch das Bischöfliche Generalvikariat.

§ 3 Regelung durch den Kirchenvorstand

- (1) Der Kirchenvorstand entscheidet nach Maßgabe der §§ 1 und 2 für sich und seine Ausschüsse, welche Rechtsgeschäfte und Verwaltungsvorgänge zu seinen Geschäften der laufenden Verwaltung gehören.
- (2) Nicht zu den Geschäften der laufenden Verwaltung zählen alle Geschäfte, die einer Genehmigungspflicht des Bischöflichen Generalvikariates unterliegen.

§ 4 Bevollmächtigung Dritter

Gemäß § 21 Abs. 4 und 5 KVVG kann der Kirchenvorstand auch eine andere Person, insbesondere die Verwaltungsleitung oder einen Verwaltungsreferenten, mit der Wahrnehmung von Geschäften der laufenden Verwaltung betrauen. Der Beschluss bedarf zu seiner Wirksamkeit der schriftlichen Genehmigung des Bischöflichen Generalvikariates.

Artikel 7

Regelungen zu Friedhöfen der Kirchengemeinden und (Kirchen-)Gemeindeverbände im nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster

Der kirchliche Friedhof ist sowohl eine Einrichtung der örtlichen Daseinsvorsorge als auch eine Stätte der Verkündigung der christlichen Hoffnung. Verstorbene Gemeindemitglieder und sonstige Nutzungsberechtigte werden würdevoll beigesetzt, Hinterbliebene haben einen öffentlichen Ort zur Trauer. Friedhof- und Grabgestaltung bezeugen den Glauben an die Auferstehung der Toten.

§ 1 Der christliche Charakter des Friedhofs

- (1) Die Nutzung des Friedhofes wird durch eine Friedhofssatzung geregelt. Auf dem Friedhof sind nur Erd- und Urnenbestattungen zulässig. Erdbestattungen sind grundsätzlich in Särgen, Aschenbeisetzungen sind stets in Urnen vorzunehmen. Ausnahmen regelt die jeweilige Friedhofssatzung. Bestattungen, die der christlichen Glaubenslehre widersprechen, sind nicht zulässig.
- (2) Verstorbene gehören weiterhin zur christlichen Gemeinschaft, in dem jeder einzelne Verstorbene zählt. Die Anlage anonymer Gräber ist daher unzulässig. Die jeweilige Friedhofssatzung kann die Bestattung in einer nicht gekennzeichneten Einzelgrabstelle als Teil einer Gemeinschaftsgrabanlage mit der Namensnennung an einer zentralen Erinnerungsstätte (halbanonyme Bestattung) erlauben.
- (3) Die Gräber sollen Kreuze oder Grabmale haben, die der christlichen Hoffnung auf Auferstehung nicht widersprechen.

§ 2 Geltung öffentlich-rechtlicher Hygienevorschriften

Die für das Begräbnis, die Umbettung und Aufbewahrung von Leichen geltenden staatlichen Hygienevorschriften sind einzuhalten.

§ 3 Finanzierung des Friedhofes

- (1) Für den Friedhof führt der Friedhofsträger einen besonderen Haushalt. Er ist ein Gebührenhaushalt, der auch durch staatliche Gerichte überprüft werden kann.
- (2) Der Friedhofsträger stellt zur Finanzierung eine Gebührensatzung auf, die den staatlichen Vorschriften über das Gebührenrecht, insbesondere dem Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen in seiner jeweils gültigen Fassung, entspricht.
- (3) Den in der Satzung ausgewiesenen Netto-Gebühren kann ein Kalkulationszeitraum von höchstens drei Jahren zugrunde gelegt werden.
- (4) Soweit ein Friedhofsträger mehrere Friedhöfe betreibt, sind für diese getrennte Haushalte zu führen. Es kann für mehrere Friedhöfe eine einheitliche Gebührensatzung aufgestellt werden.

§ 4 Bildung von Rücklagen

- (1) Gewinne dürfen nicht erwirtschaftet werden. Erlöse für kalkulatorische Kosten, die nicht zur Finanzierung der Anschaffung von Anlagevermögen benötigt werden, sind im Rahmen des Haushaltsrechts einer Rücklage zuzuführen.
- (2) Zur Vermeidung von Gebührendefiziten ist regelmäßig eine Überprüfung der Gebühren und im Zweifel die Neufestsetzung der Gebühren erforderlich. Die Festlegung der Gebühren bedarf der schriftlichen Genehmigung des Bischöflichen Generalvikariates und, falls diese im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens beigegeben werden sollen, der staatlichen Genehmigung.
- (3) Rücklagen für Investitionen dürfen aus dem Gebührenaufkommen, denen eine Leistung entsprechen muss, nicht gebildet werden.

§ 5 Bildung von passiven Rechnungsabgrenzungsposten

Passive Rechnungsabgrenzungsposten für mehrjährige Grabnutzungsgebühren sind erst im Rahmen der Umstellung auf das neue Finanzwesen (doppische Haushaltsführung) zu bilden.

Artikel 8

Übergangsregelungen für Kirchengemeinden und (Kirchen-)Gemeindeverbände im nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster

§ 1 Übergangsregelung für Organe und Organmitglieder

- (1) Gemäß § 32 Abs. 1 Satz 1 KVVG bleiben die bei Inkrafttreten des KVVG bestehenden Organe der Kirchengemeinden (Kirchenvorstände) und (Kirchen-)Gemeindeverbände (Verbandsvertretungen, Verbandsausschüsse) bis zur ersten Konstituierung der nach dem KVVG zu bildenden Organe bestehen.
- (2) Bisherige Mitglieder nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24. Juli 1924 („dem auf Grund besonderen Rechtstitels Berechtigten

oder dem von ihnen Ernannten“) gehören den betreffenden Kirchenvorständen weiterhin als stimmberechtigte Mitglieder an. Die Mitgliedschaft endet spätestens mit dem Wegfall der zugrunde liegenden Rechtstitel. Auf eine Ablösung der Rechtstitel soll hingewirkt werden.

- (3) Bisherige Mitglieder nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24. Juli 1924 („andere hauptamtlich angestellte Seelsorgegeistliche der Gemeinde aus dem Weltklerus“) gehören den betreffenden Kirchenvorständen weiterhin als stimmberechtigte Mitglieder bis zur ersten Konstituierung der nach dem KVVG zu bildenden Organe an.
- (4) Personen, die in einem Beschäftigungsverhältnis zur Kirchengemeinde stehen, gehören den betreffenden Kirchenvorständen weiterhin als stimmberechtigte Mitglieder bis zur ersten Konstituierung der nach dem KVVG zu bildenden Organe an.
- (5) § 5 Abs. 1 KVVG findet insoweit keine Anwendung.

§ 2 Sonstige Bestimmungen

- (1) Die in Bezug auf die Verwaltung und Vertretung der Kirchenvorstände und (Kirchen-)Gemeindeverbände im nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster bestehenden sonstigen Bestimmungen bleiben bis zu einer Neuregelung in Kraft, soweit sie nicht dem KVVG oder diesem Begleitgesetz widersprechen. Dies gilt insbesondere für die Vorausgenehmigungen zu Tatbeständen i.S.v. Artikel 1 § 1, die als Vorausgenehmigung i.S.v. Artikel 1 § 3 fortgelten, sowie die Regelung zum Verwaltungsverfahren für die Ausschreibung und Vergabe von Orgelbauleistungen vom 10. Januar 2022 (Kirchliches Amtsblatt Münster 2022, Art. 23).
- (2) § 32 Abs. 2 KVVG bleibt unberührt. Hinsichtlich der förmlichen Geschäftsführung der (Kirchen-) Gemeindeverbände (z.B. Einberufung, Beschlussfassung und Vertretung) gelten die Regelungen des KVVG für den Kirchenvorstand entsprechend.
- (3) Sofern gesetzlich nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, trifft die Ausführungsbestimmungen zum KVVG und zum Begleitgesetz der Generalvikar.

Artikel 9

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Inkrafttreten des Kirchenvermögensverwaltungsgesetzes für den nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster (KVVG) in Kraft. Zugleich treten alle entgegenstehenden kirchlichen Normen und Regelungen außer Kraft, insbesondere die Geschäftsanweisung gem. § 21 des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens für die Vorstände der Kirchengemeinden und Vertretungen der Gemeindeverbände im nordrhein-westfälischen Teil des Bistums Münster vom 1. Juli 2011 (Kirchliches Amtsblatt Münster 2011, Art. 142).

Münster, 27. September 2024

L.S.

† Dr. Felix Genn
Bischof von Münster

AZ: R 710

Art. 159

Statut can. 517 § 2 CIC**Einleitung**

Wie in vielen anderen Bistümern ist auch im Bistum Münster die Zahl der Priester deutlich zurückgegangen und geht weiter zurück. Wir möchten diese Entwicklung zum Anlass nehmen, daran zu erinnern, dass die Weitergabe des Glaubens Aufgabe aller Gläubigen ist, nicht nur geweihter oder hauptamtlicher. Schon lange übernehmen viele Ehrenamtliche Verantwortung, sei es in den Gremien der Pfarrei wie Kirchenvorstand/Kirchenausschuss und Pfarreirat, sei es in liturgischen Diensten, Katechese oder Caritas. Dieses Engagement möchten wir nun stärken und vorantreiben. Gemeinsam möchten wir Kirche sein und eine ortsnahe Seelsorge gestalten, bei der die Menschen Jesus Christus begegnen. Dabei wirken Geweihte und Nichtgeweihte, Hauptamtliche und Ehrenamtliche gemeinsam, indem neue Formen der Beteiligung und Verantwortung geschaffen werden. Die rechtlichen Rahmenbedingungen dazu werden in diesem Statut geregelt. Es ist zugleich Ausführungsbestimmung i.S.v. § 5 Abs. 2 des Kirchlichen Vermögensverwaltungsgesetz für den nordrhein-westfälischen Anteil des Bistums Münster (KVVG).

Präambel

- (1) Leitung in der Pfarrei als Dienst an der Einheit der Kirche ist untrennbar mit dem Sakrament der Einheit, der Eucharistie, verbunden. In der Feier der Eucharistie konstituiert sich die Gemeinschaft der Gläubigen. Die sakramentale Rückbindung dafür ist die Weihe.
- (2) Zugleich können alle Gläubigen mit der verantwortlichen Wahrnehmung von Aufgaben der Pfarirseelsorge beauftragt werden. Die sakramentale Grundlage dafür sind Taufe und Firmung.
- (3) Die reguläre Leitung der Pfarrei erfolgt durch den Pfarrer in gemeinsamer Verantwortung mit ehren- oder hauptamtlichen Gläubigen.

§ 1 Leitung von Pfarreien gemäß can. 517 § 2 CIC

- (1) In Pfarreien, in denen die Seelsorge gemäß can. 517 § 2 CIC geordnet wird, ist das Amt des Pfarrers auf Dauer vakant.
- (2) Der Bischof beauftragt mehrere Personen oder eine Person mit der verantwortlichen Wahrnehmung von Leitungsaufgaben in der pfarrlichen Seelsorge. Mehrere Personen werden „Beauftragenteam“ genannt, das aus haupt- und ehrenamtlich Tätigen besteht, eine Person wird „Pfarrbeauftragte/r“ genannt und ist hauptamtlich tätig.
- (3) Der Bischof bestellt einen Priester zur Ausübung seiner Verantwortung in der Pfarrei gemäß § 5 Abs. 1. Dieser Priester wird „moderierender Priester“ genannt, der die Pfarrei einerseits von außen und andererseits in der Feier der Eucharistie in ihr Zentrum führt, aus dem sie lebt.

§ 2 Beauftragungsverfahren

- (1) Die Initiative zur Einrichtung einer Pfarreileitung gemäß can. 517 § 2 CIC geht entweder vom Bischof oder von der auf Dauer vakanten Pfarrei aus. Der Bischof schlägt der Pfarrei diese Form der Pfarreileitung vor oder die Verantwortlichen der Pfarrei bitten den Bischof darum. Vor der Entscheidung des Bischofs wird auf einer Pfarrversammlung mit seinen Vertretern ein befürwortendes Votum erstellt.
- (2) Der Bischof beauftragt den moderierenden Priester und die/den Pfarrbeauftragte/n auf Dauer bzw. das Beauftragenteam auf Zeit.

- (3) Der moderierende Priester und die/der Pfarrbeauftragte bzw. das Beauftragenteam werden im Rahmen einer sonntäglichen Eucharistiefeier eingeführt.

§ 3 Auftrag, Aufgaben und Befugnisse des aus haupt- und ehrenamtlich Tätigen bestehenden Beauftragenteams

- (1) Jedes Mitglied des Beauftragenteams erhält durch die bischöfliche Beauftragung Anteil an der Ausübung der pfarrlichen Hirtensorge. Alle tragen gemeinsam mit dem moderierenden Priester die Verantwortung für die Pastoral in der Pfarrei.
- (2) Dem Beauftragenteam gehören als stimmberechtigte Mitglieder an:
- der moderierende Priester
 - ein oder zwei stimmberechtigte Mitglieder des Kirchenvorstandes/Kirchenausschusses
 - ein oder zwei stimmberechtigte Mitglieder des Pfarreirates
 - ein, ggf. zwei Mitglied/er des aktiven Pastoralteams.

In der Regel ist die/der Verwaltungsleiter/in stimmberechtigtes Mitglied im Beauftragenteam. Weitere Mitglieder mit beratender Stimme können berufen werden.

- (3) Das Beauftragenteam wählt nach seiner Beauftragung durch den Bischof aus dem Kreis der haupt- und ehrenamtlichen Mitglieder eine/n Vorsitzende/n und eine/n stellvertretende/n Vorsitzende/n.
- (4) Das Beauftragenteam tritt auf Einladung der/des Vorsitzenden nach Möglichkeit monatlich zusammen und außerdem dann, wenn mindestens ein Drittel der stimmberechtigten Mitglieder dies verlangt.
- (5) Die/der Vorsitzende des Beauftragenteams wird als stimmberechtigtes Mitglied des Kirchenvorstandes/Kirchenausschusses ernannt.
- (6) Die/der Vorsitzende des Beauftragenteams ist stimmberechtigtes Mitglied des Pfarreirates und gehört dem Vorstand des Pfarreirates an. Ist sie/er hauptamtlich tätig, übt sie/er das Vetorecht aus. Ansonsten übt der moderierende Priester das Vetorecht/Einspruchsrecht (vgl. § 9 Abs. 3 Satzung für die Pfarreiräte) aus. Im übrigen übt die/der Vorsitzende des Beauftragenteams die in den Statuten für den Pfarreirat in der jeweils geltenden Fassung dem Leitenden Pfarrer zugewiesenen Aufgaben aus.
- (7) Dienstvorgesetzter der hauptamtlich tätigen Mitglieder des Beauftragenteams ist der moderierende Priester unbeschadet anderer diözesanrechtlicher Regelungen. Für die anderen hauptamtlich Tätigen bestellt der Bischof den Dienstvorgesetzten. Die Dienstvorgesetztenfunktion der übrigen von der Kirchengemeinde Angestellten kann der Vorsitzende des Kirchenvorstandes/Kirchenausschusses an die/den Vorsitzenden des Beauftragenteams oder eine andere Person delegieren, sofern es keine Verwaltungsleitung gibt.
- (8) Die/der Vorsitzende des Beauftragenteams ist ordentliches Mitglied der Konferenz der Leitenden Pfarrer und Pfarreileitungen.
- (9) Die Beauftragung, die Amtsdauer und die Konstituierung regelt der Bischof. In Ausführungsbestimmungen regelt das Beauftragenteam nach seiner erstmaligen Konstituierung die Beschlussfassung, das (vorzeitige) Ausscheiden von Mitgliedern, die Auflösung des Beauftragenteams sowie ggf. weitere pfarreispezifische Gegebenheiten.

§ 4 Auftrag, Aufgaben und Befugnisse der/des hauptamtlichen Pfarrbeauftragten

- (1) Die/der Pfarrbeauftragte erhält durch die bischöfliche Beauftragung Anteil an der Ausübung der pfarrlichen Hirtensorge. Sie/er trägt gemeinsam mit dem moderierenden Priester die Verantwortung für die Pastoral in der Pfarrei.
- (2) Die/der Pfarrbeauftragte übt ihren/seinen Dienst entsprechend der Festlegung im Beauftragungsdekret aus.
- (3) Zusammen mit dem moderierenden Priester sorgt die/der Pfarrbeauftragte für die partizipative Entwicklung der Ziele und Strukturen der Seelsorge. Die/der Pfarrbeauftragte ist verantwortlich für die Umsetzung der pastoralen Zielsetzungen.
- (4) Die/der Pfarrbeauftragte unterstützt den moderierenden Priester in dessen Verantwortung für die sakramentalen Vollzüge in der Pfarrei.
- (5) Gegenüber den Mitarbeitenden in den liturgischen Diensten (insbesondere Küster, Organist, Chorleiter) übt die/der Pfarrbeauftragte die Dienstvorgesetztenfunktion aus. Die Dienstvorgesetztenfunktion der übrigen von der Kirchengemeinde Angestellten kann die/der Vorsitzende des Kirchenvorstandes/Kirchenausschusses an die/den Pfarrbeauftragte/n oder eine andere Person delegieren, sofern es keine Verwaltungsleitung gibt.
- (6) Die/der Pfarrbeauftragte sorgt im Zusammenwirken mit dem Pfarreirat für die Übernahme ehrenamtlicher Verantwortung und die Weiterentwicklung angemessener Strukturen.
- (7) Die/der Pfarrbeauftragte wird vom Bischof als stimmberechtigtes Mitglied des Kirchenvorstandes/Kirchenausschusses ernannt.
- (8) Die/der Pfarrbeauftragte ist stimmberechtigtes Mitglied des Pfarreirates und gehört dem Vorstand des Pfarreirates an. In den Bereichen der Seelsorge, in denen die/der Pfarrbeauftragte gemäß Beauftragungsdekret Verantwortung trägt, hat sie/er das Vetorecht/Einspruchsrecht (vgl. § 9 Abs. 3 der Satzung für die Pfarreiräte). Im übrigen übt die/der Pfarrbeauftragte die in den Statuten für den Pfarreirat in der jeweils geltenden Fassung dem Leitenden Pfarrer zugewiesenen Aufgaben aus.
- (9) Die/der Pfarrbeauftragte sorgt gemeinsam mit dem Pastoralteam und den Gremien für die Verwirklichung der Grunddienste und ist selbst in der praktischen Pastoral tätig.
- (10) Dienstvorgesetzter der/des Pfarrbeauftragten ist der moderierende Priester unbeschadet anderer diözesanrechtlicher Regelungen. Die/der Pfarrbeauftragte wird vom Bischof als Dienstvorgesetzte/r der anderen Hauptamtlichen bestellt.
- (11) Die/der Pfarrbeauftragte ist ordentliches Mitglied der Konferenz der Leitenden Pfarrer und Pfarreileitungen.

§ 5 Auftrag, Aufgabe und Befugnisse des moderierenden Priesters

- (1) Der moderierende Priester sorgt für die geistliche Begleitung der Personen und Prozesse in der Pfarrei. Er ist nicht Pfarrer, hat aber Befugnisse und Vollmachten eines Pfarrers (gem. CIC). Er moderiert leitend die Seelsorge und verantwortet diese gemeinsam mit der/dem Pfarrbeauftragten bzw. dem Beauftragenteam gegenüber dem Bischof.
- (2) Zusammen mit der/dem Pfarrbeauftragten bzw. dem Beauftragenteam sorgt der moderierende Priester für die Entwicklung partizipativer Strukturen und die Festlegung der pastoralen Zielsetzungen.
- (3) Der moderierende Priester übt die an die Weihevollmacht gebundenen Aufgaben aus. Er hat die Verantwortung für die Feier der Sakramente und gemeinsam mit den hauptamtlichen

Seelsorgerinnen und Seelsorgern für die Verkündigung des Evangeliums, die Katechese und die Caritas.

- (4) Der moderierende Priester ist in aller Regel Rector ecclesiae der Kirchen der Pfarrei. Abweichende Regelungen sind mit dem Beauftragenteam bzw. der/dem Pfarrbeauftragten abzusprechen.
- (5) Der moderierende Priester ist Vorsitzender des Kirchenvorstandes/Kirchenausschusses.
- (6) Der moderierende Priester ist Mitglied im Pfarreirat. Er hat aber nicht die Verpflichtung an den Sitzungen teilzunehmen. Er erhält die Protokolle der Pfarreiratssitzungen.
- (7) Dienstvorgesetzter des moderierenden Priesters ist der Bischof.

§ 6 Seelsorgeteam

- (1) Die/der Pfarrbeauftragte bzw. das Beauftragenteam und der moderierende Priester werden in der pfarrlichen Hirtensorge von den vom Bischof geweihten oder beauftragten Mitarbeitenden, dem Seelsorgeteam, unterstützt.
- (2) Wenn vor Ort weitere Priester eingesetzt sind, üben sie die an die Weihevollmacht gebundenen Aufgaben aus.
- (3) Diakone, Pastoralreferent/innen, Sozialpädagoge/innen und andere pastorale Mitarbeitende üben ihren Dienst gemäß ihrer Weihevollmacht, Sendung oder Beauftragung aus.
- (4) Das Seelsorgeteam erstellt einen Geschäftsverteilungsplan für die Erledigung dieser Aufgaben.

§ 7 Dienstbesprechung

Der moderierende Priester und die/der Vorsitzende des Beauftragenteams bzw. die/der Pfarrbeauftragte führen zur Erfüllung ihrer Aufgaben regelmäßige Dienstbesprechungen.

§ 8 Inkraftsetzen

Dieses Statut tritt zum 1. November 2024 in Kraft.

Münster, 27. September 2024

L.S.

† Dr. Felix Genn
Bischof von Münster

AZ: R 710

Art. 160 Festlegung des Wahltermins für die Pfarreiräte im Bistum Münster

Für die im Jahr 2025 stattfindenden Pfarreiratswahlen im Bistum Münster wird als – mit den Kirchenvorstandswahlen im nordrhein-westfälischen Teil des Bistums Münster einheitlicher – Wahltermin

Samstag/Sonntag 8./9. November 2025

festgesetzt.

Grundlage für die Wahl der Pfarreiräte sind die Statuten für die Pfarreiräte im Bistum Münster in ihrer jeweils gültigen Fassung.

Eine Veröffentlichung des Zeitplans über die bei den Wahlen einzuhaltenden Termine wird zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Münster, 26. September 2024

L.S.

† Dr. Felix Genn
Bischof von Münster

AZ: R 710

Art. 161 Ordnung für den kirchlichen Schlichtungsausschuss beim Bischöflichen Generalvikariat Münster zur außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis im Sinne von § 47 KAVO**I. SCHLICHTUNGS-AUSSCHUSS****§ 1 Name, Sitz**

- (1) Der Schlichtungsausschuss führt die Bezeichnung „Schlichtungsausschuss für das Bistum Münster“.
- (2) Er hat seinen Sitz beim Bischöflichen Generalvikariat Münster.

§ 2 Zuständigkeit

- (1) Der Schlichtungsausschuss ist örtlich zuständig im Bereich kirchlicher Rechtsträger und deren Einrichtungen und im Bereich überdiözesaner Einrichtungen, die ihren Sitz im Gebiet des Bistums Münster (nordrheinwestfälischer Teil) haben.
- (2) Der Schlichtungsausschuss ist sachlich zuständig für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Beschäftigten* und ihren Dienstgebern aus einem Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikantenverhältnis, für das die Regional-KODA Nordrhein-Westfalen zuständig ist (§§ 1 und 2 KODA-Ordnung Nordrhein-Westfalen). Der Schlichtungsausschuss ist sachlich auch zuständig für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Beschäftigten und ihren Dienstgebern aus einem Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikantenverhältnis, für das eine Kommission im Sinne von § 1 Abs. 5 KODA-Ordnung Nordrhein-Westfalen mit Sitz im Bistum Münster zuständig ist, wenn die Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses vereinbart wurde.
- (3) Er ist auch sachlich zuständig bei Streitigkeiten zwischen Dienstgebern und Mitarbeitenden

* Personenbezeichnungen beziehen sich, soweit nicht von der Sache her ausgeschlossen, in gleicher Weise auf sämtliche Geschlechter.

in kirchlichen Einrichtungen über die wirksame Einbeziehung der kirchlichen Arbeitsvertragsordnung und kirchlichen Ordnungen im Sinne von Abs. 2 in den Individualarbeitsvertrag, insbesondere zur Klärung, ob einzelvertraglich eine für den Mitarbeitenden nachteilige Abweichung von der kirchlichen Arbeitsvertragsordnung erfolgt ist.

- (4) Streitigkeiten im Zusammenhang mit einer bischöflichen Beauftragung für pastorale Dienste oder religiöse Unterweisung (z. B. Entzug der *Missio canonica*) fallen nicht in die Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses.
- (5) Die Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses beim Diözesan-Caritasverband gemäß § 22 AVR bleibt von dieser Schlichtungsordnung unberührt.
- (6) Die Zuständigkeit der staatlichen Arbeitsgerichte und die Regelungen des staatlichen Arbeitsgerichtsverfahrens einschließlich der Fristen bleiben unberührt.

§ 3 Zusammensetzung

- (1) Der Schlichtungsausschuss besteht aus dem Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden sowie jeweils mindestens zehn Beisitzern aus dem Kreis der Dienstgeber und aus dem Kreis der Mitarbeitenden. Der stellvertretende Vorsitzende vertritt den Vorsitzenden in den Fällen, in denen dieser sein Amt nicht wahrnehmen kann.
- (2) Die Beisitzer sollten folgende Berufsgruppen abdecken:
 - a) Liturgischer Dienst
 - b) Pastoraler Dienst
 - c) Kirchliche Verwaltung
 - d) Kirchliches Bildungswesen und Beratungsdienst
 - e) Sozial- und Erziehungsdienst

Aus jeder Gruppe sollten mindestens zwei, jedoch höchstens vier Beisitzer je Seite benannt werden. Für den pastoralen Dienst ist für die Seite der Dienstgeber mindestens ein Pfarrer auszuwählen.

- (3) Für die Besetzung im konkreten Schlichtungsverfahren gilt § 15 Abs. 4.

§ 4 Vorsitzende und Beisitzer

- (1) Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende sollen der katholischen Kirche angehören.
- (2) ¹Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende müssen die Befähigung zum Richteramt gemäß dem Deutschen Richtergesetz besitzen und sollten arbeitsrechtliche Erfahrung aufweisen. ²Sie dürfen nicht haupt- oder nebenberuflich im kirchlichen Dienst stehen oder dem vertretungsberechtigten Organ einer kirchlichen oder caritativen Einrichtung angehören.
- (3) Die Beisitzer müssen aus dem Kreis der Mitarbeitenden bzw. aus dem Kreis der Dienstgeber stammen und im Zeitpunkt der Berufung im kirchlichen Dienst stehen.

§ 5 Ernennung des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden

- (1) ¹Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende werden vom Bischof von Münster nach Anhörung der diözesanen Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen (DiAG MAV) er-

nannt. ²Es ist rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(2) Die Ernennungen sind den Beisitzern bekannt zu geben.

§ 6 Benennung der Beisitzer

(1) ¹Die Beisitzer aus dem Bereich der Mitarbeiterseite werden von der DiAG MAV benannt und dem Generalvikar rechtzeitig bekannt gegeben, der diese bestätigt. Die Beisitzer müssen wählbar im Sinne der MAVO sein.

(2) Die Beisitzer aus dem Kreis der Dienstgeber werden vom Generalvikar benannt.

§ 7 Rechtsstellung, Schweigepflicht

(1) Die Mitglieder des Schlichtungsausschusses sind unabhängig und nur an Recht, Gesetz und ihr Gewissen gebunden.

(2) ¹Sie führen ihr Amt unentgeltlich als Ehrenamt. ²Dem Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden kann eine Aufwandsentschädigung angeboten werden.

(3) ¹Die Mitglieder des Schlichtungsausschusses haben über alle Angelegenheiten und Tatsachen, die ihnen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Schlichtungsausschuss bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren. ²Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus dem Schlichtungsausschuss.

(4) ¹Der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende belehren die Beisitzer des Schlichtungsausschusses zu Beginn ihrer Amtszeit schriftlich über ihre Rechtsstellung und die Schweigepflicht nach den Absätzen 1 bis 3. ²Eine Verletzung der Schweigepflicht stellt in der Regel eine grobe Pflichtverletzung dar.

(5) ¹Die Beisitzer sind zur ordnungsgemäßen Durchführung ihrer Aufgaben im notwendigen Umfang von der dienstlichen Tätigkeit freizustellen. ²Hierzu zählen auch Zeiten der Vor- und Nachbereitung. ³Die Tätigkeit im Schlichtungsausschuss steht dem Dienst gleich. ⁴Findet ein Schlichtungsverfahren außerhalb der regulären Dienstzeit eines Beisitzers statt, so ist diesem Beisitzer Freizeitausgleich zu erteilen. ⁵Die Beisitzer erhalten notwendigen Auslagenersatz im Rahmen der jeweils geltenden Bestimmungen zur Reisekostenvergütung (Anlage 15 KAVO) des Bistums Münster.

(6) Die Mitglieder des Schlichtungsausschusses dürfen in der Ausübung ihres Amtes nicht behindert oder aufgrund ihrer Tätigkeit weder benachteiligt noch begünstigt werden.

§ 8 Amtszeit

(1) ¹Die Amtszeit beträgt fünf Jahre, der Beginn der Amtszeit des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden wird in der jeweiligen Ernennungsurkunde einheitlich festgelegt. ²Die Amtszeit der Beisitzer beginnt mit der Amtszeit des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden.

(2) Ist zum Ende der Amtszeit die Benennung der neuen Mitglieder des Schlichtungsausschusses noch nicht erfolgt, bleiben die Mitglieder des Schlichtungsausschusses bis zur Nachbesetzung geschäftsführend im Amt.

(3) Ein Mitglied kann jederzeit durch schriftliche Erklärung gegenüber der Geschäftsstelle sein Amt niederlegen.

(4) Das Amt eines Mitglieds endet

1. wenn eine Voraussetzung für seine Berufung fehlt oder wegfällt,
 2. im Falle des Verlusts der Geschäftsfähigkeit,
 3. bei Abberufung durch den jeweils Ernennenden bei groben Pflichtverletzungen.
- (5) Stehen bei vorzeitigem Ausscheiden eines Mitglieds keine Ersatzmitglieder mehr zur Verfügung, findet eine Nach-Ernennung nach den Regelungen der §§ 5 und 6 für den Rest der Amtszeit statt.

§ 9 Geschäftsstelle

- (1) ¹Für den Schlichtungsausschuss ist eine Geschäftsstelle einzurichten. ²Sitz der Geschäftsstelle ist beim Bischöflichen Generalvikariat Münster.
- (2) ¹Die Geschäftsstelle besorgt die Geschäfts- und Aktenführung des Schlichtungsausschusses nach Weisung des Vorsitzenden. ²Die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle unterliegen der Schweigepflicht, auch für die Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Beschäftigungsverhältnis.
- (3) Die notwendigen Kosten für die Geschäftsstelle trägt das Bistum Münster.

II. SCHLICHTUNGSVERFAHREN

§ 10 Beteiligte, Bevollmächtigte

- (1) Beteiligte am Verfahren sind
 1. der Antragsteller
 2. der Antragsgegner
 3. der Beigeladene.
- (2) Antragsteller und Antragsgegner können sich in jedem Stadium des Verfahrens durch eine bevollmächtigte Person vertreten lassen oder mit ihr als Beistand auftreten.
- (3) Der Schlichtungsausschuss kann Vertreter des Bischöflichen Generalvikariates Münster beiladen.

§ 11 Antragsgrundsatz

¹Der Schlichtungsausschuss wird nur auf Antrag tätig. Antragsbefugt sind betroffene Mitarbeitende oder Dienstgeber. ²Anträge sind in Textform über die Geschäftsstelle an den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses zu richten. ³Diese haben gegebenenfalls auf eine sachdienliche Ergänzung des Antrags hinzuwirken.

§ 12 Antragsinhalt

- (1) ¹Der Antrag muss den Antragsteller, den Antragsgegner, den Gegenstand des Verfahrens und ein bestimmtes Antragsbegehren enthalten. ²Zur Begründung dienende Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben und wesentliche Schriftstücke beigelegt werden.
- (2) ¹Entspricht der Antrag diesen Anforderungen nicht, so hat der Vorsitzende den Antragsteller zu der erforderlichen Ergänzung innerhalb einer angemessenen Frist aufzufordern. ²Sachdienliche Ergänzungen und Änderungen können nur bis zur Entscheidung vorgebracht werden.

§ 13 Zurücknahme, Änderung des Antrags

- (1) ¹Der Antragsteller kann seinen Antrag jederzeit zurücknehmen. ²Dies erfolgt durch Erklärung in Textform gegenüber dem Schlichtungsausschuss. ³Der Vorsitzende erklärt das Schlichtungsverfahren in Textform für beendet.
- (2) Eine Änderung des Antrags durch den Antragsteller ist zulässig, wenn der Antragsgegner einwilligt oder der Schlichtungsausschuss die Änderung für sachdienlich hält.

§ 14 Abweisung des Antrags

Erweist sich ein Antrag als offensichtlich unzulässig, so kann ihn der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses ohne mündliche Verhandlung unter Angabe der Gründe abweisen.

§ 15 Vorbereitung des Verfahrens

- (1) ¹Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses trifft alle Maßnahmen, die zur Durchführung des Schlichtungsverfahrens erforderlich sind. ²Der Vorsitzende wirkt in jeder Phase des Verfahrens auf eine beschleunigte Durchführung der Schlichtung hin. ³Er trägt Sorge dafür, dass das Verfahren zeitnah zu einem Abschluss geführt wird.
- (2) ¹Der Vorsitzende verfügt die Zustellung des Antrags an den Antragsgegner. Er hat die Zustellung sicher zu stellen. ²Zugleich ist der Antragsgegner aufzufordern, sich innerhalb einer festzusetzenden Frist in Textform zu äußern.
- (3) Der Vorsitzende bereitet den Sach- und Streitstand so weit vor, dass die Beteiligten sich möglichst vor, spätestens im Verhandlungstermin vollständig erklären und vorhandene Schriftstücke oder andere Dokumente einreichen können und Personen, die zur Aufklärung des Sachstandes beitragen können, gehört werden.
- (4) ¹Der Schlichtungsausschuss verhandelt in der Besetzung mit dem Vorsitzenden und je einem Beisitzer aus dem Kreis der Dienstgeber und aus dem Kreis der Mitarbeitenden. ²Der Beisitzende aus dem Kreis der Mitarbeitenden soll möglichst der Berufsgruppe (vgl. § 3 Abs. 2) des vom Verfahren betroffenen Mitarbeitenden angehören. ³Der Beisitzende aus dem Kreis der Dienstgeber soll möglichst für einen Dienstgeber gleicher Art wie der vom Verfahren betroffene Dienstgeber tätig sein. Die Beisitzer sollen rotierend hinzugezogen werden.

§ 16 Vorschlag zur Einigung ohne mündliche Verhandlung

- (1) ¹Der Vorsitzende hat auf eine Einigung zwischen den Beteiligten hinzuwirken. ²Er kann den Beteiligten in Textform ohne mündliche Verhandlung einen Vorschlag zur Einigung mit einer Frist zur Stellungnahme unterbreiten.
- (2) ¹Wird der Vorschlag von den Beteiligten angenommen, so stellt der Vorsitzende das Zustandekommen der Einigung durch Beschluss fest; die Annahmeerklärungen der Beteiligten sind in Textform abzugeben. ²Die auf diese Weise zustande gekommene Einigung hat unter den Beteiligten die Wirkung eines außergerichtlichen Vergleichs.
- (3) Führt der Einigungsvorschlag nicht zu einer Einigung, wird ein Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt.

§ 17 Mündliche Verhandlung

- (1) ¹Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses bestimmt den Termin zur mündlichen Verhand-

lung und lädt den Antragsteller, den Antragsgegner und Dritte (z.B. Zeugen und Sachverständige) mit einer Frist von mindestens zwei Wochen. ²Einer gesonderten Ladung bedarf es nicht, wenn die Sache im Verhandlungstermin in Gegenwart der Beteiligten zur Weiterverhandlung auf einen bestimmten Termin vertagt wird.

- (2) Der Schlichtungsausschuss erörtert in nicht öffentlicher Verhandlung unter Leitung des Vorsitzenden mit den Beteiligten die Sach- und Rechtslage.
- (3) Der Vorsitzende gibt den Beteiligten Gelegenheit zur Stellungnahme.
- (4) ¹Über den Verlauf und das Ergebnis der mündlichen Verhandlung ist ein von dem Vorsitzenden zu unterzeichnendes Protokoll zu fertigen, welches den Beteiligten zuzusenden ist. ²Es soll den wesentlichen Verhandlungsablauf, die Ergebnisse einer Beweisaufnahme und die gestellten Anträge enthalten.
- (5) ¹Zu den Verhandlungen müssen die Beteiligten grundsätzlich persönlich erscheinen. Sie können sich durch einen Bevollmächtigten oder einen durch Sachkunde ausgewiesenen Beistand vertreten lassen. ³Bei unentschuldigtem Nichterscheinen des Antragstellers erklärt der Vorsitzende die Schlichtung für beendet. ⁴Bei unentschuldigtem Nichterscheinen des Antragsgegners ergeht eine Entscheidung nach Aktenlage.
- (6) Die mündlichen Verhandlungen finden in der Regel als Präsenzsitzungen statt. Ist dies im Ausnahmefall nicht möglich, kann die Sitzung mittels Videokonferenz durchgeführt werden, wenn die Möglichkeit der Teilnahme für alle Beteiligten sichergestellt ist und wenn sichergestellt ist, dass Dritte von der Sitzung keine Kenntnis nehmen können. Eine Aufzeichnung der Verhandlung ist unzulässig. Abs. 5 gilt entsprechend. Eine Präsenzsitzung mit einem Teil der Beteiligten, an der ein anderer Teil der Beteiligten mittels Videokonferenz teilnimmt, ist unzulässig. Über das Vorliegen eines Ausnahmefalls und die Auswahl der Videokonferenzsoftware entscheidet der Vorsitzende.

§ 18 Beweisaufnahme

- (1) Soweit es erforderlich ist, erhebt der Schlichtungsausschuss Beweis durch Augenschein, hört Zeugen, vom Schlichtungsausschuss angeforderte Sachverständige sowie die Beteiligten, und sieht Urkunden ein.
- (2) ¹Die Beweisaufnahme hat in der mündlichen Verhandlung zu erfolgen. ²Auf Anordnung des Vorsitzenden können ausnahmsweise Beweisaufnahmen vor der mündlichen Verhandlung durchgeführt werden. ³Antragsteller, Antragsgegner und sonstige Beteiligte sind dazu zu laden.

§ 19 Vorschlag zur Einigung in der mündlichen Verhandlung in Verfahren nach § 2 Abs. 2

- (1) ¹Der Schlichtungsausschuss hat zu jeder Zeit auf eine Einigung zwischen den Beteiligten hinzuwirken. ²Er soll daher den Beteiligten unter Würdigung der Sach- und Rechtslage eine begründete Einigungsempfehlung unterbreiten.
- (2) ¹Wird der Vorschlag in der mündlichen Verhandlung von den Beteiligten angenommen, so ist die Einigung durch Beschluss festzustellen und der Beschluss zu Protokoll zu nehmen. ²Die auf diese Weise zustande gekommene Einigung hat unter den Parteien die Wirkung eines außergerichtlichen Vergleichs.
- (3) ¹Kommt in der mündlichen Verhandlung keine Einigung zustande, kann der Schlichtungsausschuss eine Einigungsempfehlung unterbreiten, die von beiden Beteiligten innerhalb einer vorzugebenden Äußerungsfrist in Textform angenommen werden kann. ²Der Vorsitzende stellt das Zustandekommen der Einigung durch Beschluss fest.

- (4) Kommt eine Einigung weder in der mündlichen Verhandlung noch während der Äußerungsfrist zustande, erklärt der Vorsitzende durch Beschluss die Schlichtung nach § 2 Abs. 2 für beendet.
- (5) Wird eine Schlichtung zu einem Streitgegenstand nach mündlicher Verhandlung durch Beschluss für beendet erklärt, so kann ein Antrag zum selben Streitgegenstand nicht vor Ablauf von sechs Monaten nach entsprechendem Beschluss erneut gestellt werden.

§ 20 Verfahren nach § 2 Abs. 3 – Streitigkeiten über die wirksame Einbeziehung der kirchlichen Arbeitsvertragsordnung in den Individualarbeitsvertrag

- (1) Der Schlichtungsausschuss entscheidet in den Verfahren nach § 2 Abs. 3 mit Beschluss.
- (2) ¹Der Beschluss wird in dem Termin, in dem die Verhandlung geschlossen wird, oder in einem sofort anzuberaumenden Termin bekannt gegeben. ²Dieser ist spätestens sechs Wochen nach Ende der mündlichen Verhandlung anzusetzen.
- (3) Der Beschluss wird mit Stimmenmehrheit gefasst; Stimmenthaltung ist nicht zulässig.
- (4) Der Beschluss ist schriftlich abzufassen, mit Gründen zu versehen, von allen Mitgliedern, die daran mitgewirkt haben, zu unterschreiben und den Beteiligten zuzustellen.
- (5) ¹Der Dienstgeber kann die Verkündung des Beschlusses bis spätestens zum Verkündungstermin durch Vorlage eines neuen Vertragsentwurfs abwenden. ²Erfüllt der Vertragsentwurf, der zur Wirksamkeit lediglich der Annahme durch den Mitarbeitenden bedarf, die rechtlichen Anforderungen, erklärt der Schlichtungsausschuss das Verfahren für erledigt.
- (6) ¹Der Beschluss des Schlichtungsausschusses wird an den Vorsitzenden des für den Dienstgeber zuständigen rechtsträgerinternen Aufsichtsorgans übermittelt. ²Wenn kein Aufsichtsorgan ermittelt werden kann, ist der Beschluss dem Bischof von Münster zu übermitteln.

§ 21 Rechtsfolgen des Beschlusses nach § 20

- (1) ¹Stellt der Schlichtungsausschuss in seinem Beschluss fest, dass die Vertragsgestaltung gegen kirchliches Recht verstößt, ist der beteiligte Dienstgeber verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen und dem Schlichtungsausschuss hierüber zu berichten. ²Zum Nachweis legt der Dienstgeber dem Schlichtungsausschuss innerhalb von vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses einen überarbeiteten Arbeitsvertragsentwurf vor, der zu seiner Wirksamkeit lediglich der Annahme durch den Mitarbeitenden bedarf.
- (2) Stellt der Schlichtungsausschuss fest, dass der Dienstgeber dieser Verpflichtung nicht oder nicht ordnungsgemäß nachgekommen ist, informiert der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses den Bischof von Münster über die auferlegten Maßnahmen und bittet ihn, dafür Sorge zu tragen, dass rechtmäßige Zustände hergestellt werden.

§ 22 Ablehnung, Befangenheit

- (1) Für die Ausschließung und die Ablehnung von Mitgliedern des Schlichtungsausschusses gelten die §§ 41 bis 44 und § 48 der Zivilprozessordnung entsprechend.
- (2) ¹Über das Ablehnungsgesuch entscheidet der Schlichtungsausschuss nach Anhörung des Betroffenen ohne seine Beteiligung. ²Ist der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses oder sein Stellvertreter Betroffener, so befindet der Schlichtungsausschuss unter Vorsitz des jeweils nicht betroffenen Vorsitzenden endgültig. ³Die Entscheidung wird durch Beschluss getroffen und ist endgültig. Der Beschluss ist zu begründen und zu den Akten zu nehmen.

- (3) ¹Ist das Ablehnungsgesuch zulässig und begründet, findet eine Fortsetzung des Verfahrens mit dem nach § 15 Abs. 4 umgebildeten Schlichtungsausschuss statt. ²Anderenfalls wird das Schlichtungsverfahren durch den Schlichtungsausschuss in seiner ursprünglichen Besetzung fortgeführt.

III. KOSTEN DES VERFAHRENS SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 23 Kosten des Verfahrens

- (1) Verfahrenskosten werden nicht erhoben. Ausgenommen hiervon sind Verfahren nach der Regelung in § 2 Abs. 2 Satz 2. In diesen Verfahren trägt die betroffene Einrichtung die Kosten der Aufwendungsentschädigung für den Vorsitzenden nach § 7 Abs. 2 sowie die Reisekostenvergütung nach § 7 Abs. 5 Satz 5.
- (2) Beteiligten sowie Zeugen und Sachverständigen werden Fahrtkosten nach den Bestimmungen der Anlage 15 KAVO auf Antrag durch den beteiligten Dienstgeber erstattet.
- (3) ¹Zeugen und Sachverständige werden gemäß den Bestimmungen für das Verfahren vor den staatlichen Arbeitsgerichten entschädigt. ²Diese Kosten hat der am Verfahren beteiligte Dienstgeber zu tragen.
- (4) Jede der Parteien trägt die Kosten für die Beiziehung eines Rechtsbeistands oder Bevollmächtigten selbst.

§ 24 Kosten des Schlichtungsausschusses

Durch die Tätigkeit der Mitglieder des Schlichtungsausschusses entstehende notwendige Kosten trägt die Diözese Münster.

§ 25 Inkrafttreten, Übergangsregelung

- (1) Diese Ordnung tritt am 01.11.2024 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Schlichtungsordnung auf dem Gebiet der Diözese Münster vom 26.10.1989 (Kirchliches Amtsblatt 1989 Nr. 22, Art. 216) außer Kraft.
- (3) ¹Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Ordnung be- und ernannten Mitglieder des Schlichtungsausschusses bleiben bis zur Benennung der Mitglieder nach §§ 5, 6 dieser Ordnung im Amt. ²Für Verfahren, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Ordnung anhängig werden, gelten die gemäß Abs. 2 außer Kraft gesetzten Regelungen fort.

Münster, den 01.10.2024

L.S.

† Dr. Felix Genn
Bischof von Münster

AZ: R 400

Art. 162 **Allgemeines Ausführungsdekret zum Eintrag der Taufe in das Taufbuch
und zum Erstellen von Taufregisterauszügen und Taufbescheinigungen
für das Bistum Münster**

Allgemeines Ausführungsdekret

Auf der Grundlage der Vorgaben des universalen Kirchenrechts und unter Berücksichtigung der vorhandenen partikularrechtlichen Regelungen sowie unter Beachtung des staatlichen Rechts, insbesondere des Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG) und des Gesetzes über die religiöse Kindererziehung (RelKErzG) werden für die Taufbücher in den Pfarreien und den Gemeinden von Katholiken anderer Muttersprachen (missiones cum cura animarum) des Bistums Münster zum Eintrag der Taufe und zum Erstellen von Taufregisterauszügen und Taufbescheinigungen nachfolgende Regelungen getroffen:

§ 1 Grundsätzliches

Grundlage der Eintragung einer Taufe im Taufbuch sind die Daten der zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Taufe vorgelegten Geburtsurkunde. Weitere rechtsgültige Dokumente können die Daten der Geburtsurkunde ergänzen. Die Begriffe „Vater“, „Mutter“, „Eltern“, „Elternteil(e)“ und „Adoptiveltern“ bezeichnen im Taufbuch die rechtlichen Eltern, die nicht zwangsläufig auch die leiblichen Eltern sind. Sind andere Personen an die Stelle der rechtlichen Eltern getreten, werden diese als „sorgeberechtigte Person(en)“ bezeichnet, sofern ihnen das Sorgerecht in religiösen Angelegenheiten des Kindes zukommt.

§ 2 Notwendigkeit des Personensorgerechtes

- (1) Für die Taufanmeldung religionsunmündiger Personen muss eine Zustimmungserklärung der zur religiösen Erziehung berechtigten Personen vorliegen nach Maßgabe des geltenden weltlichen Rechts. Das Personensorgerecht in religiösen Angelegenheiten ist nachzuweisen. Der Nachweis erfolgt durch Vorlage einer Geburtsurkunde bzw. Entscheidung des Familiengerichts.
- (2) Im Fall deutscher Staatsbürger gilt nach c. 22 CIC das Gesetz zur religiösen Kindererziehung, näherhin:
 - a) Hat eine Person das sogenannte kleine Sorgerecht „für Angelegenheiten des täglichen Lebens des Kindes“ (vgl. § 1687b BGB), so genügt dies nicht für die Zustimmung zur Taufe – abgesehen vom Fall der Nottaufe.
 - b) Steht einem rechtlichen Elternteil das Recht und die Pflicht, für das Kind zu sorgen, neben einem dem Kinde bestellten Vormund oder Pfleger zu, so geht bei einer Meinungsverschiedenheit über die Bestimmung des religiösen Bekenntnisses, in dem das Kind erzogen werden soll, die Meinung des rechtlichen Elternteils vor, es sei denn, dass dem rechtlichen Elternteil das Recht der religiösen Erziehung auf Grund von § 1666 BGB entzogen ist (Vgl. § 3 Abs. 1 RelKErzG).
 - c) Steht die Sorge für ein Kind einem Vormund oder Pfleger allein zu, so hat dieser auch über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen. Er bedarf dazu der Genehmigung des Familiengerichts (Vgl. § 3 Abs. 2 RelKErzG). Hingegen kann er eine schon erfolgte Bestimmung über die religiöse Erziehung nicht ändern.
- (3) Bei ausländischen Staatsbürgern wird eine analoge Anwendung empfohlen.

§ 3 Eintragung der Taufe

- (1) In das Taufbuch sind neben den Taufdaten grundsätzlich die Daten der Geburtsurkunde des Täuflings einzutragen, die zur Anmeldung der Taufe vorgelegt wird: Name, Vorname und Geburtsdatum, Namen der rechtlichen Eltern, Elternteile oder sorgeberechtigten Personen. Ggf. sind die Spalten „Vater“ und „Mutter“ entsprechend den Angaben in der Geburtsurkunde wie z. B. Elternteil 1 und Elternteil 2 anzupassen. Dabei werden die vorgegebenen Begriffe durchgestrichen und durch die Begriffe der Geburtsurkunde ersetzt.
- (2) Soweit die leiblichen Eltern aus amtlichen Urkunden bekannt sind, jedoch ihnen das Sorgerecht entzogen ist, werden sie in der Spalte „Bemerkungen“ bzw. „Eintragungen“ eingetragen. Es ist zudem ein Sperrvermerk gemäß § 6 Abs. 4 dieses Allgemeinen Ausführungsdekretes einzutragen.
- (3) Alle nicht sorgeberechtigten Personen, sofern sie nicht durch Urkunde bestätigte leibliche bzw. rechtliche Eltern sind, können nicht im Taufbuch eingetragen werden.

§ 4 Eintragung von Änderungen nach der Taufe

Werden nach der Taufe durch amtliche Urkunden und Dokumente belegte Sorgerechtsänderungen, Namensänderungen oder personenstandsrechtliche Änderungen des Geschlechts vorgelegt, sind die neuen Sachverhalte unter „Bemerkungen“ bzw. „Eintragungen“ unter Hinzufügung eines Sperrvermerks gemäß § 6 Abs. 4 einzutragen.

§ 5 Fehlerhafte Einträge im Taufbuch

Ist im Taufbuch ein fehlerhafter Eintrag enthalten, so ist der falsche Eintrag lesbar zu streichen und der richtige Eintrag in geeigneter Form anzubringen. In der Spalte „Bemerkungen“ bzw. „Eintragungen“ sind das Datum und der Anlass der Korrektur mit dem Namen der die Korrektur vornehmenden Person zu vermerken. In den Taufregisterauszügen und Taufbescheinigungen ist die korrigierte Fassung einzutragen, ohne Verweis auf den vorher fehlerhaften Eintrag.

§ 6 Sperrvermerk, Geheimhaltung und Sperrfristen

- (1) Das staatliche Recht schreibt vor, dass Tatsachen, die geeignet sind, eine Adoption und ihre Umstände aufzudecken, ohne Zustimmung des Annehmenden und des Kindes nicht offenbart und ausgeforscht werden dürfen. Ebenso ist die Änderung einer Geschlechtsangabe und/oder eines Vornamens ohne Zustimmung der betreffenden Person bzw. bei Minderjährigen der gesetzlichen Vertreter mit einem Offenbarungsverbot belegt. In beiden Fällen ist ein Sperrvermerk gemäß Abs. 3 einzutragen.
- (2) Beantragt eine Person, bei der eine Änderung der Geschlechtsangabe und/oder eines Vornamens vorgenommen wurde, die Ausstellung der Dokumente nach § 8, muss sie schriftlich der Offenbarung ihres biologischen Geschlechts und ihres Geburtsnamens zustimmen.
- (3) Aufgrund eines begründeten Interesses kann die Offenbarung der in Abs. 1 genannten Sachverhalte gegenüber einer kirchlichen Behörde erforderlich sein. Ein Interesse ist insbesondere bei der Ausstellung eines Taufregisterauszuges wegen einer beabsichtigten kirchlichen Eheschließung, Priesterweihe oder Ordensprofeß gegeben.
- (4) Als Sperrvermerk ist in der Spalte „Bemerkungen“ bzw. „Eintragungen“ folgender Text einzutragen. „Sperrvermerk: Die Ausgabe eines Taufregisterauszuges oder einer Taufbescheinigung ist nur mit Erlaubnis durch das BGV Münster / BMO Vechta möglich.“

- (5) Die Personen, die das Taufsakrament spenden bzw. deren Eintrag in das Taufbuch vornehmen oder veranlassen, sind zur Geheimhaltung verpflichtet.
- (6) Die Daten der Adoption, der Änderung einer Geschlechtsangabe und/oder eines Namens bzw. Vornamens werden nur in das Taufbuch des Taufpfarramtes bzw. der die Taufe vornehmenden Gemeinde einer *Missio cum cura animarum* beim Haupteintrag mit laufender Nummer eingetragen.

§ 7 Analoge Rechtsanwendung

Die Regelungen dieses Ausführungsdekretes gelten analog für den Eintrag einer Konversion eines Kindes. Ebenso gelten sie analog für den Eintrag einer Konversion oder Taufe einer religionsmündigen oder erwachsenen Person, bei denen die den rechtlichen Eltern zugeschriebenen Rechte entfallen.

§ 8 Taufregisterauszug bzw. Taufbescheinigung

- (1) Es ist zwischen dem Taufregisterauszug (*testimonium baptismi*) und der Taufbescheinigung (*litterae baptismales*) zu unterscheiden.

Der Taufregisterauszug ist ein vollständiger Auszug aus dem Taufbuch inklusive der Angaben in der Spalte „Bemerkungen“ bzw. „Eintragungen“ gemäß can. 535 § 2 CIC und sonstiger Eintragungen.

Die Taufbescheinigung bestätigt amtlich folgende Fakten: Taufdaten (Datum, Pfarrei, Kirche [bzw. Ort der Taufe], Taufspender, Vorname, Name und Geburtsdatum des Täuflings. ggf. sind die Daten der Firmung und/oder eines Kirchenaustritts zu ergänzen.

- (2) Beide Dokumente darf nur das Taufpfarramt oder das Pfarramt ausstellen, das einen Eintrag aufgrund einer Konversion oder eines Taufnachweises durch Zeugen durchgeführt hat, der vom Bischöflichen Generalvikariat bzw. Bischöflich Münsterschen Officialat anerkannt wurde.

§ 9 Inkrafttreten

- (1) Das Allgemeine Ausführungsdekret tritt am 1. November 2024 in Kraft.
- (2) Mit Inkrafttreten dieses Ausführungsdekretes werden alle entgegenstehenden Regelungen zum Eintrag von Taufen und damit verbundener Sachverhalte im Bistum Münster aufgehoben.

Münster, 1. November 2024

L.S.

† Dr. Felix Genn
Bischof von Münster

AZ: R 720

Art. 163

**Anlage zur Ordnung über die Umzugskostenvergütung für
Priester des Bistums Münster vom 25. April 1994**

- (1) Gemäß § 5 Absatz 3 der „Ordnung über die Umzugskostenvergütung für Priester des Bistums Münster“ vom 25. April 1994 (KA Münster 1994, Nr. 10, Art. 99) wird der Grundbetrag für die Bemessung der Pauschalvergütung für sonstige Umzugsauslagen gemäß § 5 Absatz 1 Nr. 1 und 2 der genannten Ordnung zum 01.11.2024 auf 5.852,17 EUR festgesetzt, ab dem 01.02.2025 beträgt diese 6.174,04 EUR.
- (2) Die Pauschalvergütung für sonstige Umzugsauslagen und der Häufigkeitszuschlag betragen somit:

Beträge in Euro, gültig ab 01.11.2024

lfd. Nr.	für anspruchsberechtigte Priester	Pauschalvergütung für sonstige Umzugs- auslagen	Häufigkeitszuschlag gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 4
1	in den Fällen des § 5 Abs. 1 Nr. 1 (Priester mit Wohnung vor u n d nach dem Umzug)	705,19	352,59
2	in den Fällen des § 5 Abs. 1 Nr. 2 (Priester mit Wohnung vor u n d nach dem Umzug u n d aufgenom- mener Person im Sinne von § 5 Abs. 1 Nr. 2 (z.B. Haushälterin) in der alten und in der neuen Wohnung)	1.410,37	705,19
3	in den Fällen des § 5 Abs. 1 Nr. 3 (Priester mit Wohnung nur vor oder nur nach dem Umzug oder ohne Wohnung vor und nach dem Umzug)	141,04	0,00

Beträge in Euro, gültig ab 01.02.2025

lfd. Nr.	für anspruchsberechtigte Priester	Pauschalvergütung für sonstige Umzugs- auslagen	Häufigkeitszuschlag gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 4
1	in den Fällen des § 5 Abs. 1 Nr. 1 (Priester mit Wohnung vor u n d nach dem Umzug)	743,97	371,99
2	in den Fällen des § 5 Abs. 1 Nr. 2 (Priester mit Wohnung vor u n d nach dem Umzug u n d aufgenom- mener Person im Sinne von § 5 Abs. 1 Nr. 2 (z.B. Haushälterin) in der alten und in der neuen Wohnung)	1.487,94	743,97
3	in den Fällen des § 5 Abs. 1 Nr. 3 (Priester mit Wohnung nur vor oder nur nach dem Umzug oder ohne Wohnung vor und nach dem Umzug)	148,79	0,00

Diese Anlage tritt mit Wirkung vom 01.11.2024 in Kraft.

Münster den, 18.09.2024

L.S.

† Dr. Felix Genn
Bischof von Münster

AZ: R 450

Art. 164 **Anlage 1 zur Ordnung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Priester im nordrhein-westfälischen Teil des Bistums Münster vom 15. April 2019 (Kirchliches Amtsblatt Münster 2019, Nr. 8, Art. 63)**

A) Grundgehaltssätze

Das Grundgehalt gemäß § 5 der Priesterbesoldungs- und -versorgungsordnung bestimmt sich nach der Besoldungsgruppe

P 1 für Pfarrer mit eigenem Haushalt,
P 2 für Pfarrer ohne eigenen Haushalt,
P 3 für Kapläne mit eigenem Haushalt,
P 4 für Kapläne ohne eigenen Haushalt.

Ein Priester, dem freie Unterkunft und Verpflegung gewährt wird, gilt als „Pfarrer/Kaplan ohne eigenen Haushalt“ im Sinne dieser Anlage; er erhält als Grundgehalt zwei Drittel des Grundgehaltes eines vergleichbaren „Pfarrers/Kaplans mit eigenem Haushalt“.

Die Grundgehaltssätze sind in den nachstehenden Tabelle ausgewiesen:

Monatsbeträge in Euro, gültig ab 01.11.2024

Dienstaltersstufe	Besoldungsgruppe P 1 Pfarrer mit Haushalt	Besoldungsgruppe P 2 Pfarrer ohne Haushalt	Besoldungsgruppe P 3 Kaplan mit Haushalt	Besoldungsgruppe P 4 Kaplan ohne Haushalt
3	3.450,54	2.410,20	3.394,00	2.372,16
4	3.672,58	2.558,23	3.564,64	2.487,30
5	3.900,80	2.711,40	3.735,29	2.601,41
6	4.126,96	2.862,52	3.913,14	2.721,68
7	4.361,34	3.016,72	4.087,90	2.837,85
8	4.512,46	3.119,52	4.206,12	2.915,98
9	4.668,72	3.224,38	4.324,34	2.998,22
10	4.826,00	3.328,20	4.446,67	3.079,43
11	4.980,20	3.433,06	4.566,94	3.155,50
12	5.135,43	3.534,83	4.685,16	3.234,66

Monatsbeträge in Euro, gültig ab 01.02.2025

Dienstaltersstufe	Besoldungsgruppe P 1 Pfarrer mit Haushalt	Besoldungsgruppe P 2 Pfarrer ohne Haushalt	Besoldungsgruppe P 3 Kaplan mit Haushalt	Besoldungsgruppe P 4 Kaplan ohne Haushalt
3	3.640,32	2.542,76	3.580,67	2.502,63
4	3.874,58	2.698,93	3.760,70	2.624,10
5	4.115,34	2.860,53	3.940,73	2.744,49
6	4.353,94	3.019,96	4.128,36	2.871,38
7	4.601,22	3.182,64	4.312,73	2.993,93
8	4.760,65	3.291,09	4.437,45	3.076,35
9	4.925,50	3.401,72	4.562,17	3.163,12
10	5.091,43	3.511,26	4.691,23	3.248,80
11	5.254,11	3.621,88	4.818,13	3.329,05
12	5.417,88	3.729,25	4.942,85	3.412,56

B) Wohnungszulage

Die Wohnungszulage gemäß § 14 Absatz 1 Buchstabe b der Priesterbesoldungs- und -versorgungsordnung beträgt ab dem 01.11.2024: 952,01 EUR, ab dem 01.02.2025 beträgt diese 1.004,37 EUR.

C) Schlussbestimmungen

Im Übrigen gilt die Priesterbesoldungs- und -versorgungsordnung des Bistums Münster in der jeweils gültigen Fassung.

D) In-Kraft-Treten

Diese Anlage tritt mit Wirkung vom 1. November 2024 in Kraft.

Münster den, 18.09.2024

L.S.

† Dr. Felix Genn
Bischof von Münster

AZ: R 450

Verordnungen und Verlautbarungen des Bischöflichen Generalvikariats

Art. 165 **Festlegung des Wahltermins für die Kirchenvorstände im NRW-Teil des Bistums Münster**

Für die im Jahr 2025 stattfindenden Kirchenvorstandswahlen im nordrhein-westfälischen Teil des Bistums Münster wird als – mit den Pfarreiratswahlen im Bistum Münster einheitlicher – Wahltermin (siehe auch Artikel Nr. 160 in diesem Amtsblatt)

Samstag/Sonntag, 8./9. November 2025

festgesetzt.

Grundlage für die Wahlen der Kirchenvorstände sind das Gesetz über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens und die Wahlordnungen in den jeweils gültigen Fassungen. Die ausscheidenden Mitglieder bleiben noch so lange im Amt, bis die neu gewählten Mitglieder in das Amt eingeführt und verpflichtet worden sind.

Eine Veröffentlichung des Zeitplans über die bei den Wahlen einzuhaltenden Termine wird zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Münster, 26. September 2024

Dr. Klaus Winterkamp
Bischöflicher Generalvikar

AZ: R 710

Art. 166 **Mitarbeiterversammlung der Pastoralassistentinnen und Pastoralassistenten sowie Pastoralreferentinnen und Pastoralreferenten**

Am Mittwoch, den 06. November 2024 findet die Mitarbeitervollversammlung für die Berufsgruppe der Pastoralassistentinnen, Pastoralassistenten, Pastoralreferentinnen und Pastoralreferenten im NRW-Teil des Bistums Münster statt.

Ort: Könzgenhaus, Annaberg 40, 45721 Haltern am See

Zeit: 9 bis ca. 13 Uhr

Grundlage ist der § 21 der Mitarbeitervertretungsordnung (MAVO).

Art. 167 **Veröffentlichung freier Stellen für Priester und Pastoralreferentinnen/-referenten**

Detailinformationen zu den einzelnen Stellen sind in der Abteilung Seelsorge-Personal zu erhalten. Die Veröffentlichungen erscheinen ebenfalls im Internet unter

www.bistum-muenster.de/Stellenbekanntgabe.

Hier finden Sie auch einen Rückmeldebogen, über den Sie Ihr Interesse bekunden können.

Weitere Auskünfte erteilen je nach Angabe:

- Matthias Mamot:
Tel. 0251 495-1301, E-Mail: mamot@bistum-muenster.de

- Stephanie Heckenkamp-Grohs:
Tel. 0251 495-1302, E-Mail: heckenkamp-grohs@bistum-muenster.de
- Dr. Dirk van de Loo:
Tel. 0251 495-15608, E-Mail: vandeloo@bistum-muenster.de
- Dr. Markus Wonka:
Tel. 04441 872-280, E-Mail: markus.wonka@bmo-vechta.de

Folgende Stellen sind zu besetzen:

Stellen für Prister

		Auskünfte erteilt
Kreisdekanat Recklinghausen	Dorsten (Lembeck) St. Laurentius Leitender Pfarrer	Matthias Mamot
	Dorsten (Wulfen) St. Matthäus Leitender Pfarrer	Matthias Mamot

AZ: R 430

Art. 168

Personalveränderungen

B a c k h a u s, Hermann, Pfarrer, wurde zum 1. Oktober 2024 – zusätzlich zu seinen bisherigen Aufgaben – zum Geistlichen Begleiter der Telefonseelsorge ernannt.

B e r k e m e i e r, Oliver, Pastoralreferent, wurde zum 1. November 2024 die Stelle als Pastoralreferent (60 %) in der Pfarrei Recklinghausen St. Antonius und zur Mitarbeit im zukünftigen Pastoralen Raum und befristet für die Koordinierungsphase bis zum 31. Dezember 2025 die Stelle in der Koordinierung (40 %) von zwei Pastoralen Räumen übertragen.

B r e b a u m, Claudia, Pastoralreferentin, wurde zum 1. Oktober 2024 befristet bis 30. September 2026 die Stelle als Pastoralreferentin (50 %) in der Pfarrei Steinfurt St. Nikomedes und zur Mitarbeit im Pastoralen Raum übertragen.

B r o c k, Ludger, Pfarrer, wurde zum 30. November 2024 von der Pfarrstelle Wildeshausen St. Peter entpflichtet. Zugleich wurde er zum 1. Dezember 2024 zum Pastor m. d. T. Pfarrer in der Pfarrei Emstek St. Margaretha ernannt.

F a l k e, Eva, Pastoralreferentin, wurde zum 1. November 2024 befristet bis 31. Dezember 2028 die Stelle als Pastoralreferentin (50 %) in der Pfarrei Steinfurt St. Nikomedes und zur Mitarbeit im Pastoralen Raum übertragen.

H i n s e, Andrea, Pastoralreferentin, wurde zum 2. Oktober 2024 befristet bis 1. Oktober 2029 die Stelle als Pastoralreferentin (20,51 %) in der Pfarrei Warendorf St. Magnus/St. Agatha und zur Mitarbeit im Pastoralen Raum übertragen.

H o t o p p, Andrea, Pastoralreferentin, wurde zum 1. August 2024 befristet bis 31. Dezember 2027 die Stelle als Pastoralreferentin (50 %) in der Pfarrei Ibbenbüren St. Mauritius und zur Mitarbeit im Pastoralen Raum übertragen.

K n u f, Christine, Pastoralreferentin, wurde zum 1. Oktober 2024 befristet bis 31. August 2025 die Stelle als Pastoralreferentin (61,54 %) in der Pfarrei Ascheberg St. Lambertus und zur Mitarbeit im Pastoralen Raum übertragen.

K o c k m a n n, Barbara, Pastoralreferentin, wurde zum 29. September 2024 befristet bis 30. September 2025 die Stelle als Pastoralreferentin in der Schulseelsorge an der Marienschule Dülmen (20 %) in den Schulen der Stadt Dülmen (30 %) und für die Teilnahme an der Fortbildung (20 %) „Systemische Organisationsentwicklung“ übertragen.

K ü p p e r s, Wilfried, Pfarrer, wurde von seinen Aufgaben als Pastor m. d. T. Pfarrer in Steinfurt St. Nikomedes entpflichtet. Zugleich wurde er zum 16. November 2024 zum Pastor m. d. T. Pfarrer in Kerken St. Dionysius sowie zur Mitarbeit im Pastoralen Raum ernannt.

R a a b e, Dr. Miroslava, Pastoralreferentin, wurde zum 10. November 2024 befristet bis 9. November 2025 die Stelle als Pastoralreferentin (38, 46 %) in der Pfarrei Ascheberg St. Lambertus und zur Mitarbeit im Pastoralen Raum übertragen.

Korrektur September-Ausgabe:

fälschlicherweise stand der Artikel

„M e n k e, Steffen, Pastoralreferent, wurde mit Ablauf des 31.07.2024 von der Aufgabe als Pastoralreferent in der Pfarrei Löningen St. Vitus entpflichtet. Herr Menke ist bereits mit Wirkung zum 13.02.2024 zum Geistlichen Leiter des BDKJ – Bund der Deutschen Katholischen Jugend Landesverband Oldenburg ernannt worden.“

unter der Rubrik „Tätigkeit im Bistum Münster beendet“. Der Artikel gehört unter die Rubrik „Personalveränderungen“.

Emeritierungen gemäß der Emeritierungsordnung KA 1984 NR 18 Art. 151:

D ö c k e r, Karl, Pfarrer, wurde von seinen Aufgaben als Pastor m. d. T. Pfarrer in der Pfarrei St. Johannes der Täufer in Rheine entpflichtet. Mit Wirkung vom 1. Oktober 2024 wurde der Status eines parochus emeritus verliehen.

W i g g e r, Wilhelm, Pfarrer, wurde von seinen Aufgaben als Pastor m. d. T. Pfarrer in der Pfarrei Rheinberg St. Peter entpflichtet. Mit Wirkung vom 9. November 2024 wurde der Status eines parochus emeritus verliehen.

In den Ruhestand versetzt wurde:

G ü n t h e r, Raphael, Pastoralreferent, ist zum 1. November 2024 in den Ruhestand gegangen.

AZ: R 430

Art. 169

Unsere Toten

A e n g e n h e y s t e r, Franz Günther, Pfarrer em., wurde am 4. Dezember 1932 in Kevelaer geboren. Die Priesterweihe empfing er am 2. Februar 1961 in Münster. Sein Diamantenes Priesterjubiläum konnte er am 2. Februar 2021 begehen. Nach seiner Priesterweihe war er zunächst Kaplan in Emmerich am Rhein St. Martini, bevor er 1964 Kaplan in Geldern St. Maria Magdalena wurde. 1965 übernahm er zusätzlich die Aufgabe als Präfekt und Religionslehrer am Coll. Augustinianum in Goch (Gaesdonck). 1967 wurde er zum Kaplan in Kleve Christus König ernannt, bevor ihm 1974 die Pfarrstelle in Kranenburg St. Peter und Paul übertragen worden ist. Von 1976 bis 1988 war Pfarrer Aengenheyster zudem Pfarrverwalter in Kranenburg (Niel) St. Bonifatius und von 1979 bis 2002 Definitor im Dekanat Kleve. 1981 wurde er zum Leiter des Pfarrverbandes Kranenburg ernannt. Zusätzlich war er von 1982 bis 2011 Landespräses der Historischen Deutschen Schützenbruderschaften am Niederrhein. Im Jahr 1985 wurde er erneut zum Leiter des Pfarrverbandes

Kranenburg ernannt. 1991 wurde Pfarrer Aengenheyster zusätzlich zu seinen bisherigen Aufgaben zum Pfarrer in Kranenburg (Wyler) St. Johannes Bapt. ernannt. 1996 wurde er erneut zum Leiter des Pfarrverbandes Kranenburg ernannt. 2001 wurde Pfarrer Aengenheyster zudem Pfarrer in Kranenburg (Zyfflich) St. Martin und Kranenburg (Niel) St. Bonifatius. Mit seiner Emeritierung im Jahr 2008 ging er nach Kleve, wo er vor allem in der Pfarrei Zur Heiligen Familie in Materborn und Reichswalde mithalf. Pfarrer em. Franz Günther Aengenheyster verstarb am 2. Oktober 2024 in Kleve im Alter von 91 Jahren.

H i n r i c h s, Wolfgang, Pfarrer em., wurde am 5. April 1931 in Friesoythe geboren und wuchs in Cloppenburg auf. Die Priesterweihe empfing er am 21. Februar 1959 in Münster. Nach kurzen Aushilfen in Lohne St. Josef, Ahlen St. Marien und Ascheberg St. Lambertus wurde er 1959 zum Kaplan in Rheine St. Antonius und 1961 zum Kaplan in Nordenham St. Willehad ernannt. Seit 1963 wirkte er als Hausgeistlicher und Religionslehrer am Liebfrauenhaus bzw. an der Liebfrauenschule in Vechta, bevor er 1966 zum Studium für das Lehramt an Gymnasien in den Fächern Katholische Religion und Deutsch in Münster freigestellt wurde. Als Studienassessor übernahm er 1971 die Stelle eines Religionslehrers am Gymnasium in Lohne und wurde dort zum Studienrat befördert. 1973 wurde er zum Fachberater für katholische Religion bei der Staatlichen Schulbehörde angestellt und erteilte als Studiendirektor Unterricht am Gymnasium II und später am Clemens-August-Gymnasium in Cloppenburg. Nach seiner Verabschiedung in den Ruhestand wurde er 1993 für die Dauer von fünf Jahren als Oberschulrat im Kirchendienst an das Bischöflich Münstersche Offizialat in Vechta berufen, wo er für die kirchlichen Gymnasien im oldenburgischen Bistumsteil zuständig war. 1994 wurde ihm zusätzlich die Aufgabe als Verwalter der Kapellengemeinde Sevelten St. Marien mit dem Titel „Pfarrer“ übertragen, die er bis 2001 wahrnahm. Von 2005 bis 2011 übte er das Amt des Definitors im Dekanat Cloppenburg aus und war 2008 für kurze Zeit als verantwortlicher Seelsorger in Cloppenburg St. Andreas tätig. Pfarrer em. Wolfgang Hinrichs starb am 17. September 2024 im Alter von 93 Jahren in Cloppenburg.

O s t e r h o l t, Elisabeth, Pastoralreferentin i. R., wurde am 24. April 1938 in Rheine geboren. Elisabeth Osterholt begann 1963 als Pastoralreferentin ihren Dienst im Bistum Münster. Zunächst war sie in der Pfarrei St. Georg in Heiden eingesetzt. Im April 1964 wurde Frau Osterholt zur Wahrnehmung einer Aufgabe im Diözesancaritasverband Münster und zur Leitung der Dekanatsmütterschule in Ahlen beurlaubt. Sie nahm im April 1966 ihren Dienst als Pastoralreferentin wieder auf und war in der Pfarrei St. Anna in Münster-Mecklenbeck tätig. Im Januar 1969 wurde sie nochmals zur Wahrnehmung einer Aufgabe im Diözesancaritasverband Münster und zur Leitung der Dekanatsmütterschule in Ahlen beurlaubt. Nach Ablauf der Beurlaubung nahm sie ihren Dienst im Bistum Münster als Pastoralreferentin im Mai 1970 in der Pfarrei St. Martinus in Greven und im Pfarrverband Greven wieder auf. Im September 1975 wechselte Frau Osterholt ihren Einsatz in die Pfarrei St. Josef in Datteln und St. Marien in Datteln-Dümmer. Mit Ablauf des Septembers 1982 schied sie auf eigenen Wunsch aus dem Dienst im Bistum Münster aus. Anschließend nahm Frau Osterholt im August 1994 den Dienst wieder auf und war als Pastoralreferentin in der Krankenhausseelsorge in der Gelderland-Klinik und im Clemens-Hospital Geldern tätig. Im Juli 1998 trat sie in den vorzeitigen Ruhestand ein. Pastoralreferentin i. R. Elisabeth Osterholt ist am 1. September 2024 im Alter von 86 Jahren verstorben.

S i c k e r, Manfred, Pfarrer em., wurde am 20. Januar 1941 in Bocholt geboren. Die Priesterweihe empfing er am 8. Juni 1975 in Münster. Sein Silbernes Weihejubiläum konnte er am 8. Juni 2000 begehen. Nach seiner Priesterweihe übernahm er die Aufgabe als Kaplan in Marl (Drewer) St. Josef. Er wechselte im Jahr 1979 als Kaplan nach Recklinghausen-Süd St. Antonius. Die Ernennung zum Pfarrer in Selm (Bork) St. Stephanus erfolgte im Jahr 1987. Zwei Jahre später übernahm er die Tätigkeit als Leiter des Pfarrverbandes Selm. 1992, 1998 und 2003 erhielt er erneut die Ernennung zum Leiter des Pfarrverbandes. Seit dem Jahr 2008 war er als Vicarius Cooperator m. d. T. Pfarrer in Selm St. Ludger tätig. Mit Eintritt in den Ruhestand blieb er Selm (Bork) verbunden und unterstützte die Seelsorge vor Ort im Rahmen seiner Möglichkeiten. Pfarrer em. Manfred Sicker verstarb am 27. September 2024 im Alter von 83 Jahren.

T a p h o r n, Heinz, Domkapitular em., wurde am 14. Januar 1941 in Dinklage geboren. Die Priesterweihe empfing er am 23. März 1969 in Münster. Sein Goldenes Priesterjubiläum konnte er am 24. März 2019 in Bakum begehen. Nach der Priesterweihe war er zunächst in Vestrup St. Vitus und dann als Kaplan in Oldenburg-Eversten St. Willehad tätig. In Vechta St. Georg wirkte er ab 1973 als Kaplan und ab 1978 als Vikar. Im Nebenamt war er seit 1974 für ein Jahrzehnt Landespräsident der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) im oldenburgischen Teil des Bistums Münster. 1981 wurde er zum Jugendseelsorger mit dem Titel „Pfarrer“ für den Offizialatsbezirk Oldenburg und zum Landespräsident des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und zugleich zum Seelsorger am BDKJ-Jugendhof in Vechta berufen. 1985 wurde ihm die Leitung der Abteilungen Seelsorge und Seelsorge-Personal im Bischöflich Münsterschen Offizialat in Vechta übertragen. Zeitgleich wurde er zum Offizialatsrat ernannt. Nebenamtlich wirkte er als Pfarrverwalter in der Kirchengemeinde St. Johannes der Täufer in Bühren. Lange Jahre war er auch als Beauftragter für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk für Gottesdienstübertragungen und plattdeutsche Morgengandachten zuständig. Von 1986 bis 2004 stand er als Geistlicher Beirat dem Komitee katholischer Verbände im Offizialatsbezirk Oldenburg zur Seite. Von 1976 bis 1996 war er Mitglied im Priesterrat des Bistums Münster, wirkte in der Bistumskommission für ökumenische Fragen mit und später auch in der Kommission für Liturgie. Nach seiner Entpflichtung von der Abteilungsleitung im Bischöflich Münsterschen Offizialat in Vechta im Oktober 2004 war er weiterhin als Priester in Bühren tätig, ab 2010 in der neuen Kirchengemeinde St. Laurentius in Langförden. 2010 wurde er zum nichtresidierenden Domkapitular in Münster ernannt. Von diesem Amt ist er 2016 entpflichtet worden. Seine Emeritierung erfolgte zum 17. April 2016. Er lebte seither in der Gemeinde Bakum St. Johannes der Täufer, bevor er 2021 in das Alten- und Pflegeheim Haus Teresa nach Vechta zog. Domkapitular em. Heinz Taphorn starb am 26. September 2024 im Alter von 83 Jahren in Vechta.

AZ: R 430

Verordnungen und Verlautbarungen des Bischöflichen Officialates (Diözesangericht)

Art. 170

Ernennungen

K a l i n o w s k i OFM conv., Pater Lic. iur. can. Adam, wurde zum 11. Oktober 2024 von Bischof Dr. Felix Genn auf weitere fünf Jahre zum Diözesanrichter (nebenamtlich) am Bischöflichen Officialat Münster ernannt.

S c h e p e r s, Weihbischof Lic. iur. can. Ludger, wurde zum 11. Oktober 2024 von Bischof Dr. Felix Genn auf weitere fünf Jahre zum Diözesanrichter (nebenamtlich) am Bischöflichen Officialat Münster ernannt.

E w e r i n g, Officialatsrat Lic. iur. can. Gregor, wurde zum 1. November 2024 von Bischof Dr. Felix Genn auf weitere zwei Jahre zum Diözesanrichter am Bischöflichen Officialat Münster ernannt.

Verordnungen und Verlautbarungen des Bischöflich Münsterschen Officialates in Vechta

Art. 171

Anlage zur Ordnung über die Umzugskostenvergütung für Priester im Officialatsbezirk Oldenburg

- (1) Gemäß § 5 Absatz 3 der „Ordnung über die Umzugskostenvergütung für Priester im Officialatsbezirk Oldenburg“ vom 15.10.2019 (KA Münster 2019, Nr. 18, Art 187) wird der Grundbetrag für die Bemessung der Pauschalvergütung für sonstige Umzugsauslagen gemäß § 5 Absatz 1 Nr. 1 und 2 der genannten Ordnung zum 01.11.2024 auf 5.852,17 EUR und zum 01.02.2025 auf 6.174,04 EUR festgesetzt.
- (2) Die Pauschalvergütung für sonstige Umzugsauslagen und der Häufigkeitszuschlag betragen somit:

Beträge in Euro, gültig ab 01.11.2024

lfd. Nr.	für anspruchsberechtigte Priester	Pauschalvergütung für sonstige Umzugsauslagen	Häufigkeitszuschlag gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 4
1	in den Fällen des § 5 Abs. 1 Nr. 1 (Priester mit Wohnung vor u n d nach dem Umzug)	705,19	352,59
2	in den Fällen des § 5 Abs. 1 Nr. 2 (Priester mit Wohnung vor u n d nach dem Umzug u n d aufgenommener Person im Sinne von § 5 Abs. 1 Nr. 2 (z.B. Haushälterin) in der alten und in der neuen Wohnung)	1.410,37	705,19
3	in den Fällen des § 5 Abs. 1 Nr. 3 (Priester mit Wohnung nur vor oder nur nach dem Umzug oder ohne Wohnung vor und nach dem Umzug)	141,04	0,00

Beträge in Euro, gültig ab 01.02.2025

lfd. Nr.	für anspruchsberechtigte Priester	Pauschalvergütung für sonstige Umzugsauslagen	Häufigkeitszuschlag gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 4
1	in den Fällen des § 5 Abs. 1 Nr. 1 (Priester mit Wohnung vor und nach dem Umzug)	743,97	371,99
2	in den Fällen des § 5 Abs. 1 Nr. 2 (Priester mit Wohnung vor und nach dem Umzug und aufgenommener Person im Sinne von § 5 Abs. 1 Nr. 2 (z.B. Haushälterin) in der alten und in der neuen Wohnung)	1.487,94	743,97
3	in den Fällen des § 5 Abs. 1 Nr. 3 (Priester mit Wohnung nur vor oder nur nach dem Umzug oder ohne Wohnung vor und nach dem Umzug)	148,79	0,00

Diese Anlage tritt mit Wirkung vom 1. November 2024 in Kraft.

Vechta, 15.10.2024

L.S.

† Wilfried Theising
Bischöflicher Offizial und Weihbischof

Art. 172 **Anlage 1 zur Ordnung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Priester im Oldenburgischen Teil des Bistums Münster – Offizialatsbezirk Oldenburg vom 15.10.2019 (Kirchliches Amtsblatt Münster 2019, Art. 186)**

A) Grundgehaltssätze

Das Grundgehalt gemäß § 5 der Priesterbesoldungs- und versorgungsordnung bestimmt sich nach der Besoldungsgruppe

- P 1 für Pfarrer mit eigenem Haushalt
- P 2 für Pfarrer ohne eigenen Haushalt
- P 3 für Kapläne mit eigenem Haushalt
- P 4 für Kapläne ohne eigenen Haushalt

Ein Priester, dem freie Unterkunft/Verpflegung gewährt wird, gilt als „Pfarrer/Kaplan ohne eigenen Haushalt“ im Sinne dieser Anlage; er erhält als Grundgehalt zwei Drittel des Grundgehaltes eines vergleichbaren „Pfarrers/Kaplans mit eigenem Haushalt“.

Die Grundgehaltssätze sind in der nachstehenden Tabelle ausgewiesen:

Monatsbeträge in Euro, gültig ab 01.11.2024

Dienstaltersstufe	Besoldungsgruppe P 1 Pfarrer mit Haushalt	Besoldungsgruppe P 2 Pfarrer ohne Haushalt	Besoldungsgruppe P 3 Kaplan mit Haushalt	Besoldungsgruppe P 4 Kaplan ohne Haushalt
3	3.450,54	2.410,20	3.394,00	2.372,16
4	3.672,58	2.558,23	3.564,64	2.487,30
5	3.900,80	2.711,40	3.735,29	2.601,41
6	4.126,96	2.862,52	3.913,14	2.721,68
7	4.361,34	3.016,72	4.087,90	2.837,85
8	4.512,46	3.119,52	4.206,12	2.915,98
9	4.668,72	3.224,38	4.324,34	2.998,22
10	4.826,00	3.328,20	4.446,67	3.079,43
11	4.980,20	3.433,06	4.566,94	3.155,50
12	5.135,43	3.534,83	4.685,16	3.234,66

Monatsbeträge in Euro, gültig ab 01.02.2025

Dienstaltersstufe	Besoldungsgruppe P 1 Pfarrer mit Haushalt	Besoldungsgruppe P 2 Pfarrer ohne Haushalt	Besoldungsgruppe P 3 Kaplan mit Haushalt	Besoldungsgruppe P 4 Kaplan ohne Haushalt
3	3.640,32	2.542,76	3.580,67	2.502,63
4	3.874,58	2.698,93	3.760,70	2.624,10
5	4.115,34	2.860,53	3.940,73	2.744,49
6	4.353,94	3.019,96	4.128,36	2.871,38
7	4.601,22	3.182,64	4.312,73	2.993,93
8	4.760,65	3.291,09	4.437,45	3.076,35
9	4.925,50	3.401,72	4.562,17	3.163,12
10	5.091,43	3.511,26	4.691,23	3.248,80
11	5.254,11	3.621,88	4.818,13	3.329,05
12	5.417,88	3.729,25	4.942,85	3.412,56

B) Wohnungszulage

Die Wohnungszulage gemäß § 13 Absatz 1 Buchstabe b der Priesterbesoldungs- und -versorgungsordnung beträgt ab dem 01.11.2024: 952,01 EUR; ab dem 01.02.2025 beträgt diese 1.004,37 EUR.

C) Schlussbestimmungen

Im Übrigen gilt die Priesterbesoldungs- und -versorgungsordnung des Offizialatsbezirks Oldenburg in der jeweils gültigen Fassung.

D) In-Kraft-Treten

Diese Anlage tritt mit Wirkung vom 1. November 2024 in Kraft.

Vechta, 15.10.2024

L.S.

† Wilfried Theising
Bischöflicher Offizial und Weihbischof

KIRCHLICHES AMTSBLATT
FÜR DIE DIÖZESE MÜNSTER

Bischöfliches Generalvikariat
- Amtsblatt -
Domplatz 27
48143 Münster